

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: halbjährlich 2,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf., frei im Haus. Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonette oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Geschäfts-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1943.

Freitag, den 2. November 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

### Staatsstreichsgelüste.

Die freie und Hansestadt Hamburg, die im Reichstage bekanntlich durch drei Sozialdemokraten vertreten ist, und deren bürgerliche Elemente sich zur Hälfte aus Freisinnigen und zur anderen Hälfte aus Nationalliberalen zusammensetzen, hat dieser Tage ein pomphaftes Standbild des Fürsten Bismarck unter dem obligaten Festumhang enthielt. Daß die Sozialdemokratie an diesem Denkmal unschuldig ist, versteht sich am Rande. Das „freisinnige“ Bürgertum aber hat mit den Nationalliberalen um die Wette seinen Kotau vor dem Blut- und Eisenmenschen gemacht. In dem freisinnigen „Hamburgischen Korrespondent“ war zur Enthüllungsfeste gar ein schwülstiges Festgedicht veröffentlicht worden. Dieser Vorgang verleiht einer Enthüllung erst das rechte Relief, die in dem letzten Hefte der „Preussischen Jahrbücher“ von Professor Hans Delbrück gemacht wird. Eine Enthüllung, die in nichts Geringerem besteht, als daß Bismarck im Jahre 1889 beharrlich den diabolischen Plan verfolgte, durch einen Staatsstreich das allgemeine gleiche und direkte Reichstagswahlrecht umzusetzen und den zu erwartenden Widerstand des Volkes vermittelst der Armee in einem fruchtlosen Blutbade zu erstickend!

Professor Delbrück bezieht sich auf die bekannte Stelle der Hohenloheschen Memoiren, wonach der Kaiser Oskar Chlodwig gesagt hat:

„Der Kaiser wollte das Sozialistengesetz mit der Ausweitung dem neuen Reichstages wieder vorlegen, diesen, wenn er es nicht annehme, auflösen und dann, wenn es zu Unruhen käme, energisch einschreiten. Der Kaiser widersehte sich dem, weil er sagte, wenn sein Großvater nach einer langen ruhmreichen Regierung genötigt worden wäre, gegen Unruhmische vorzugehen, so würde ihm das niemand abelgenommen haben. Anders sei dies mit ihm, der noch nichts geleistet habe. Ihm werde man vorwerfen, daß er seine Regierung damit anfange, seine Untertanen totzuschicken. Er sei bereit einzuschreiten, aber er wolle dies mit gutem Gewissen tun, nachdem er versucht habe, die begründeten Beschwerden der Arbeiter zu befriedigen, wenigstens alles getan habe, um deren begründete Forderungen zu erfüllen.“

Delbrück erklärt, daß diese Auslassungen Wilhelms II. nur einen Teil der Bismarckschen Pläne enthüllen. Um eine bloße Auflösung des Reichstages sei es Bismarck keineswegs zu tun gewesen. Abgesehen davon, daß er ja das „gemilderte“ Sozialistengesetz hätte haben können, wenn er es nur gewollt habe; auch eine Auflösung des Reichstages hätte ja schwerlich zu einem Aufstande führen können. Wenn Bismarck sich etwas beiläufig hätte, hätte man ja noch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes die Neuwahlen vornehmen können. Zudem sei ja unter Caprivi ein paar Jahre später eine Auflösung und Neuwahl des Reichstages auch ohne Hilfe eines Sozialistengesetzes ganz glatt durchgeführt worden. Der Hohenloheschen Aufzeichnung fehle eben das Mittelglied. Er, Professor Delbrück, sei jedoch in der Lage, den lächerlichen Gedanken aus „positiver Kenntnis“ zu ergängen. Zwei verschiedene Persönlichkeiten hätten ihm unabhängig voneinander erzählt, daß sie aus des Fürsten Bismarck Mund selbst vernommen hätten, daß er das allgemeine Wahlrecht habe beseitigen wollen. Die eine dieser Personen habe noch hinzugefügt, daß Bismarck auch später noch gewünscht habe, noch einmal ins Amt zurückzukehren, um diese Aufgabe zu erfüllen. Bismarck habe also das Wahlrecht beseitigen und durch diesen Staatsstreich eine Volkserhebung provozieren wollen. Der Fürst habe damit gerechnet, daß die Armee den Aufstand binnen wenigen Tagen niederschlagen und daß dann das durch die Straßenkämpfe erschreckte Bürgertum sich der Regierung ohne jede weitere Opposition in die Arme werfen würde.

Und diesem frechen Staatsstreichler, diesem brutalen Blutmenschen hat auch das liberale Bürgertum der freien Stadt Hamburg das gebührende Denkmal errichtet!

Wenn sich freilich das liberale Bürgertum jetzt so gebärde, als ob die Delbrückschen Enthüllungen etwas Fundamentales wären, so ist das nichts als erbärmliche Dummheit. Wer die Vorgänge, die sich vor dem Abgange Bismarcks abgespielt haben, kennt, wußte auch schon vor den Memoiren Hohenlohes und vor den Enthüllungen Delbrücks, daß der gefeierte Herr des 19. Jahrhunderts, vor dem jetzt auch das liberale Bürgertum auf dem Bauche liegt, seine glorreiche Tätigkeit mit einer Massenmordtätigkeit nach dem Muster der Kommunegelehrten des Versailler Geschindels zu krönen gedachte. Darüber hatte hinlänglichste Aufklärung jene Polemik gegeben, die zehn Jahre später zwischen dem ältesten Sohne Bismarcks und dem konservativen Politiker v. Helldorf geführt wurde. Herbert Bismarck hatte die Stirn, zu behaupten, daß sein Vater unschuldig daran sei, daß das Sozialistengesetz in seiner gemilderten Form gefallen sei. Helldorf erklärte demgegenüber, daß er und seine konservativen Freunde Bismarck geradezu angefleht hätten, ihnen zu offenbaren, ob es der Wunsch der Regierung sei, bei der Abstimmung über das gemilderte Gesetz mit Ja oder Nein zu stimmen. In der zweiten Lesung war das gemilderte Gesetz angenommen worden. Darauf fand ein Kronrat statt, worin Bismarck die Ablehnung dieses Gesetzes durch die Regierung für den Fall seiner endgültigen

Genehmigung durch den Reichstag durchsetzte. Nach dem Kronrat verhandelte Bismarck von neuem mit Helldorf, verweigerte ihm jedoch abermals jede klare Antwort auf das Angebot der Konservativen, für das „gemilderte“ Gesetz zu stimmen, wenn die Regierung in der dritten Lesung erklären würde, daß sie mit diesem Gesetz auskommen könne. Da Bismarck jene Erklärung verweigerte, stimmten die Konservativen dann gegen das Gesetz. Aus dieser Bismarckschen Strategie erhellt, daß er unter allen Umständen einen Konflikt provozieren wollte, in dessen Hintergrund dann der Staatsstreich lauerte. Daß Bismarcks verbrecherische Pläne keineswegs undurchsichtig waren, beweist die Auslegung, die Genosse Mehring in seiner „Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie“ diesem Vorgang gegeben hat. Franz Mehring schreibt:

„Bismarcks Plan selbst ist durch Helldorfs Mitteilungen jedenfalls vollkommen aufgedeckt worden. Er wollte weder das „gemilderte“ Gesetz, das er mit einem einfachen Kopfschütteln hätte haben können, noch aus wollte er das ungemilderte Gesetz, das ihm bei einzigem Drucke auf die Nationalliberalen auch erreichbar gewesen wäre. Er schob die Dinge so, als ob der Reichstagsstreich ohne jede Schuld der Regierung an den Grundlagen von Staat und Gesellschaft gerüttelt, als ob er der Krone die notwendigen Waffen der Abwehr gegen die grundlegenden Wählerreien der Sozialdemokratie verweigert habe. Dann wollte Bismarck, wenn irgend eine Zeile seiner Spitzelgarde, wie sie deren so unzählige vollbracht hat, etwa vom Kaliber des Niederwaldententes, die nötige Zustimmung gemacht hätten, mit tragischer Gebärde über den unbotmäßigen Reichstag neue Wahlen ausschreiben. Erwägt man, daß er bald nachher einmal sagte, er habe zu dieser Zeit nach einem General gesucht, der entschlossen und fastbütig genug gewesen wäre, die Sozialdemokratie in ihrem Blute zu erstickend, so kann man nicht ohne Schaudern daran denken, was er geplant haben mag, um den alten bonapartistischen Kniff mit originaler Schlagkraft auszuführen.“

Bismarcks Staatsstreichsgelüste scheiterten. Aber es hieße die historische Lehre dieses Falls in den Wind schlagen, wenn man sich verhehlen wollte, daß eine ähnliche Situation über Nacht wiederkehren könnte! Die Feindschaft gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht innerhalb der bürgerlichen Parteien ist in den seitdem verfloßenen 16 Jahren unverkennbar gewachsen. Ein neuer Staatsstreichler würde schwerlich noch auf den Widerstand der bürgerlichen Parteien stoßen, den Bismarck damals wahrscheinlich noch zu überwinden gehabt haben würde. Daß die Konservativen und Freikonservativen in jedem Staatsstreichler zuzuschlagen würden, pfeifen die Spähen von den Dächern. Was im Jahre 1898 der Graf von Mirbach-Sorquitten in der „Kreuzzeitung“ verkündete, daß es nur eine Frage der Zeit sei, wie lange unsere Zustände diese rohe Inflation (des Reichstagswahlrechts) aushielten, ist seitdem von konservativer Seite unzählige Male wiederholt worden. So z. B. erklärt im Jahre 1899 die sächsische „Leipziger Zeitung“, daß die Beseitigung dieses „verunflindrigen Wahlrechts kommen werde und kommen müsse“. Eines Staatsstreiches werde es dazu gar nicht bedürfen. Aber nicht nur die Junker, sondern auch die Schlotbarone sind die erbittertesten Feinde des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Im Jahre 1902 erklärte die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der westfälischen Bergwerks- und Hüttenbesitzer, daß das allgemeine gleiche Reichstagswahlrecht ein „fundamentaler Fehler“ sei. Es sei „ein Unfug, daß jeder Dummler und Analphabet dasselbe Recht habe wie der ehrbare Bürger, jeder Arbeiter das seines Herrn“. Und im Jahre darauf jammerte das gleichfalls von den Schlotbaronen ausgehaltene Berliner Blatt, die „Berliner Neueste Nachrichten“, daß es höchst bedauerlich sei, daß der Reichstag „durchgreifende Aenderungen, wie z. B. die Abschaffung des geheimen Wahlrechts, die Heraushebung des wahlfähigen Alters, nicht rückerne“.

Auch an Zeugnissen dieser Art aus der allerjüngsten Zeit ist wahrlich kein Mangel. Wie aufrichtig es die Nationalliberalen mit ihrer angeblichen Freundschaft für das Reichstagswahlrecht meinen, geht schon aus der Tatsache hervor, daß der von ihnen vorgeschlagene Kompromißkandidat im Döbelineer Wahlkreise, Herr Professor Haffe, sich im Jahre 1903 als Gegner des bestehenden Reichstagswahlrechts bekannt machte. Und daß es selbst im Zentrum an führender Stelle stehende Personen gibt, die ihre Wahlrechtsfeindschaft offen aussprechen, beweisen die frechen Staatsstreichs-aufforderungen des Grafen Strachwitz, dessen Auslassungen in der Zentrums-Presse zwar einen zäpfen Niffel gefunden haben, der aber noch wie vor Mitglied der preussischen Zentrumsfraktion ist!

Diese Wahlrechtsfeindschaft der bürgerlichen Parteien wird in dem Maße wachsen und immer unverfrorener zutage treten, als die Sozialdemokratie weitere Fortschritte macht. Gelingt es der Sozialdemokratie, im Jahre 1908 abermals einen gewaltigen Erfolg davonzutragen, so wäre es keineswegs ausgeschlossen, daß das allgemeine Sehen der bürgerlichen Reaktion dann auch den „starken Mann“ fände, der nicht davor zurückschreckte, das Testament des Blut- und Eisenmenschen zu vollstrecken. Für die Sozialdemokratie gilt es deshalb, durch den intensivsten Ausbau ihrer Organisationen und Aufrüttelung breiterer Massen das Maß von Widerstandskraft zu schaffen, um für jeden Fall gerüstet zu sein.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. November.

#### Auch ein Junkerrieg.

Die staatsbehaltenden Parteien Preußens haben ihre Genehmigung. Ihr Wort, ihre Burg, das mit dem Dreiklassenrecht ungarnte Parlament Preußens ist von einem preussischen Gericht für tabu erklärt worden. Das preussische Abgeordnetenhaus, das Werkzeu nacker Klassenherrschaft, die von jedem selbstbewußten Proletarier als Beleidigung seiner Klasse empfundene Institution soll auch von denen, die es durch seine Existenz verhöhnt, respektiert werden. Die gesetzgebende Körperschaft Preußens ist heilig, und auf ihr Schlumpfen darf der Beschimpfte nicht in gleichem Tone erwidern, will er nicht dem Staatsanwalt verfallen.

Das ist das Ergebnis des Düsseldorf-Prozesses gegen den Genossen Schotte, der wegen Beleidigung der gesetzgebenden Körperschaft Preußens zwei Monate ins Gefängnis wandern soll. (Der Verhandlungsbericht steht an anderer Stelle dieser Nummer.) Mager, mager ist's. Für die staatsbehaltenden die Junker und ihre Klientel, die Bourgeoisie. Gestern sagten wir, daß der Sieg der Staatsanwaltschaft teuer erkauft worden sei mit dem Verzicht auf jeden Versuch, den Kritiker wegen Behauptung nicht erweislich wahrer Tatsachen verurteilen zu lassen. Heute, da wir den Bericht kennen, drängt sich uns dieser Eindruck noch stärker auf. Ein Parlament, das eine wirkliche Volksvertretung ist, hätte die Beweisangebote der Verteidigung nicht zu scheuen gehabt. Der Staatsanwalt zu Düsseldorf aber, der Anwalt des Staates nicht allein, sondern hier auch der Anwalt der staatsbehaltenden Parteien, die, alte stolze parlamentarische Traditionen zerbrechend, die Verfolgung und Verurteilung des Kritikers des Parlaments forderten, hielt es für seine Pflicht, die Beweisangebote zu verweigern. Und er hatte bei den Düsseldorf-Richtern mehr Erfolg als sein Erfurter Kollege im Erfurter Wahlrechtsprozeß. Der Angeklagte wurde verurteilt — weil er ein paar derbe Worte über das preussische Parlament geschrieben hatte. Ob er die sittliche Rechtfertigung dafür aus Tatsachen ableiten konnte, die ihm von diesem Parlamente bekannt waren und die geeignet sind, Entrüstung und heftige Sprache zu entfesseln, das kümmert die Düsseldorf-Richter nicht.

Die Akten, die Handlungen, das Wesen des preussischen Parlaments durften vor dem Düsseldorf-Gericht nicht erwähnt werden. Nichts von dem also, was an Tatsachen in dem angeklagten Artikel steht, ist durch das Urteil von Düsseldorf als unwahr und falsch erwiesen worden. Und der Verzicht auf jeden Versuch, das zu tun, ist das Eingeständnis der Unmöglichkeit. Und so ist das von den staatsbehaltenden nicht gewollte aber erzielte Ergebnis der Verfolgung dieses, daß, wenn auch nicht gerade positiv durch die Führung des Wahrheitsbeweises, so doch negativ durch die Unterbindung des Wahrheitsbeweises die Wahrheit all der Tatsachen erwiesen ist, die der inkriminierte Kritiker der „Düsseldorfer Volkszeitung“ behauptete. Der Prozeß ist die moralische Verurteilung des preussischen Dreiklassenparlaments!

Sie ist mit den zwei Monaten Gefängnis, so schwer sie den Genossen Schotte treffen, nicht zu teuer bezahlt. Aus der Aufregung der Junker und Junkerlientel über die Wahlrechtsbewegung des preussischen Proletariats ist der Prozeß entstanden — der laute Protest des arbeitenden Volkes gegen die Weiterregierung dieses unmöglichen Dreiklassenparlaments hatte seine Ragnierher nervös gemacht, ihnen das stolze Selbstgefühl genommen, das sonst Parlamente die gerichtliche Verfolgung ihrer Kritiker als nicht zulässig ansehen läßt. Und der Erfolg dieses Prozesses des Wahlrechtskampfes ist eine Beförderung des Wahlrechtskampfes. Sein Ergebnis ist neues Erz für neue Waffen. Aus dem Wahlrechtskampf geboren wird es als neue Triebkraft eingehen in den Wahlrechtskampf! —

#### Agrarier und Viehhändler.

Um den Unwillen der Volksmassen über die steigenden Fleischpreise von sich abzulenken, suchen die konservativen Wähler den Viehhändlern, Spekulanten, Kommissionären und Schlächterinnungen die Schuld an der gegenwärtigen Fleischteuerung zuzuschreiben, und da tatsächlich die den Viehhandel betreibenden Kreise nicht gerade besonders wählerlich in der Anwendung selbstamer Praktiken sind, wenn es gilt, einen Vorteil herauszuschlagen, so findet die agrarische Presse reichliches Material für ihre Beschuldigungen. Gegenwärtig läuft wieder mal durch die konservativen Provinz- und Kreisblätter folgende, von der „Konservativen Korrespondenz“ zurechtgestrichelte Notiz der „Rhein. Zig.“:

„Das Verzeichnis der in Köln wohnenden Viehkommissionäre und Viehhändler enthält 68 Firmen, von denen aber eine ganze Reihe nicht regelmäßig Handelsgeschäfte auf dem Kölner Viehhofe betreiben. Wenn wir diejenigen, die auf dem Viehhofe eigene Geschäftszimmer unterhalten, als die wirklich bedeutenden Geschäfte ansehen, so finden wir nur 15 Firmen. Nun betrug der Viehverkehr in demselben Jahre, in dem diese Aufstellung gemacht wurde, an Auftrieb 61 500 Rinder, 60 280 Kühe, 32 040 Schafe, 201 356 Schweine. Die reinen Kommissionsgebühren, ohne Fütterung, Streu usw. sind im allgemeinen für ein Stück Großvieh 4—5 M., für ein Schwein 1,25 M., für ein Kalb 1,25 M., für ein Schaf 0,80—1 M. Somit ist im Jahre 1903 allein in Köln an Viehkommissionsgebühren, wenn man die verschwindende Zahl von Fällen außer acht läßt, in denen sich ein Verkauf ohne Kommissionäre vollzogen hat, dafür aber nur die niedrigsten Sätze in Rechnung stellt, bezahlt worden: für Rinder 246 020 M., für Kühe 62 830 M., für Schafe 25 682 M., für Schweine 251 685 Mark, im ganzen 586 183 M., also rund, da wir nur den Mindestsatz berücksichtigt haben, 600 000 M.“

Diese Summe, die jährlich das Fleisch in Köln um über eine halbe Million Mark verteuert, verteilt sich nun nicht etwa gleichmäßig auf die 65 Viehkommissionäre, vielmehr gibt es eine Reihe der bedeutendsten Großhändler, die wöchentlich den Verkauf von 50 bis 100 Ochsen und 500 bis 1000 Schweinen vermitteln und die bei einem Durchschnitt von 75 Ochsen und 750 Schweinen eine Jahreserinnahme von 70 000 M. (siebzigttausend Mark) allein aus dem Verkauf von Ochsen und Schweinen haben, ohne Kalber und Schafe. Alles in allem werden wohl 110 000 000 Mark an Einkommen von einzelnen Kommissionären erreicht werden.

Wir fühlen keineswegs den Beruf in uns, die Herren Viehkommissionäre und Viehpekulanten zu verteidigen; wir haben vielmehr stets zugegeben, daß die heutige Art des Viehhandels die Preise des Schlachtviehs zu stark belastet und sind deshalb nicht nur wiederholt für eine strenge städtische Kontrolle des Handels auf den Schlachtviehmärkten, sondern für die Versorgung der Städte mit dem nötigen Schlachtvieh durch die Kommunalverwaltungen eingetreten; aber gegenüber der Verteuerung des Schlachtviehs durch die hohen Einfuhrzölle und Einfuhrerschwerungen kommen die hohen Kommissions- und Schlachthofgebühren immerhin kaum in Betracht. Nach der „Köln. Ztg.“ beträgt die reine Kommissionsgebühr, ohne die Ausgaben für Fütterung, Streu, Treiber usw., für einen Ochsen zirka 5 M., der Vertragszoll stellt sich aber bei einem Durchschnittsgewicht von 12 Zentnern auf 48 M., und zu diesem Zollsaß kommen noch die durch allerlei Einfuhrerschwerungen bedingten Extra-Spesen. So dürfen z. B. jütische Ochsen nicht über die nord-schleswigsche Grenze in Schleswig-Holstein eingeführt werden, sondern nur auf dem Seeweg über bestimmte mit Quarantänestationen versehenen Häfen, beispielsweise über Hamburg. Hier aber dürfen die Ochsen nicht sofort nach der Untersuchung geschlachtet werden; sie werden zunächst noch in der Quarantänestation 10 Tage lang tierärztlich kontrolliert und mit Tuberkulin geimpft, und erst nachdem sie diese Prozedur glücklich überstanden haben, können sie geschlachtet werden. Die Kosten für diese „Kontrolle“ und den mit ihr zusammenhängenden Nebenausgaben stellen sich meist noch höher als der Zollsaß.

Die Hauptschuld an der Vieh- und Fleischerteuerung trägt also zweifellos die von der Regierung im Dienste der großen Viehzüchter und Viehhalter betriebene Zoll- und Grenzsperrpolitik. Daß daneben auch die Herren Viehhändler, Großschlächter und Zinngewermeister oft hohe, den Fleischpreis steigende Profite herauszuschlagen wissen, soll aber keineswegs bestritten werden. Kennzeichnend dafür ist der dieser Tage in Jabraje entdeckte geschwindige Versand russischen Schweinefleisches nach Mitteldeutschland. Wie die „Schles. Ztg.“ berichtet, haben der Großhändler Groß in Jabraje, unter Mitwirkung und Weisung des Obermeisters der Fleischereinnung, Schlächters Gorzella, der zugleich Mitglied der Schweineverteilungs-Kommission ist, sich auf Kosten der kleinen Fleischermesser bereichert, indem sie unter Uebertretung der Regierungspolizeiverordnung, nach welcher das festgesetzte Kontingent nur für die Verteilung und den Verbrauch im Bereiche der sieben Industrieorte des oberschlesischen Industriebezirktes bestimmt ist, dieses Fleisch in Waggonladungen verpackt mit der Eisenbahn nach Erfurt versandt. Die Entdeckung ist auf eine anonyme Anzeige zurückzuführen, welche bei der Regierung zu Oepeln vor einiger Zeit eingegangen war. Die Polizei in Jabraje setzte sich daraufhin mit der Eisenbahn-Güterabfertigung in Verbindung und beschlagnahmte am Sonnabend einen Wagon, der als geräucherter Speck deklariert von dem Großhändler Groß an die Firma Röse in Erfurt aufgegeben war. Bei näherer Untersuchung durch die Polizei wurde festgestellt, daß der Wagon 20 Kästen mit russischem Schweinefleisch, das an dem Stempel leicht erkennlich ist, enthielt. Die Uebertretung wurde von dem Abfender angehten der unelugbaren Tatsache zugestanden. Ebenso hat Obermeister Gorzella eingestanden, daß das Fleisch mit seinem Wissen an Groß zum Zwecke des Versandes nach Erfurt abgegeben worden ist. Beide gaben ferner zu, daß außer dem beschlagnahmten Wagon, dessen Inhalt von der Polizei verkauft wurde, seit dem 29. September bereits vier Waggons an dieselbe Firma nach Erfurt abgegangen seien. Zwischen Groß und Gorzella einer- und der Firma Röse andererseits bestand ein schriftlicher Vertrag, wonach sich die Ersteren zur Lieferung des im Schlachthofbezirk Jabraje „überflüssigen“ Fleisches von russischen Schweinen verpflichtet haben. Die Uebertreter gaben ferner an, daß noch eine große Zahl anderer Händler und Großschlächter mit unter der Decke stehen. Auch behaupten sie, daß aus anderen Schlachthofbezirken, so aus Deuthe n, ebenfalls russisches Schweinefleisch nach Orten, die außerhalb des Industriebezirktes liegen, versandt werde.

Daß durch derartige Schwindelereien der Herren Viehhändler und Oberinnungsmeister die Forderung einer weiteren Öffnung der Grenzen nicht unterstützt, sondern den Agrariern nur ihnen höchst willkommene Gegenmaterial geliefert wird, bedarf keines Nachweises.

## Deutsches Reich.

### Kreuzzeitungs-Patriotismus.

Die Epigonen Hammersteins in der Redaktion der „Kreuzztg.“ fühlen sich wieder mal in ihrem ethisch-patriotischen Gefühl verletzt, und zwar durch die vom Exekutivkomitee des Internationalen sozialistischen Bureaus an die sozialistischen Parteien aller Länder gerichtete Aufforderung, mit allen Mitteln zu verhindern, daß es der jetzigen Jarentregierung gelingt, im Auslande neue Anleihen aufzunehmen. Wohl- und seelenverwandt, wie sich die Gönner des edlen vaterländischen Blattes den die Regierung des Jarentreichs leitenden staatsmännischen und militärischen Gaunern fühlen, erblickt das in den Moralanschauungen Hammersteins redigierte Blatt in der Mahnung, der russischen Regierung den Kredit zu versagen und den nach Rußland ausgeführten verlorenen Milliarden nicht neue Riesensummen nachzuwerfen, eine direkte Einmischung in die inneren Zustände des teuren russischen Reiches. Nur wenn man annimmt, daß die schöne feilische Uebereinstimmung zwischen den russischen Bogromanistern und den Hintermännern der „Kreuzztg.“ so weit reicht, daß letztere zwischen den Interessierten Deutschlands und Rußlands absolut nicht mehr zu unterscheiden vermögen und in dem Jarentreich bereits ihr eigentliches Vaterland erblicken, wird nämlich folgende Jeremiade des Junkerblattes verständlich:

Die Veröffentlichung dieser internationalen Revolutionsorder ist eigentlich das stärkste Stück, das die deutsche Sozialdemokratie bis jetzt geleistet hat. Ist schon die öffentliche Sammlung von Geldern zur Unterstützung der russischen Revolutionäre eine äußerst bedenkliche Erscheinung gewesen, so wird es doch unter keinen Umständen geduldet werden können, daß in dem neuen Aufzuge eine direkte Einmischung auch der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in die inneren Zustände des uns befreundeten russischen Reiches gefordert wird. Es ist schier unbegreiflich, daß es möglich ist, ein solches Schriftstück zu veröffentlichen, das offen darauf ausgeht, der geordneten und bei uns akkreditierten Regierung eines befreundeten Nachbarstaates den Kredit zu untergraben. Man darf nur die Konsequenzen bedenken, die das Dulden einer solchen

Agitation haben müßte. Man darf sich nur fragen, was Deutschland, was England usw. dazu sagen würden, wenn in einem, noch dazu befreundeten Staate solche planmäßigen Aufwiegelungen und Diskreditierungen gegen uns oder gegen den englischen oder einen anderen Staat geduldet würden. Aber der Erlaß und die Verbreitung des internationalen Aufrufs sind ein neuer Beweis dafür, daß das internationale Proletariat bereits glaubt, so mächtig und gefürchtet zu sein, daß es sich alles gestattet darf. Unter solchen Umständen wäre es doch wünschlich an der Zeit, den Herrschaften einmal zu zeigen, wer die Gewalt im Staate hat.

Die Frage, ob nicht die Kreditverweigerung heute noch viel mehr im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegt, als einst Bismarcks Vorkriegspolitik der russischen Staatswerte, existiert für das russifizierte Blatt gar nicht. Die Hauptsache ist ihm, daß das Jarentregime die geforderten Milliarden erhält, um sein Schändensystem fortzusetzen; ob dadurch das deutsche Kapital-kraftige Bürgertum um neue Millionensummen geprellt, ob der deutschen Volkswirtschaft neue Riesensummen entzogen und dem drohenden russischen Staatsbankrott in den Schlund geworfen werden, das quält die eigenartige „Vaterlandsfreudlichkeit“ des ehrsamten Blattes nicht. Höher als die wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes steht ihm die Aufrechterhaltung der russischen Korruption. Genau dieselbe tiefe „Vaterlandsliebe“, die in den Jahren 1791/93 die französischen aristokratischen Geistesverwandten des ehrsamten Blattes dazu trieb, das Ausland zum Einfall in ihr „teures Vaterland“ zu hehen und der unerschämten Proklamation des Herzogs von Braunschweig zuzujubeln. Die „Edelsten und Besten der Nation“ bleiben sich zu allen Zeiten gleich. —

### Nochmals dankend quittiert.

Herr Dr. Jüngst ist anscheinend vom Berichtigungsbüro besessen. Es treibt ihn, uns nochmals zu bestätigen, daß unsere Behauptung, er sei bei seiner durchaus verkehrten Beweisführung, daß die Löhne mehr gestiegen seien als die Verteuerung der Lebenshaltung, von dem niedrigsten Lohnstande ausgegangen, vollständig zutreffend war. Er sendet uns, und zwar wiederum ganz unbedeutenderweise mit Verusung auf den berühmten § 11 des Preßgesetzes, folgende Zuschrift:

Es ist unrichtig, daß es für mich selbstverständlich war, in meiner Schrift „Arbeitslohn und Unternehmergewinn im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau“ den niedrigsten Lohnstand zum Ausgangspunkt meiner Beweisführung zu benutzen. Dagegen ist richtig, daß es für mich selbstverständlich war, meine Darlegungen mit dem Jahre beginnen zu lassen, bis zu dem die vergleichbaren Lohnnachweisungen der amtlichen preussischen Bergbauverwaltung zurückreichen, wobei es rein zufällig war, daß dieses Jahr (1886) auch den niedrigsten Lohnstand in den letzten 20 Jahren aufweist. **Blödsinn!**

Dr. Jüngst.

Es ist von Herrn Dr. Jüngst sehr lobenswert, wenn er selbst dafür sorgt, daß der Tendenzcharakter seiner Schrift in den weitesten Kreisen bekannt wird. Wir glauben allerdings nicht, daß es noch irgend jemand wagen wird, sich durch Verusung auf das Jüngstische Nachweisk an der Irreführung der öffentlichen Meinung zu beteiligen.

### Der polnische Schulstreik im Kriegsgerichtsraum.

Die spannende politische Lage zwischen Polen und Preußen kam in einer Verhandlung zur Erörterung, die gestern das Kriegsgericht beschäftigte. Auf der Anklagebank saß der Gendarm Schweinert, der sich wegen Mißhandlungen zweier Schulknaben zu verantworten hatte. Der Sohn des Arbeiters U. aus Hirschbach hatte vor einiger Zeit einen kleinen Diebstahl ausgeführt und der Gendarm wollte ihn zu einem Geständnis bewegen. Er ging mit ihm zum Schullehrer, ließ sich von diesem den Stod geben und schüttelte damit den Knaben. Dann jag er den Säbel etwas aus der Scheide und suchte das Kind mit den Worten einzuschüchtern: „Du kriegst jetzt den Kopf abgehakt; Du wirst an den Galgen gehängt und dann fressen Dich die Vögel, sobald Du nicht die Wahrheit sagst!“ Auch den Bruder des U. soll der Angeklagte geschlagen haben.

Sch. gab die erste Mißhandlung zu und meinte zu seiner Entschuldigung, man müsse die Verhältnisse in Polen kennen und wissen, wie sehr die Polen gegen die Deutschen eingenommen seien. Die beiden Knaben hätten gelogen und die Mutter einen Meineid geleistet, um ihn hereinzulügen. Wie sehr die Leute dort gegen alles Deutsche vorgehen, davon zeuge folgendes Beispiel: Eines Tages sei in Hirschbach eine Abteilung vom 36. Feld-Artillerie-Regiment erschienen und die Polen hätten einen der Soldaten vollständig zerföhren. Der Major hätte ihn später an einem Baum liegend vorgefunden und zu ihm, dem Angeklagten, gesagt: „Derr Wachtmeister, wie werden Sie hier nur fertig! Sie können doch nur mit Revolver und Säbel vorgehen!“

Der als Zeuge bernommene Schullehrer befandete, gerade jetzt während des Schulstreikes seien die Verhältnisse traurig. Auch er stoße bei seinen neunzig Schülern und Schülerinnen auf Widerstand. Es würden ihm die größten Schwierigkeiten bereitet. Auch in den Aussagen der übrigen Zeugen, die fast nur mit Hilfe eines Dolmetschers betriebsfertig werden konnten, kam die augenblickliche Spannung zwischen Polen und Preußen zum Ausdruck. Nach längerer Verhandlung wurde der Gendarm zu acht Tagen gelinden Arrest verurteilt — eine mehr als gelinde Strafe, die schmerzlich den Respekt der Polen vor der deutschen Rechtspflege erhöhen wird. —

**Polizeiliche Erziehungsmethode.** In der Univeritätsstadt Erlangen erreichte ein eigenartiger Gefangenentransport Aufsehen und Empörung. Ein Schuttmann führte einen 14- bis 15-jährigen Jungen gefesselt durch die Stadt. Der Knabe hatte einigemal die Sonntagsschule geschwänzt — angeblich wegen Erkranken seiner Mutter — und sollte einige Stunden Karzer büßen. Zu diesem Zwecke wurde er von dem Schuttmann aus der Werkstatt geholt und gefesselt durch die Stadt transportiert. Eine ungemein wirkungsvolle Erziehungsmethode! —

### Tropentoller.

Zu den Landtagswahlen in Sachsen-Weimar, die am 2. November mit der Wahl der Wahlmänner ihren Anfang nehmen, kandidiert auch der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Paul Lehmann, Vertreter des dritten weimarer Reichstagswahlkreises. Das für diesen Kreis neugegründete sozialdemokratische Organ, die „Weimarer Volkszeitung“, nahm von der Kandidatur in folgender Form Notiz:

Endlich haben „sie“ einen, nämlich einen Landtagskandidaten. Die „Weim. Ztg.“ veröffentlicht im redaktionellen Teil ihrer Nummer vom Sonntag an mehreren Stellen die ominöse Aufforderung: „Wergo Landtags-Wahlbezirk. Als geeigneten Kandidaten zur Landtagswahl empfehlen wir den Reichstagsabgeordneten P. Lehmann-Eronawitz. Viele Landwirte.“ Wir gratulieren! Einen besseren Erfolg hätten die Wergo wohl kaum finden können. Den früheren Abgeordneten Wergo will man wegen seiner Kurzsichtigkeit und Wortkräufelheit fallen lassen und dafür will man den Abg. Lehmann eintauschen. O sancta simplicitas! Hat man denn noch nicht genug von seiner „Tätigkeit“ im Reichstag. Glauben denn die Wergo, daß Lehmann sein Wort besser hält als Freigabe? Haben sie von letzterem nichts zu hoffen gehabt, so erst recht nichts von Lehmann, denn einen rüchständigeren und reaktionärerem, gegen jeden Fortschritt abholden Menschen haben wir kaum jemals kennen gelernt. Wie gesagt: Wir gratulieren!

Die paar Zeilen sind Herrn Lehmann mächtig in die Glieder gefahren; er raffte sich daher in der „Weimarer Zeitung“ vom 31. Oktober zu folgender Erklärung auf:

„Mir ist es im allgemeinen gleichgültig, was sozialdemokratische Zeitungen über mich schreiben. Im vorliegenden Falle aber fordere ich den für obige Zeilen verantwortlichen Redakteur der „Weim. Volksztg.“ auf, mir einen Wortbruch nachzuweisen, im anderen Falle erkläre ich ihn für einen gemeinen, erbärmlichen und elenden Verleumder.“

Paul Lehmann, M. d. R.“

Das demokratische „Jenoer Volksblatt“ schreibt einstweilen: Aus dieser Erklärung ersehen wir zunächst mit Vergnügen, daß Herr Lehmann von seiner Afrikareise in die Heimat zurückgelehrt ist. Aber er muß unter dem Äquator doch etwas nervös geworden sein, sonst würde er nicht gleich das größte Geschäft aufahren. Im übrigen sollte gerade er wissen, daß im politischen Kampfe die Worte nicht immer auf die Goldwaage gelegt werden. Oder ist sich Herr Lehmann nicht mehr bewußt, daß er namentlich der Sozialdemokratie gegenüber mit seinen Ausdrücken nicht sehr wählerisch ist? —

## Ausland.

### Oesterreich.

Die Verstaatlichung der Nordbahn wird vom „Amtsblatt“ am 1. November als vom Kaiser vollzogenes Gesetz publiziert.

### Frankreich.

#### Der Parteitag in Limoges.

Paris, 31. Oktober. (Fig. Ver.)

Dem Kongreß der französischen Gewerkschaften folgt auf dem Fuße der Kongreß der politischen Partei. Er tagt in Limoges, dem Zentrum der keramischen Industrie Frankreichs. Die vorläufige Tagesordnung umfaßt außer den Berichten des Nationalrats, der Kammerfraktion und den Delegierten im internationalen Bureau folgende Punkte: Statutenänderung (besonders der Antrag auf Wählbarkeit der Abgeordneten für die permanente Verwaltungskommission); die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft; Aktienstrutinium und Proporz; Propaganda auf dem Lande und in der Seebefölkerung; internationale Aktion der Arbeiter; die Nationalitätenfrage; Militarismus und Krieg; Sozialismus und Vaterland (Antrag der herböftischen Föderation Jonne): „Kann man zugleich Parteimitglied und Freimaurer sein?“ Das Tagesblatt der Partei; Wahl der permanenten Kommission.

Alle diese Gegenstände waren Objekt einer ausführlichen Diskussion im Wochenblatt der Partei, „Socialiste“. — Was den Punkt „Partei und Gewerkschaft“ anlangt, so ist nach der ablehnenden Haltung des Kongresses von Amiens kaum eine längere Beratung zu erwarten, da allgemein der Wille herrscht, das verträgliche Nebeneinanderleben, das sich tatsächlich zwischen den beiden Organisationen ergeben hat, nicht zu gefährden. Der Punkt „Partei und Freimaurertum“ ist dadurch praktisch bedeutungslos geworden, daß der freimaurerische Apparat während der Wahlbewegung an manchen Orten zugunsten der Bourgeoisradikalen gegen die Parteikandidaten verwendet worden ist. Die Parteimitglieder, die Freimaurer sind, (es befinden sich mehrere Abgeordnete darunter wie Resler, Sembat, Dejeante) haben sich in einer Vorberatung entschlossen, die Freiheit, der Freimaurerei anzugehören, zu verteidigen! Sie wollen jedoch eine unabweisende Erklärung darüber abgeben, daß sie die Parteizugehörigkeit höher schätzen und die Parteigrundsätze jederzeit befolgen. —

Dem Parteitag werden etwa 300 Delegierte beizuohnen. Die Beschickung ist durch das Parteistatut genau geregelt: Jede Föderation hat das Recht auf ein Mandat für das erste Duzend ihrer Mitglieder und auf weitere Mandate für je 200 Mitglieder. Doch werden die Mitgliedsarten nur soweit in Betracht gezogen, als ihnen mindestens die Einzahlung von je zwei Dritteln der fälligen Parteibeiträge entspricht. Bei diesem schwierigen Berechnungsmodus entfallen z. B. auf das Norddepartement mit seinen 8300 Organisierten 42, auf das Seinedepartement 36 Mandate.

Der Bericht des Nationalrats stellt fest, daß die Partei im letzten Jahre einen überaus erfreulichen Aufschwung genommen hat. Die Zahl der Föderationen ist von 67 auf 75, die der zahlenden Parteimitglieder von kaum 40 000 auf 54 000 gestiegen. Die Zahl der verkauften Parteimarken hat sich verdoppelt. Im ganzen wird die Parteisteuer jetzt in allen Teilen des Landes — und in dem ehemals als faumfelig und undisziplinirt geltenden Süden — ziemlich regelmäßig bezahlt.

Die organische Einigung der Partei hat weitere Fortschritte gemacht. Nur im Departement Cher bestehen noch die zwei alten Föderationen nebeneinander. Die Verschmelzung der lokalen Gruppen dagegen steht noch in vielen Gegenden aus. Der Parteivorstand wiederholt daher den Appell, dem Statut gemäß auch in den Sektionen die Einigkeit herzustellen.

Ueber die Wahlen gibt der Bericht folgende Daten: Von den 540 Wahlkreisen, die im Gebiete der 69 Parteiföderationen liegen, die zur Zeit der Wahlen bestanden, wurden 346 mit Kandidaten versehen. 19 Föderationen stellten in allen ihren Wahlkreisen Kandidaten auf. Die Wahlkampagne wurde — von einzelnen Ausnahmen abgesehen — in prinzipiellem Geiste geführt. Die Wahlergebnisse bewiesen den Nutzen einer starken Organisation. Das Norddepartement brachte es bei 8000 Organisierten auf 105 000 Wähler. Das Seinedepartement ergab bei 7000 Parteimitgliedern 198 000 Stimmen für die Parteikandidaten. Insgesamt wurden im ersten Wahlgang 894 819 sozialistische Stimmen abgegeben. 31 Kandidaten der Partei wurden sofort, 21 im zweiten Wahlgang gewählt. Das Stimmenergebnis ist hinter den Erwartungen vieler Genossen zurückgeblieben. Aber man darf die sozialistischen Stimmen dieses Jahres nicht mit denen von 1902 vergleichen. Unter den 800 000, die damals auf sozialistische Kandidaten entfielen, kamen 100 000 bis 150 000 auf Kandidaten, die außerhalb der geeinigten Partei geblieben sind. Viele von ihren Wählern, die mehr von der Persönlichkeit als von den Prinzipien der Kandidaten bestimmt wurden, sind für die Partei noch nicht zurückgewonnen. Nicht zu übersehen ist auch, daß im Loire-Departement vor 4 Jahren 40 000 Stimmen abgegeben worden sind. Diesmal aber hatte die Partei dort mit Rücksicht auf die zerrütteten Organisationsverhältnisse keine Kandidaten aufgestellt. Eine genaue Berechnung würde wohl ergeben, daß die Partei 250 000 bis 300 000 Stimmen gewonnen hat.

### Frankzösische Gesetzesprojekte.

Paris, 1. November. Wie mehrfach bestätigt wird, enthält der Entwurf betreffend Aufhebung der Kriegsgerichte die Bestimmung, daß von Militärs begangene Verbrechen und Vergehen gegen das gemeine Recht von den gewöhnlichen Gerichten und nur Vergehen gegen die Disziplin von den militärischen Disziplinargerichten abgeurteilt werden sollen. Den Vorstoß bei diesen auf fünf

Militärs zusammengefügten Militärgerichten wird ein Rat des Appellationsgerichtes führen. Die gerichtliche Untersuchung wird nicht mehr von einem Offizier der Militärjustiz, sondern von einem Zivilrichter geführt werden. Auch die militärischen Appellationsgerichte sollen aufgehoben und die Urteile der ersten Instanz im Falle der Berufung dem Kassationshofe unterbreitet werden.

Bezüglich des Gesetzentwurfes betreffend eine Arbeiterpensionskasse verläutet, daß der Finanzminister dieser Kasse zunächst einen jährlichen Beitrag von 180 Millionen zuführen will. Der Finanzminister hofft, es werde ihm möglich sein, 50 Millionen Mehretragnis aus der Einkommensteuer und 80 Millionen aus einer Erhöhung der Erbschaftsteuer zu erzielen.

Mit offenem Munde und stark vor Stimmeln hört der biedere deutsche Michel von diesen Projekten der französischen Regierung. —

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

82. Sitzung vom Donnerstag, den 1. November, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhand eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

In die gemischte Deputation zur Beratung der Frage, in welcher Weise eine anderweitige Regelung der Leitung des Fach- und Fortbildungsschulwesens einzurichten ist, sind seitens der Versammlung durch die Abteilungen 10 Mitglieder gewählt, unter denen sich auch die sozialdemokratischen Stadtv. Dr. Arons und Singer befinden.

Mit der Festsetzung neuer Baufluchtlinien behufs Verbreiterung der Judenstraße zwischen Parochial- und Stralauerstraße, sowie der Stralauerstraße zwischen Judenstraße und Rollenmarkt auf 22 Meter hat sich der eingesezte Sonderausschuß einstimmig einverstanden erklärt; ebenso einstimmig schlägt er vor, den Magistrat zu ersuchen, bei der Durchführung der Verbreiterung gegenüber den Grundstückeigentümern (von Judenstraße 28-33 und Stralauerstraße 28-33 und 33-39) den § 9 des Kommunalabgabengesetzes von 1893 (Heranziehung der Interessenten, die infolge Zurücklegung der Baufluchten höher bauen können, zu angemessenen Kostenbeiträgen) in Anwendung zu bringen. Referent ist Stadtv. Mertens (N. L.). Die Versammlung tritt den Ausschussvorschlügen ohne Debatte bei.

Die Vorlage wegen Zahlung eines Beitrages zu den Kosten der Regulierung der Saalestraße in Rixdorf und den Erwerb einer Baumstange an der Gannertstraße doselbst wünscht Stadtv. Grindel (Soz.) in einem Auszuge näher zu prüfen, um einige Gründe in der Begründung aufzuklären. Stadtv. Kamelau empfiehlt die sofortige Annahme, und die Mehrheit beschließt demgemäß nach Ablehnung des Antrages Grindel.

Am 6 Uhr erfolgt die Wahl eines Stadtschulrats an Stelle des verstorbenen Dr. Gerstenberg. Abgegeben werden 120 Stimmzettel; auf den Namen Fischer lauten 81, auf den Namen Neuffer 36; 3 Zettel sind unbeschrieben. Der städtische Schulinspektor Schulrat Dr. Fischer ist somit auf 12 Jahre gewählt.

Zur Verhandlung gelangt hierauf der von sämtlichen Fraktionen unterzeichnete, von den Stadtv. Cassel, Dinse, Singer, Rommsen und Deutsch am 25. Oktober cr. eingebrachte Antrag:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, bei den Reichs- und Staatsbehörden mit allem Nachdruck erneut dahin vorstellig zu werden, daß

mit Rücksicht auf die sich immer mehr steigende Teuerung des Fleisches und die sich hieraus ergebende Schädigung und Verschlechterung der Volksernährung, sowie die hierdurch herbeigeführte bedrohliche Notlage weiter Volksteile die erforderlichen Maßnahmen zur Abhilfe schleunigst getroffen, daß insbesondere die Grenzen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch sofort geöffnet und die hemmenden Zollschranken beseitigt werden.

Stadtv. Cassel (N. L.): Schon 1902 und 1905 haben wir Entwürfe wegen der Fleischsteuerung an den Magistrat gerichtet; dieser hat Petitionen an die Staats- und Reichsbehörden ergoßen lassen und Beschlußfassungen durch den Städtetag herbeigeführt; aber alle diese und andere Maßnahmen, Vorstellungen usw. aus anderen Anlässen sind fruchtlos geblieben und die Teuerung ist immer weiter vorgeschritten. Der heutige neue Antrag bedarf angesichts der offenen Verhältnisse laum näherer Begründung und Substantiierung. Denn fast bei sämtlichen Parteien im Deutschen Reich kann man sich nicht mehr der Ansicht verschließen, daß der jetzige Zustand ein gefährlicher und unerträglich ist. Nationalliberale Blätter wie die „Kölnische Zeitung“ führen gegen die Regierung aus diesem Anlaß die schärfste Sprache; „Reichsbote“ und „Arcus-Zeitung“ geben die Teuerung an sich zu, agrarische Blätter also, die sonst für unsere Meinung nur Spott und Hohn übrig hatten. Es wird damit bewiesen, daß wir auch früher nicht einen „Fleischnotruhm“ inszeniert haben. Es läßt sich auch nicht mehr aufrecht erhalten, daß die bösen Zwischenhändler und die Schlächter oder die städtische Schlachtabgabe die Schuld an diesem die Volksernährung ernstlich bedrohenden Zustande haben. Die Agrarier geben sich immer als die Freunde des Mittelstandes aus; jetzt klagen sie gerade einen Teil dieses Mittelstandes der Fleischverteuerung an, welche doch lediglich durch die verkehrte Zollpolitik und die Grenzsperrungen erzeugt ist. Nach den amtlichen Preisermittlungen (für 1000 Kilogramm im Großhandel) ist Rindfleisch seit 10 Jahren gestiegen um 23, Schweinefleisch um 40, Kalbfleisch um 33, Hammelfleisch um 32 Prozent. Diese Zahlen sind schon erschreckend genug; einzelne Fleischsorten haben aber speziell für Berlin Verteuerungen bis zu 50 Prozent erfahren! Vom Juli 1900 bis zum September 1906 ist der Doppelzentner Lebendgewicht mit 20 Proz. Tara für fleischige Schweine von 96,25 auf 139 M. gestiegen! Da kann nicht mehr von einer künstlichen Agitation gesprochen werden. Ist schon in wohlhabenden Familien die Steigerung sehr stark zu fühlen, um so sicherer ist es, daß die Steigerung für die weiten Schichten der ärmeren Volksklassen zur schlechteren Ernährung, zur Unterernährung führen muß. (Lebhafte Zustimmung.) Die Folgen solcher Teuerung sind viel schlimmer als einzelne Unglücksfälle, weil sie auf Jahrzehnte das Auswachsen gesunder, kräftiger Generationen verhindert. Herr von Bobbelski erklärte schon im vorigen Jahre, er müsse die Teuerung zugeben; aber andere Agrarier verwiesen darauf, daß man ja nicht notwendig täglich Fleisch essen müsse, daß man sich auch mit Fischen ernähren könne, daß man überhaupt einfacher leben könne usw. Man muß sich schämen, heutzutage solche Argumentation noch in Deutschland zu hören. Ist dazu das Deutsche Reich gegründet worden, damit wir in dieser Beziehung wieder in die Zeiten elendester Verelendung und ohnmächtiger Schwäche zurückfallen sollen?

Deutschland hat jetzt den traurigen Vorzug, die teuersten Fleischpreise zu haben. Wie konnte einem so schreienden Uebel noch immer keine Abhilfe geschehen? Herr von Bobbelski hatte das Verschwinden der Teuerung nach wenigen Wochen vorausgesagt; das trat nicht ein, und später erklärte er, er hätte das gewagt, aber nicht auszusprechen dürfen. Im gewöhnlichen Leben hat man für eine solche Art des Auftretens das richtige Wort, welches ich nicht erst auszusprechen brauche. Man erlaubte die Sache mit Späßen, geschähe es nichts; auch das Angebot an den sozialdemokratischen Parteivorstand, ihm die nötige Anzahl Schweine zur Etablierung einer großen Schweinezucht zu liefern, hat keine Folgen weiter gehabt. (Weiterkeit.) Man meinte hier im vorigen Jahre, Herr von Bobbelski sei nicht ernst zu nehmen; jedenfalls ist er heute noch Minister. Vielleicht war er im vorigen Jahre durch eigene Geschäfte und durch solche seiner Frau Gemahlin so in Anspruch genommen, daß er dieser Sache seine Aufmerksamkeit nicht zuwenden konnte. (Sehr gut!) Mag er abgehen oder mag er vor dem Parlament erscheinen, um eine Petition und die der Regierung zu verteidigen — letzteres wäre ja freilich in Preußen-Deutschland

einmal Neues. Aber auch Herr v. Bülow hat eine Deputation des Städtetages an Herrn v. Bobbelski verwiesen! Jemandem in Deutschland müßte nun doch eine Stelle vorhanden sein, die auch die Interessen der überwiegenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung im Auge hat. Aber nichts davon! Die zahllosen Eingaben der Städte sind ohne Antwort geblieben; wohl aber hat man alles mögliche getan, trotz der Teuerungswirkungen, um ein Sinken der Preise zu verhindern. Durch die Handelsverträge ist das Kontingent des über die Süd-Ostgrenze einzuführenden Viehs erhöht worden; man hat aber diese Erhöhung nicht vor dem Inkrafttreten der Verträge zugelassen. Und Herr v. Bobbelski durfte kühl darauf verweisen, daß nach dem 1. März 1906 ja infolge der verdoppelten und verdreifachten Zollsätze die Preise noch teurer werden würden! Das zu kennzeichnen fehlt einem das richtige Wort. Selbst ein so eingefleischter Schutzgötter wie Herr Arndt sieht sich heute genötigt, mit Abhülseorschlägen hervorzutreten. In dem reichen Chor der Kläger und Ankläger darf auch unsere Stadt nicht fehlen. Die Hauptmaßnahme kann nur die Aufhebung oder doch gründliche Herabsetzung der Vieh- und Fleischzölle sein; die mindestens zeitweise Aufhebung allein kann uns aus der gegenwärtigen Kalamität herausführen. Wir sind es unserer Bevölkerung und speziell der Berliner Bevölkerung schuldig, immer und immer diese Klagen und Anklagen zu wiederholen, so unangenehm es sein mag, sich immer und immer wieder mit derselben Sache zu beschäftigen. Der Magistrat wird also abermals die geeigneten Schritte zu erwägen haben. Endlich einmal muß der Tag kommen, wo man auch an anderen Stellen das Verlechte der Politik einsehen muß, daß die Lebensmittel der großen Masse zum Vorteil einzelner Produzenten fortgesetzt verteuert werden und daß diejenigen, die diese Politik durchzuführen, zum Teil dieselben sind, die den größten persönlichen Vorteil davon haben. Die „Köln. Zig.“ sogar meint, Herr v. Bobbelski hätte als Interessent längst seinen Platz räumen müssen. Möge man einschreiten, ehe es zu spät ist! Ich hoffe, es wird diesmal unsere Stimme nicht wie bisher ungehört verhallen, denn der Unmut ist zu allgemein, die Last zu unerträglich drückend geworden! (Weifall.)

Oberbürgermeister Rischner: Die Frage der Fleischverteuerung hat zuerst 1890 den zweiten preussischen Städtetag beschäftigt; damals referierten Stadtrat Weigert-Berlin, Oberbürgermeister Delbrück-Danzig (Hört! hört!) und Oberbürgermeister Fuß-Riel. Es wurde eine Resolution beschlossen, welche die Beschränkung der Einfuhrverbote verlangte. 1902 hat der deutsche Städtetag einstimmig gegen jede Erhöhung der Zölle auf unentbehrliche Lebensmittel Einspruch erhoben. 1905 haben wir eine Petition betreffend die inzwischen immer stärker gewordene Fleischverteuerung abgehen lassen, der Ausschuß des Städtetages wurde vom Reichstanzler empfangen und bemühte sich in längerer Aussprache, aufs eindringlichste zu betonen, daß bereits ein Notstand eingetreten sei und daß wir dringend um Abhülfe Maßnahmen bitten müßten. Da keine Maßregel ergriffen wurde, ist der Städtetag berufen worden; er tagte am 27. November 1905 und referierte wiederum für möglichst ungehinderte Einfuhr lebenden Viehes unter den gebotenen Veterinärschutzmaßnahmen usw. Die Frage ist also fortwährend mit demjenigen Nachdruck vertreten worden, der ihrer Bedeutung gebührt. Ob es zweckmäßig ist, jetzt noch weiter vorstellig zu werden, weiß ich nicht, ich persönlich verspreche mir davon außerordentlich Geringes. Alle Teile sind genau instruiert und informiert, irgend welche weiteren Aufführungen können laum noch in Frage kommen. Das Volk müßte sich dessen erinnern, daß wir in Deutschland und Preußen in einem Verfassungsstaate leben und daß solche Fragen schließlich nur entschieden werden können an den Wahltagen. Beschließen Sie indessen nochmalige Vorstellungen, so wird der Magistrat zu prüfen haben, ob es geschehen soll und ob es nicht besser in Gemeinschaft mit anderen deutschen Kommunen geschieht. Der Vorstand des deutschen Städtetages wird am 5. November hier zusammenzutreten und sich auch mit dieser Frage beschäftigen. (Weifall.)

Stadtv. Singer (Soz.): Ueber den Antrag selbst herrscht ja Einmütigkeit und einmütig wird er jedenfalls angenommen werden. Dem Oberbürgermeister kann ich in einem Punkte nicht ganz folgen: wenn auch tatsächlich schließlich das Volk die letzte Instanz ist und die Wahlen die letzte Entscheidung geben, so würde es nach Lage der Verhältnisse in Preußen bei dem dortigen Dreiklassenwahlsystem eine politische Unmöglichkeit sein, eine solche Entscheidung zu extrahieren, ganz abgesehen davon, daß es in Preußen auch ein Herrenhaus gibt. Wenn sich der Oberbürgermeister auch von nochmaligem Vorstelligwerden der Städte nichts Besonderes verspricht, so ist es doch unsere Pflicht, überall da mit zur Stelle zu sein, wo es sich um die Wahrung der Volksinteressen handelt; verantwortlich sind schließlich nicht die Wählenden, sondern diejenigen, die der Mahnung nicht Gehör geben. (Zustimmung.) Der Magistrat wird also jedenfalls die Frage nochmals in Erwägung nehmen und dabei das möglichst schnelle Tempo einschlagen. Die Konsequenz der Ausführungen des Oberbürgermeisters müßte bei den freisinnigen aller Richtungen doch die sein, daß beide die Stichwahlen sie einem Sozialdemokraten die Stimme geben und nicht, wie es wiederholt geschehen ist, dem reaktionären, schuppöllnerischen Segner. (Zuruf.) In diesem Sinne hoffe ich, daß die Rede des Kollegen Cassel bei seinen Parteigenossen nicht unerhört verhallen wird. Die Teuerung wird immer drückender, die Lage immer verzweifelter. Die Regierung läßt nichts von sich hören. Die Minister ertragen ja wohl auch die Not der Teuerung leichter, nachdem sie sich im vorigen Jahre ihr Gehalt um 14 000 M. auf 50 000 M. haben erhöhen lassen. (Weiterkeit.) Der Zustand artet zu einem Skandal allerersten Ranges aus dadurch, daß es in Deutschland möglich ist, daß ein preussischer Minister, der in seinen privaten materiellen Interessen lebhaft an diesem Zustand beteiligt ist, es wagen darf, im Amt zu bleiben. Der preussische Landwirtschaftsminister, anerkannt der größte Schweinezüchter, den wir haben (Große Weiterkeit), anerkannt als persönlich finanziell interessiert an diesen Dingen, ist in der Lage, Vorschriften zu erlassen, deren Erfolg ist, auch seine persönlichen Einnahmen zu vermehren! Es ist der größte Skandal, der in einem Kulturland auftreten kann, und die maßgebenden Kreise, welche sonst durch potenziertes Ehrgefühl glänzen, scheinen nicht eine Spur von Scham darüber zu empfinden, daß so etwas in Preußen-Deutschland möglich ist. (Zuruf: Tuppelstich! Weiterkeit.) Die verantwortlichen Träger für diesen Notstand sind neben der Regierung die Reichstagsmehrheit und jene Parteien, von denen Herr Cassel gesprochen hat; sie haben dem Wuchertarif, den Fleischbeschauengesetzen zugestimmt, sonst wäre dieser Zustand nicht vorhanden; und es klingt fast wie Hohn, wenn diese sich darüber beklagen, daß dem armen Mann das, was sie ihm gekostet haben, fehlt. (Sehr gut!)

Daß die Teuerung fortgesetzt anhält, ist schon an amtlichem statistischem Material nachgewiesen worden; ich gebe noch einige Zahlen für den Doppelzentner Fleisch im Großhandel aus September 1906, 1905 und 1904. Die Zahlen sind für Schweine 139, 135, 20, 106; für Kalber 102, 150, 00, 139; für Hammel 163, 156, 40, 125, 00. Entsprechend für Rindvieh. Im Detailhandel kostete 1 Pfd. Rindfleisch 1881-1890 68 Pf., 1902 72-74 Pf., September 1906 aber 90-92 Pf. (Hört, hört!); das Kilogramm Schweinefleisch kostete in den Jahren 1905-1901 resp. 129, 121, 121, 119, 118 Pf. Kalbfleisch kostete von 135 Pf. im Jahre 1901 auf 153 im Jahre 1905, Hammelfleisch von 131 im selben Zeitraum auf 148 Pf. — Welches sind die Ursachen dieser Erscheinung? Nicht Miswachs, nicht Viehsuchen, sondern künstliche Mangelzustände, um den großen Agrariern die Taschen zu füllen. (Lebhafte Zustimmung.) Das Deutsche Reich hat seine Gesetzgebung dazu hergegeben, die breiten Massen des Volkes so entseztlich zu schädigen zugunsten von Leuten, die es nicht nötig haben, zugunsten von agrarischen Fürsten, Prinzen, Grafen usw., die Tausende von Hektaren besitzen! Und dieselben Leute, denen diese Politik materiell zugute kommt, haben in den deutschen

ändern die Rinne zur Befestigung in der Hand, um diese Befestigung zu machen, welche die große Masse der Bevölkerung zu Rat und Geld verurteilt! Das kann nicht oft und nicht scharf genug herbeigehoben werden. Nicht die Seuchen sind schuld, denn 1891 war die Verheerung des deutschen Viehstandes eine viel größere. Aufgehört hat aber belamüht trotz aller Grenzsperrungen die Verheerung nie ganz. Zweck und Wirkung dieser agrarischen Politik ist die Preissteigerung des Grund und Bodens, die Erhöhung der Bodenrente. Nach einer Reihe von Jahren wird die durch diese Maßregeln, speziell durch den Wuchertarif, bewirkte Preissteigerung konsumiert sein, und dann stehen wir vor denselben Verhältnissen wie vorher. Die amtlichen Ziffern der Landwirtschaftskammern über die Güterpreise, die die Anstaltungs-kommission für Fosen und Westpreußen anlegen muß, beweisen das schlagend. Im ganzen ist dem Grundbesitz

ein Geschenk von 10 Milliarden durch den Wuchertarif in den Schoß geworfen worden. Der Fleischkonsum ist pro Kopf der Bevölkerung von 20,33 Kilogramm im Jahre 1904 auf 18,40 Kilogramm im ersten Semester 1906 gefallen! (Hört, hört!) Und dabei sind alle diese Zahlen Durchschnittszahlen; die Einschränkung der breiten Masse ist also noch viel beträchtlicher! Niemals war der Andrang zu den Freibänken so groß wie jetzt; beschämender noch ist die Tatsache, daß der Konsum von Pferde- und Hundefleisch stetig steigt! Die Zollpolitik in bezug auf Fleisch erhöht den Bedarf für die blödsichtige Familie um 50 M. jährlich, d. h. man zieht dem Manne eine Mark pro Woche am Einkommen ab! An diesen Darlegungen kann ich mir genügen lassen. Wir müssen verlangen die sofortige Oeffnung der Grenzen, die Suspendierung der Fleisch-, Vieh- und Futtermittelzölle. Wesentlich ist und bleibt die Oeffnung der Grenze für Vieh und Fleisch, auch vom konservierten Fleisch. Auch hier zeigt sich die ganze Deuselei der Urheber und Parteigänger dieser Politik. Die Verringerung der Fleisch-nahrung ist geradezu eine Gefahr für die Bevölkerung, und die Behauptung, die Bevölkerung müsse geschützt werden gegen Seuchengefahr, nur eine Maske für die Ruchnieher dieser Politik. Hat doch der Marine-Staatssekretär den Mannschaften amerikanisches Konservenfleisch verabreichen lassen; also gehörte er entweder vor ein Kriegsgericht oder jene anderen stehen am Lügenpranger!

Eine weitere Forderung muß gerichtet werden auf Reformen des Fleischbeschaugesetzes; die Einfuhr muß gestattet sein unter scharfer Kontrolle an der Grenze. Ein altes deutsches Sprichwort lautet: Der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht! Wir werden abwarten, wie lange Herr v. Bobbelski noch bleibt. (Weifall.)

Stadtv. Rosenow (N. L.) weist besonders auf die Einmütigkeit hin, mit der die ganze Versammlung den gestellten Antrag vertrete. Der Ministerpräsident, der Landwirtschaftsminister, auch der frühere Handelsminister Müller hätten in der Lösung der Fleischnot versagt. Der Nachfolger des letzteren, der Handelsminister Delbrück, habe früher als Oberbürgermeister sich energisch gegen die Fleischverteuerung gewandt, auch Herr v. Bethmann-Hollweg, der jetzige Minister des Innern. Schon deshalb müßte an das Staatsministerium mit neuen Vorstellungen herangetreten werden.

Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-fortschritt.): Im Interesse der Stadt liegt es unzweifelhaft, daß Oberbürgermeister und Magistrat neu vorstellig werden, nicht um des Erfolges willen, sondern um der Sache selbst willen. Die Volksernährung ist so beeinträchtigt, daß Palliativmittel nicht mehr helfen. Doch im jetzigen Zeitpunkt auch die Oeffnung der Grenzen vielleicht nicht mehr hilft, ist von einsichtigen Volkswirten längst vorausgesagt worden. Helfen kann nur eine völlige Umkehr der Wirtschaftspolitik. Allein schon die deutsche jährliche Bevölkerungszunahme hätte eine andere Politik empfehlen müssen, heute hat auch das Ausland nicht mehr den Ueberseh auf ein Viehproduktion, der sonst nach Deutschland ging, weil hier seit Jahrzehnten systematisch die Grenzen geschlossen sind. Auch vorübergehende angeblich konservative Politik ist in Wirklichkeit die des Louis Philippe'schen Enrichissez-vous! Die Katastrophe, die uns droht, abzuwenden, ist auch eine neue Eingabe des Magistrats vielleicht ein Mittel.

Stadtv. Rommsen (Fr. Fr.) meint, das persönliche Moment könne aus der Debatte ganz fortbleiben, da das sachliche Material übergenug vorhanden sei. Eine Regierung, welche gegenüber dem stetig steigenden Notstande seit Jahr und Tag nicht aus „Erwägungen“ herauskomme, taue nichts für die Wahrung dieser Seite der Volksinteressen. Die Notwendigkeit nochmaliger Vorstellungen sei zweifellos, erstens auch die Ansicht, daß der Städtetagsausschuß demnächst zur Verhandlung desselben Themas zusammentrete. Eine allgemeine Bedeutung würde aber, wenn sie nicht von Berlin allein käme, doch nur eine Manifestation haben, die von der Gesamtheit des Städtetages ausginge.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Cassel u. Gen. wird darauf einstimmig angenommen. Schluß 10 Uhr.

## Gewerkchaftliches.

### Sind Werkstattbesprechungen anmeldspflichtig?

Diese für die Arbeiterchaft so wichtige Frage dürfte jetzt hoffentlich endgültig geregelt sein.

Die auf der fiskalischen Zeche „Rheinbaben“ beschäftigten Metallarbeiter fanden sich am 10. November v. J. in einer Werkstatt in Votrupp ein, um dort eine Besprechung über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuhalten. Weil ihnen der Vortrupp aber im letzten Augenblick das Lokal verweigerte, zogen die Erschienenen — etwa 30 — in ein anderes Lokal, wo die Besprechung dann auch stattfand. Außer den auf „Rheinbaben“ beschäftigten Metallarbeitern waren anwesend der Gewerkschaftssekretär Hirtfelder-Essen und der Vorsitzende der Ortsgruppe Votrupp des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, außerdem noch ein Mitglied dieses Verbandes, das ganz zufällig im Lokale anwesend war. Zur Erörterung kamen nur Angelegenheiten der Metallarbeiter der Zeche „Rheinbaben“. Nach Schluß der Besprechung blieb man einige Zeit in zwangloser Unterhaltung beisammen. Plötzlich erschien ein Polizeibeamter, der Hirtfelder und den Vorsitzenden der Votrupper Ortsgruppe notierte, weil sie eine öffentliche Versammlung nicht angemeldet hätten. Beide erhielten dann auch ein auf 15 Mark lautendes Strafmandat. Während ihr Einspruch dagegen vom Schöffengericht Votrupp verworfen wurde, sprach das Landgericht Essen sie frei, weil diese Instanz nicht hatte feststellen können, daß in der betr. Zusammenkunft öffentliche Angelegenheiten erörtert worden seien. Damit war aber der Staatsanwalt nicht zufrieden. Er legte Revision ein, und das Kammergericht fand, daß der Vorderrichter nicht genügend festgestellt habe, ob, wenn auch nicht von vornherein die Absicht bestanden hätte, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern, nicht doch während der Dauer der Versammlung durch irgend einen Teilnehmer öffentliche Angelegenheiten erörtert worden wären. Sei das aber geschehen, so würde die an sich nicht anmeldspflichtige Versammlung dadurch zu einer anmeldspflichtigen geworden sein. Um nach dieser Richtung hin nähere Feststellungen treffen zu können, wurde das freisprechende Urteil aufgehoben und die Sache

zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht Essen zurückverwiesen. Dieses ist nun auf Grund der Zeugnisaussagen wiederum zu einem freisprechenden Urteil gekommen.

In der Begründung wird ausgeführt, die Versammlung hätte aus zweierlei Anzeichen zu einer öffentlichen werden können. Erstens durch den Umstand, daß auch nicht auf der Zeche „Aheindaben“ beschäftigte Personen an der Besprechung teilgenommen. Es sei aber festgestellt, daß der eine nur ganz zufällig im Lokale anwesend war und sich anscheinend auch nicht um den Verlauf der Besprechung gekümmert habe. Die Anwesenheit des Gewerkschaftssekretärs und des Organisationsvorsitzenden sei aber offenbar zur Erreichung des Zweckes der Versammlung notwendig gewesen, denn einerseits seien die Arbeiter sicherlich nicht genügend geschult, um solche Angelegenheiten zu erörtern, andererseits hätten aber die Arbeiter der Zeche annehmen dürfen, daß es ihnen von Nachteil sein könne, wenn sie selbst als Redner auftreten. Zweitens würde eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten die Versammlung anmeldspflichtig gemacht haben. Es sei aber festgestellt, daß eine solche nicht stattgefunden. Erwiesen sei, daß der Redner, Gewerkschaftssekretär Hirtfelder, die Arbeiter ausdrücklich darauf verwiesen habe, zunächst zwecks Abstellung der Mißstände bei ihren Vorgesetzten vorstellig zu werden. Sollte das nicht nützen, müßten sie den Arbeiterausschuß der Zeche in Anspruch nehmen. Die hieran geknüpft Bemerkung, wenn beides ohne Erfolg bleiben sollte, die Organisation, den Verband, zum Eingreifen zu veranlassen, könne auch nicht als Erörterung öffentlicher Angelegenheiten betrachtet werden, denn es sei nicht weiter als das Erteilen eines guten Rates. Weil aber keine öffentliche Angelegenheiten erörtert worden, seien die Angeklagten wiederum freizusprechen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse zur Last zu legen.

### Berlin und Umgegend.

#### Die „Gelbfucht“ unter den „Dirksen“.

Von der „Berliner Volkszeitung“ wurde gestern ein Artikel „aus Gewerkschaftskreisen“ veröffentlicht, der den Standpunkt der Dirsch-Dunderschen zum Streik in den Siemenswerken präzisieren soll. Es scheint aber, als sei der Artikel mehr an die Direktion der Eisenwerke als an die Öffentlichkeit gerichtet, denn die Gewerkschafter verhalten darin nur schlecht ihr altes Bestreben, sich bei der Direktion als die artigen Kinder in empfehlende Erinnerung zu bringen. Sie betonen denn auch mit aufgehobenen Händen, daß sie nicht ein sondern sogar zweimal beschloßen haben, sich an dem gegenwärtigen Streik nicht zu beteiligen. Freilich wollen sie nicht verkennen, daß in der neuen Arbeitsordnung eine Anzahl Verschlechterungen gegen früher enthalten sind; daß die Strafbestimmungen außerordentlich scharf geworden sind, daß ferner die Beurteilung der zur Entlassung eines Arbeiters führenden Gründe mehr als bisher in die Hand der Meister und Beamten gelegt worden seien, und daß auch in bezug auf die Ueberstundenarbeit Verschlechterungen gegenüber der früheren Arbeitsordnung festgelegt seien. Aber, meinen die tapferen Oberhäupter dann weiter, dagegen sind andererseits Verbesserungen durchgeführt. Und nun staune man, was sie an „Verbesserungen“ entdeckt haben. Die Verlegung des Lohnes vom Sonnabend auf den Donnerstag und — die Einführung der Proportionalwahl zu den Arbeiterausschüssen! Das ist alles.

Wegen des armeneligen Linsengerichts eines Ausnahmefalles in den Siemenswerken aber kommt es diesen Leuten auch hier wieder nicht auf einen offenen Arbeiterverrat an! Uebrigens hat die Direktion der Siemenswerke die Proportionalwahl keineswegs etwa um der schönen Augen der Dirsch willen eingeführt. Dies geschah vielmehr — wie die Gewerkschafter auch sehr wohl wissen — lediglich deshalb, um der Dirschmännlich protegierten „gelben Gewerkschaft“ eine Vertretung im Arbeiterausschuß zu sichern. Um so widerlicher ist daher das jegliche Gedankens der Gewerkschafter. Sie zeigen sich der Mittwelt einfach in der Rolle heulender Schafale, die selbst jeden ersten Kampf feige aus dem Wege gehen, dabei im Hinterhalt aber winkend den Augenblick erspähen, wo sie einen abfallenden Knochen erhaschen können. Wie ein derartiges Verhalten selbst von der Verleumdung eingeschätzt wird, beweist ja schon der Umstand, daß diese die „Dirsch“ und die „Gelben“ jetzt als durchaus gleichwertig bezeichnet.

Zum Streik selbst ist zu berichten, daß gestern ebenfalls zwei weitere Abteilungen in den Ausstand getreten sind. Die Direktion sucht jetzt die ständig zunehmende Erregung unter den Arbeitern dadurch zu beschwichtigen, daß sie in den einzelnen Werkstätten verstanden ließ, es brauche gegenwärtig niemand mehr Ueberstunden zu machen. Ganz erklärlich. Wo soll denn auch schließlich die Arbeit herkommen, wenn in den Hauptabteilungen gestreikt wird. — Je mehr nun aber die Verlegenheit der Direktion wächst, desto eifriger bemüht sich die liebe Polizei, ihr zu Hülfe zu kommen. Den Streikposten wird zeitweilig das Betreten sämtlicher „sibirischen“ Feldwege verboten und Sittierungen erfolgen ohne Zahl. An den üblichen Gang zur Wache haben sich die Streikposten bereits so gewöhnt, daß ihnen schon immer etwas fehlt, wenn sie mal aus Zufall von der täglichen Sittierung verschont werden.

#### Ein weiterer Schritt zur Einheit.

Seit gestern gehört der Verein Berliner Hausdiener als Gesamtorganisation dem Transportarbeiter-Verbande an. Die Filiale Berlin des Transportarbeiter-Verbandes hat es damit auf über 3000 Mitglieder gebracht. Die im Verein Berliner Hausdiener organisierten Handelsangestellten haben sich somit in den Schutze einer gewaltigen Organisation gegeben. Nicht ohne Kämpfe. Der gewiß starke Verein Berliner Hausdiener hatte, nachdem er sich die Prinzipien einer modernen Arbeiterorganisation angeeignet, gewiß sein Bestes für die ihm angehörigen Berufsgenossen getan. Aber alle vermochte er nicht zu umschließen, und so blieb die Organisation der Berliner Hausdiener zersplittert, und den notwendigen Anschluß an die Institutionen, welche die moderne Arbeiterbewegung geschaffen, vermochte er, getrennt vom Transportarbeiter-Verbande, nicht zu finden. So beschloß denn die Mehrheit der Vereinsmitglieder durch Abstimmung am 7. Oktober den Anschluß an die größere respektive umfassendere Organisation unter Bedingungen, welche dem Verein jedoch völlige Selbstständigkeit der Entschliebung und Aufrechterhaltung seiner bewährten Einrichtungen garantierten. Leider machten in der letzten Generalversammlung des Vereins die in der Minderheit gebliebenen Gegner des Zusammenschlusses es unmöglich, die Uebertrittsformalitäten zu vollziehen. Die Freunde der Arbeiterzersplitterung machten einen derartigen Stand, daß die Polizei zur Auflösung schritt. Der Anschluß der Gewerkschaftskommission, dem seinerzeit die Leitung der Einigungsverhandlungen übertragen war und der sie in einer für den Verein so außerordentlich günstigen Form abzuschließen wußte, hat deswegen den 1. November als den Termin des Uebertritts angelegt, so daß die am 7. Oktober beschlossene Einigung gestern als tatsächlich hergestellt angesehen werden kann. Kein Zweifel, daß einer Anzahl von Schreibern aus der längst verschwundenen reaktionären Vergangenheit des Vereins, die sich jetzt unglücklich — „rabulal“ gebärden, dieser Zusammenschluß mit der

modernen Arbeiterbewegung unangenehm ist. Sie werden auch jetzt noch den Versuch machen, das „demokratische Gewissen“ der Mehrheit anzurufen und damit der — Arbeiterzersplitterung Vorstoß zu leisten. Die Mehrheit im Verein hat freilich nicht im Sinne dieser Leute entschieden, die Mehrheit wird sicher an ihrer Entscheidung festhalten, an der Entscheidung, daß die Berliner Hausdiener ein Teil sind der Arme, die — in den modernen Gewerkschaftsorganisationen formiert — den Kampf gegen den Kapitalismus führt.

### Aktion, Gold- und Silberarbeiter!

Die Kollegen von den Geschäften resp. Betrieben, wo der Tarif von dem Arbeitgeber nicht anerkannt wird, oder wo der Tarif dem Arbeitgeber noch nicht zugefandt ist, werden ersucht, diesbezügliche Meldungen nach unserem Bureau zu senden.  
Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

### Deutsches Reich.

Der Ausstand der Binnenschiffer hat sich, wie aus Hamburg gemeldet wird, dadurch verschärft, daß die Steuerleute der vereinigten Schiffsfahrts-Gesellschaften die Arbeit auf anderen als den von ihnen geführten Rähnen verweigern, d. h. Streikarbeit ablehnen. Auf der Spree hat übrigens der Verkehr, der sich im Anfang des Streikes auf die sogenannten Frow-mäßigen Zweihundert-Tonnen-Rähne beschränkte, dem Augenblick nach wieder zugenommen insofern, als auch größere Fahrzeuge Berlin passieren. Leider sind wir ohne jede Rücksicht darüber, wie die Lage auf den Fahrzeugen mit Berlin als Heimathafen steht. Unter den Berliner Schleppern befinden sich eine größere Anzahl Passagierdampfer mit harter Maschine und Schlepplaten, die im Sommer dem Anstufungsverkehr dienen, wie „Europa“, „Vorussia“, „Sogonia“, „Hoffnung“, „Eintracht“, „Gertrud“, „Stralau“, „Ruffhäuser“ usw. Diese Fahrzeuge gehen nach Beendigung des Passagierdienstes fast alle zum Schleppen nach der Havel und Elbe. Es würde die Berliner Arbeitererschaft gewiß interessieren, zu erfahren, wie deren Lagen sich zu den Forderungen ihrer Mannschaften gestellt haben. Auf der Spree selbst liegen zurzeit nur kleinere Schlepper aus Spandau, Fürstentum, Rügenberg und diversen kleinen Oberpreereorten.

In eine Bewegung für den Reunitedtag sind die Arbeiter der Dielefelder Maschinenindustrie eingetreten. In Betracht kommen die Firmen Baer u. Kempel, vorm. Dürlopp u. Co. A.-G. August Götze, vorm. Hengstenberg u. Co. A.-G. vorm. Koch u. Co. A.-G. In fünf Versammlungen dieser Firmen am Mittwoch abend, die von über 3000 Personen besucht waren, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt:

Die Verammlung beauftragt die Organisationsleitungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes und des Deutschen Holzarbeiterverbandes, bezw. die im Betriebe gewählte Arbeitervertretung, mit der Organisation der Arbeitgeber bezw. der Fabrikleitung in Verhandlungen zutreten, um eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden bei entsprechendem Lohnausgleich in der Dielefelder Metallindustrie herbeizuführen. — Demgemäß sind den Fabrikanten gestern folgende Vorschläge mit einer ausführlichen Begründung unterbreitet worden: 1. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden. 2. Erhöhung der Lohn- und Akkordlöhne um einen dem Ausgleich entsprechenden Prozentsatz. 3. Vergütung der Ueberstunden mit einem Aufschlag von 25 Proz. der Nachtarbeit mit 50 Proz. und der Sonntagsarbeit mit 100 Proz. 4. Einlegung von Arbeiterausschüssen in solchen Fabrikbetrieben, in welchen diese Einrichtung noch nicht besteht.

### Ueber den Streik der Hochseefischer,

von dem wir schon telegraphisch berichteten, erhalten wir noch folgende ausführlichere Mitteilungen:

Das Maschinen- und Deckpersonal der Hochseefischdampfer in Hamburg-Altona, Bremerhaven-Greifswalde und Nordensham hatte unter höchst traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu leiden. Die auf diesen Fischdampfern beschäftigten Mannschaften sind gut organisiert und gehören dem Seemannsverbande Deutschlands an. Die Organisationsleitung ersuchte die Reederei um mündliche Verhandlungen und unterbreitete ihnen folgende Forderungen: Betreffs Heuer. Eine Gewinnbeteiligung der gesamten Mannschaft — einschließlich des zweiten Maschinenisten — findet nicht statt. Die monatliche Minimalheuer auf Schiffen der Ost- und Nordseefischerei beträgt infolgedessen: für zweite Maschinenisten 180 M., für Heizer 85 M., für Regmacher 100 M., für Köche 100 M., für Matrosen 85 M. und für Beichtmatrosen je nach Alter und Fahrzeit steigend bis zur Höhe der Matrosenheuer 45 M. Werden Schiffe in Island fahrt eingesetzt, so steigt die Heuer für die oben benannten Chargen um 5 M. monatlich. — Betr. Seemannung. Die Besatzung der Fischdampfer besteht, soweit die Nord- und Ostseefischerei in Betracht kommt, außer Schiffer, Steuermann und ersten Maschinenisten aus: einem Regmacher, zwei Matrosen, einem Besatzmann, nicht unter 17 Jahre alten Leichtmatrosen, einem Koch, einem zweiten Maschinenisten und zwei Heizern. Die Dampfer in Islandfahrt erhalten einen zweiten Steuermann und zwei Matrosen Verstärkung, so daß die Besatzung dieser Dampfer inkl. Schiffer nicht weniger als 14 Mann beträgt. — Betr. Anheuerung und Musterungsbestimmungen. Die Anheuerung der Mannschaften erfolgt durch ein von den Reedern und dem Seemannsverband gemeinsam zu verwaltendes — laut besonderen Vertrag zu errichtendes — Heuerbureau. Jedem welche Vereinbarungen außer diesem Tarif sind unzulässig; in die Musterrolle findet folgende Bestimmung allgemeine Aufnahme: Die Angemusterten unterstehen dem zwischen den Reedern und dem Seemannsverbande abgeschlossenen Lohn- und Arbeitsvertrag und finden im übrigen die Bestimmungen der Seemannsordnung rechtliche Anwendung. Betr. Liege- resp. Freizeit im Hafen. Die Liegezeit im Hafen nach beendeter Fangreise soll in der Regel nicht weniger als 24 Stunden betragen. In der Regel ist die Mannschaft im Hafen vom Schiffsdienst befreit und hat zwei Stunden vor der bei Anlauf des Schiffes befristeten Abfahrtszeit an Bord zu sein. Erfolgt die Anlauf nach 12 Uhr mittags, so wird die Mannschaft auch am folgenden Tage zu Schiffarbeiten nicht herangezogen, jedoch muß für die Verpflegung der Mannschaften Sorge getragen werden. Im Behinderungsfalle ist ein Kostgeld im Betrage von 1,50 M. pro Tag an die Mannschaft zu zahlen. Betreffs Arbeitszeit und Ueberstundenberechnung. Da eine Regelung der Arbeitszeit während des Fischens ohne Störung des Betriebes nicht möglich ist, bleibt dieselbe währenddessen dem Schiffer überlassen. Während des Fischens sollen jedoch weitere Schiffarbeiten möglichst unterbleiben. An Sonn- und Festtagen dürfen auf See in der Regel nur die zum Fischen notwendigen Arbeiten verrichtet werden. Ist die Verrichtung weiterer Schiffarbeiten erforderlich, so ist dafür ein Ueberstundenlohn von vierzig Pfennig pro Stunde zu vergüten. Wird vor oder nach Beendigung des Fischens und der dazu gehörenden Arbeiten die Freiwache an Deck behalten, so wird auch dieser der Ueberstundenlohn gezahlt. Die Wache wird höchstens vier Stunden nach Verlassen des Fischhafens aufgelegt. Für das Maschinenpersonal einschließlich des zweiten Maschinenisten beträgt die Wache mit dem Verlassen des Fischhafens und endet circa zwei Stunden vor Anlauf im Fischhafen. Werden Heizer und zweite Maschinenisten während ihrer Freizeit beschäftigt, so erhalten sie hierfür den üblichen Stundenlohn berechnet. Die übliche Arbeitszeit im Hafen beträgt exklusive der Offenspausen zehn Stunden.

Am 29. Oktober traten die Schiffmannschaften in den Streik. In Hamburg-Altona lagen 31 Fischdampfer und in Bremerhaven-Greifswalde und Nordensham etwa 40 Fischdampfer auf. Die Reederei in Hamburg-Altona verhandelte darauf mit der Organisation und schloß einen Tarif ab, der bis zum 1. Juli 1908 Gültigkeit hat. Erreicht wurde die Beseitigung der Prozentberechnung. Die Heuer der zweiten Maschinenisten wurden von 80 M. auf 125 M., die der Heizer von 65 M. auf 85 M., der Matrosen von 70 M. auf 85 M., der Regmacher und Köche von 85 M. auf

95 M. erhöht. Ueberstunden, die früher nicht bezahlt wurden, werden jetzt pro Stunde mit 40 Pf. bezahlt. Damit wurde eine allgemeine Regelung des Arbeitsverhältnisses erreicht und die Beseitigung des jetzigen Heuerwesens beschlossen. Es soll ein Heuerbureau errichtet und eine Besatzungskommission von drei Personen eingesetzt werden, bestehend aus einem Vertreter der Reederei, einem Vertreter des Seemannsverbandes und einem unparteiischen Vorsitzenden. Der Streik ist also beendet, nur in Bremerhaven-Greifswalde und Nordensham dauert der Ausstand noch an, aber wohl auch nur noch kurze Zeit.

Die gestern früh sind 12 Hamburger Fischdampfer wieder in See gegangen, der Rest der Flotte wird im Laufe des Tages folgen. In Geseemünde liegen jetzt acht von den Mannschaften verlassene Fischdampfer. Die Zahl der Ausständigen ist auf neunzig gestiegen. Bestimmte Forderungen haben sie noch nicht gestellt, doch sollen die Reedereien sich zu Zugeständnissen bereit erklärt haben.

### Ausland.

Das schweizerische Buchdruckgewerbe steht vor einer allgemeinen Lohnbewegung; in mehr als der Hälfte der Sektionen des schweizerischen Typographenbundes sind die bisher geltenden tariflichen Abmachungen gekündigt worden, um freie Hand zu bekommen für den in Aussicht stehenden Einheitslohn. Dieser ist in seinem wesentlichen Bestandteile bereits bekannt gegeben und er hat in der gesamten schweizerischen Buchdruckerschaft allgemein enttäuscht. So sehr sich auch die Geschäftsvertreter Rühre geben, den neuen Einheitslohn als eine große soziale Errungenschaft hinzustellen und seine Annahme dringend zu empfehlen, haben sie bis jetzt wenig Gegenliebe gefunden, denn die Zugeständnisse an die Geschäftsvertreter sind doch gar zu mager ausgefallen. Das Minimum soll eine mehr als bescheidene Erhöhung erfahren, die seit etwa fünf Jahren schon bestehende neunstündige Arbeitszeit soll auf weitere sechs Jahre festgelegt werden, die Feier des 1. Mai wurde von den Prinzipalen auch nicht zugestanden, und noch verschiedene Geschäftswünsche blieben unberücksichtigt. Die Basler Buchdruckerschaft hat zu diesem Einheitslohn eine sehr stürmische Stellung genommen, die Verammlung nahm einen sehr stürmischen Verlauf und die Geschäftsvertreter mußten sich scharfe Angriffe gefallen lassen und nahezu einstimmig wurde der Einheitslohn verworfen. Ein besseres Schicksal wird demselben auch in Zürich, Bern und St. Gallen nicht beschieden sein. Einzig in den kleinen Landstädten dürfte der Tarif angenommen werden. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

### Englische Schiffbauereistreik.

Von den auf den Schiffbauwerken in Middlebrough, Stockton und Hartlepool beschäftigten Arbeitern sind 1800 Mann wegen Lohnunterschieden mit den Arbeitgebern in den Ausstand getreten. Sollte der Ausstand andauern, so würde das eine völlige Lahmlegung der Schiffbauindustrie in der Tees-Bay bedeuten.

Der Ausstand der Schiffbauer am Clyde ist dadurch in eine neue Phase getreten, daß der Arbeitgeberverband beschloßen hat, am Sonnabend bekannt zu geben, daß die Reflektierarbeiten am 17. d. M. ausgesetzt werden sollen, wenn die Schiffbauer bis dahin die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben. Unter diesen Umständen ist es wohl möglich, daß die Reflektierarbeiten dieser Maßnahme zuvorkommen und ihrerseits die Arbeit einstellen. Es würden in dem Falle noch 6000 bis 7000 Mann beschäftigungslos werden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Reichstags- und Stadt-Blumenthal.

Stade, 1. November. (W. T. B.) Bei der heutigen Reichstags- und Stadtwahl im 18. hannoverschen Wahlkreise wurden bis 10 1/2 Uhr gezählt: Für Reese (Nat.) 12593 und für Albert (Soz.) 5599 Stimmen. Einige Landbezirke fehlen noch. Reeses Wahl ist gesichert. — Alle Parteien haben nach diesem Resultat geschlossen gegen den „roten Feind“ gestimmt. Unsere Stimmzahl erhöhte sich gegen die Hauptwahl in diesem Jahre um 488 Stimmen.

### Stadtverordnetenwahl in Kiel.

Kiel, 1. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Resultat des ersten Tages der Stadtverordnetenwahl zeigt ein erfreuliches Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen. Trotz des Wahlganges von 1200 M. erhielten wir 500 Stimmen mehr wie im Vorjahr, während die Zahl der Stimmen des bürgerlichen Blocks zurückgegangen ist. Es wurden gezählt 2950 Stimmen für unsere Kandidaten, für den Bürgerblock 4250 Stimmen. Der Abstand ist danach um 600 Stimmen gegen das Vorjahr geringer geworden.

### Unwetternachrichten.

Wien, 1. November (W. T. B.) Aus Abbazia wird gemeldet: Hier wüthete ein heftiger Sturms, verbunden mit gewaltiger Sturmflut und einem Wellenbruch, wodurch die nordere Hälfte der großen Mole zerstört wurde, so daß die Schifffahrt für längere Zeit unterbrochen oder wenigstens stark beeinträchtigt wird. Auch sonst wurde in Abbazia und in der Umgebung großer Schaden angerichtet.

Cannes, 1. November. (W. T. B.) Im Hafen ist durch Unwetter erheblicher Schaden angerichtet worden. Einige kleine Schiffe sind gesunken. Der Eisenbahnverkehr ist unterbrochen. Das schlechte Wetter hält an.

### Sturmshaden.

St. Raphael (Departement Var), 1. November. (W. T. B.) Ein heftiger Sturm hat gestern abend an den Hafendämmen großen Schaden angerichtet und den Verlust von drei Handelsschiffen und mehreren Fischerfahrzeugen herbeigeführt.

### Das Urteil im Petersburger Prozeß.

Petersburg, 1. November. (W. T. B.) Der Vorsitzende des Arbeiterdeputiertenrates Arskalew und 14 Mitglieder dieses Rates sind zur Verbannung nach Sibirien unter Verlust aller bürgerlichen Rechte verurteilt worden; zwei Mitglieder haben Festungstrafen erhalten, die übrigen sind freigesprochen worden.

### Berhaftungen.

Jefaterinburg, 1. November. (W. T. B.) In der letzten Nacht durchzog ein Haufen junger Leute unter Führung der Wajkowskaja die Straßen. Die Polizei trieb den Haufen auseinander und nahm fünf Berhaftungen vor.

### Bergarbeiter-Ausstand.

London, 1. November. (W. T. B.) Auf den 10 von den 50 Kohlengruben des Reviers von Rhondda in Wales, die insgesamt etwa 45 000 Arbeiter beschäftigen, stellten heute die Bergarbeiter, nachdem sie vor vier Wochen gekündigt hatten, die Arbeit ein, um dadurch gegen die Beschäftigung von solchen Bergarbeitern zu protestieren, die nicht der Bergarbeiter-Vereinigung angehören. Auf den übrigen 40 Kohlengruben ist es nicht zum Ausstand gekommen, weil dort alle Arbeiter, die bisher nicht Mitglieder der Bergarbeiter-Vereinigung waren, dieser jetzt beigetreten sind. Man glaubt, daß der Ausstand in den 10 erstgenannten Gruben nur von kurzer Dauer sein werde, da nur noch wenige Arbeiter außerhalb der Vereinigung stehen.

Die russische Revolution.

Das Heer.

Redwed (Gouvernement Nowgorod), 31. Oktober. Der Prozeß gegen 191 Unteroffiziere des ehemaligen 1. Bataillons des Preobraschenskijs Leibgarderegiments wurde heute beendet.

Petersburg, 1. November. Um die revolutionäre Propaganda in Kronstadt zu erschweren, hat der Marineminister angeordnet, daß die Mannschaften nicht mehr in den Kasernen untergebracht, sondern auf Kriegsschiffen einquartiert werden.

Die Studenten.

Moskau, 31. Oktober. Als heute vormittag einige Professoren an der Universität ihre Vorlesungen begannen, wurden sie mehrfach von den zahlreich erschienenen Studenten unterbrochen.

Petersburg, 31. Oktober. Aus Anlaß des Studentenmeetings am 29. d. M. hat der Professorenrat heute an die Studentenschaft einen Aufruf erlassen, in dem darauf hingewiesen wird, daß das Meeting ohne Erlaubnis des Rektors stattgefunden habe.

Von der Tätigkeit der „Strafexpeditionen“.

Wir haben des öfteren auf die besonderen Verhältnisse hingewiesen, unter denen der ungleiche Kampf in den Ostprovinzen geführt werden muß. Nirgend anderswo war im vorigen Jahre dem Proletariat das ganze Volk so willig gefolgt wie in den baltischen Provinzen.

„Mit Beginn der Reaktion wurden in der Gemeinde Kalydang von der Strafexpedition acht Personen erschossen. Darauf wurden der Lehrer Pumpur, der Leiter der Milchwirtschaft Klop und noch sechs Personen verhaftet.“

Die Tätigkeit der neuesten „Strafexpedition“ vollzieht sich wieder nach dem obigen Beispiele. In Marsenau und Stodmannshof sind Galgen errichtet worden. Am 7. Oktober wurden in Ludau fünf noch minderjährige Personen erschossen und am Wege verscharrt.

Die gemäßigten Opposition in Rußland.

I. Die „Kadetten“.

Die russische Revolution zeigt oft sonderbare Launen und Bosheiten. Wie die spießigen Meereswellen Kräuter und

Muscheln auswerfen und wieder verschlingen, so treibt die Revolution heute politische Parteien an die Oberfläche, macht sie zur Vorkämpferin im Streit zwischen der alten Staatsordnung und dem neuen, aufstrebenden Rußland.

Bei den Wahlen für die erste Reichsduma erfocht die Kadettenpartei dank dem Umstande, daß die sozialistischen Parteien die Wahlen boykottierten und den Kadetten die Möglichkeit gaben, sich als einzige demokratische Partei auszuweisen, einen glänzenden Sieg.

Der durch die revolutionäre Erregung des Volkes eingeleitete Vorkämpfer der Kadetten sind die Reden der Kadetten zu imponieren; sie machte ernsthafte Anstalten, einige Vertreter der Partei ins Ministerium zu berufen.

Die Kadetten waren sehr getränkt, ließen jedoch den Mut nicht sinken und trösteten sich nach wie vor mit der Hoffnung, nicht etwa auf das Volk, welches die Bastille der Despotie zertrümmern würde, sondern auf den „Segen von oben“, die Gnade des Monarchen, der geruhen würde, die chinesische Mauer einzureißen.

Wiederholte Gesuche wurden rund abgelehnt. Das Feldkriegsgerichtliche Ministerium Stolypin wollte nichts vom Kongreß hören, und die Kadetten waren genötigt, sich in Helsinki zusammenzutun.

So ward denn dieser „nahezu ungesetzliche“ Kongreß schließlich doch abgehalten. Bevor wir zur Würdigung der Kongreßarbeiten übergehen, müssen wir erst noch des Empfanges gedenken, den die finnländische „Gesellschaft“, vorzugsweise die Konstitutionalisten, den russischen Delegierten bereiteten.

Das Proletariat von Rußland und Finnland wird sich das merken!

Der Düsseldorfer Wahlrechtprozeß.

Düsseldorf, 31. Oktober. (Fig. Ver.)

Aus der Verhandlung des Prozesses gegen den Genossen Schotte von der „Volkszeitung“ — das Urteil ist schon gemeldet worden — ist folgendes zu berichten:

Genosse Schotte erklärte in seiner Vernehmung: „Der Artikel erdort die Behandlung der Schulvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus. Er ist entstanden unter dem Eindruck der Entscheidung über jene Vorkommnisse und gibt der Stimmung Ausdruck über das Zustandekommen eines Gesetzes, das die Kinder des Volkes der Kirche ausliefert.“

falls Zeugenbeweis angetreten werden kann. Indem die sozialdemokratische Presse die Schulvorlage selbst, wie die Art ihrer Behandlung im Landtage kritisierte, handelte sie im Auftrage ihrer Leser und der stärksten Partei des Reiches, also in Wahrung berechtigter Interessen.

Der Staatsanwalt richtet an den Angeklagten die Frage, ob ihm bekannt sei, daß bereits im Mai die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf beim Abgeordnetenhaus eingekommen sei um die Ermächtigung, gegen die „Volkszeitung“ strafrechtlich vorzugehen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Schrammen, stellt darauf folgende Verneinungen:

1. Durch Vernehmung von Professor Ratorp in Marburg als Zeuge und Sachverständiger Beweis darüber zu erheben, daß das Volksschulgesetz und die Art seiner Behandlung im preussischen Abgeordnetenhaus in weiten Kreisen des Volkes, namentlich auch in wissenschaftlich gebildeten Kreisen, bei Professoren, Schulmännern usw. Anfechtung und Entrüstung hervorgerufen hat.

2. Durch Vernehmung des Vizepräsidenten Reiche in Berlin, des Abgeordneten Singer und des Justizrats Cassel Beweis darüber zu erheben, daß dieselbe Anfechtung und Empörung sich namentlich auch in den Kommunalverwaltungen und auf dem Städtetage gezeigt habe und daß in diesen Kreisen auch eine Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung und der Initiative der Gemeinde auf dem Schulgebiete befürchtet wurde.

3. Die Abgeordneten Schiffer, Porck und Redlich sowie Justizrat Cassel darüber zu vernehmen, daß die Erklärungen der Minister und Parteien in der betreffenden Sitzung des Abgeordnetenhauses vorher verabredet waren und außerhalb der Plenarverhandlungen ein Kompromiß zwischen den Parteien abgeschlossen war.

4. Den Schriftsteller Theodor Barth, den Abgeordneten Gothein, den Abgeordneten Erdmel darüber zu vernehmen, daß im Abgeordnetenhaus die Parteien der Rechten die Redner der Opposition durch orientative Unaufmerksamkeit, durch lautes Sprechen, Lachen und Lärm in ihrer Rede stören und sie belästigen, ohne daß sie vom Präsidenten gerügt werden.

Zur Begründung seiner Anträge führt der Verteidiger aus: Die Anklage gründet sich zwar nur auf § 185 und sie erfordert nicht den Beweis der angeführten Tatsachen. Aber die Verneinungen seien notwendig, um dem Angeklagten den Schutz des § 198 (Wahrung berechtigter Interessen) zu sichern, sodann auch wichtig in Hinblick auf die Strafzumessung.

Der Staatsanwalt erwidert darauf, für ihn sei weder das Verhalten des Staatsanwalts in Erfurt ausschlaggebend, noch dürfe für das hiesige Gericht das Verhalten des Erfurter Gerichts maßgebend sein. Jeder habe auf seine eigene Ueberzeugung hin zu befinden.

Der Staatsanwalt erwidert darauf, für ihn sei weder das Verhalten des Staatsanwalts in Erfurt ausschlaggebend, noch dürfe für das hiesige Gericht das Verhalten des Erfurter Gerichts maßgebend sein. Jeder habe auf seine eigene Ueberzeugung hin zu befinden. Es sei als erwiesen anzunehmen, daß das Volksschulgesetz in weiten Kreisen der Bevölkerung, auch bei der Wissenschaft und in den Stadtverwaltungen große Erregung hervorgerufen habe.

Der Verteidiger erwidert: Der Staatsanwalt glaube die Sache damit abgetan zu haben, daß er dies und jenes als erwiesen annimmt; aber es ist sehr erheblich, ob z. B. die Erregung über das Schulgesetz sich in höherem oder geringerem Maße, in engeren oder weiteren Volksschichten bemerkbar gemacht hat, ob sie namentlich in den Kreisen vorhanden gewesen ist, die der Angeklagte als Redakteur eines Arbeiterblattes vertritt.

Der Staatsanwalt meint, bei der Obstruktionspolitik seien Störungen von einer Seite erfolgt, die dem Angeklagten jedenfalls näher stände als den Konservativen, worauf der Verteidiger erwidert, daß diese Angelegenheit mit der zu verhandelnden Sache doch wohl nichts zu tun habe.

Das Gericht zieht sich zur Beschlußfassung über die Zulässigkeit der Verneinungen zurück und verhandelt nach 1/2stündiger Be-

zahlung, daß es die Beweisanträge für unerheblich und daher für unzulässig erachtete. Die Erregung weiler Volkskreise über das Schulgesetz sei gerichtsunfähig, ebenso die Erregung in den städtischen Verwaltungen und in den Kreisen der Wissenschaft; weiter sei auch gerichtsunfähig, daß Beratungen und Abmachungen auch außerhalb der Kommissionen den öffentlichen Verhandlungen und Abstimmungen vorangehen; endlich sei auch dem Gerichte bekannt, daß in den Parlamenten Unruhen und Störungen durch Unterhaltung und Lärm vorkommen; ob hierbei aber Absicht vorwalte, sei durch Zeugen nicht festzustellen, da hier nur subjektive Auffassungen zum Ausdruck kämen. Im übrigen nehme das Gericht an, daß die Zeugen die subjektive Auffassung von der Absichtlichkeit der Störungen hätten.

Der Staatsanwalt beginnt darauf sein Plaidoyer mit dem Hinweis, daß der Angeklagte gewarnt worden sei durch die Vorgänge im Mai, wo das Abgeordnetenhaus zwar die Strafverfolgung abgelehnt, aber zugleich betont habe, daß beim nächsten Mal die Strafverfolgung eintrete. Der Angeklagte habe diese Warnung in den Wind geschlagen und neue grobe Verleumdungen gegen das Abgeordnetenhaus geschleudert. Es möge dem Angeklagten zugute gehalten werden, daß das Abgeordnetenhaus zustande gekommen sei auf Grund eines Wahlrechts, das seiner Partei nicht passe. Aber das sei keine Entschuldigung für schwere Verleumdungen, wie sie der Artikel enthalte. Der Staatsanwalt beantragt eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten und Veröffentlichung des Urteils in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, der „Rational-Zeitung“, der „Germania“, der „Vossischen Zeitung“ und der „Volkszeitung“ (Düsseldorf).

Der Verteidiger bezeichnet die Ausführungen des Staatsanwalts als besonders auffällig, weil das Gericht eine ganze Reihe von Behauptungen des Artikels als gerichtsbenannt hinstelle. Wenn man die Sprache kenne, die im Abgeordnetenhaus gegen die Sozialdemokratie beliebt werde, dann finde man es begreiflich, daß es so aus dem Munde schalle, wie es hineinschallt. Die Abgeordneten handeln und reden unter dem Schutze der Immunität; um erwidern zu können, hätten die Zeitungen auf ein möglichst weites Maß von Pressefreiheit Anspruch. Und vor allem in diesem Falle sei es Pflicht der Presse gewesen, ihre Leser über die Gefährlichkeit einer Vorlage aufzuklären, die das Volk im tiefsten Grunde berühre. Der Angeklagte versichere — und das Gegenteil sei ihm nicht nachgewiesen — daß er nicht die Absicht der Verleumdung gehabt habe. Er habe also im guten Glauben, in der Ueberzeugung gehandelt, seine Pflicht zu tun und dem Rechte zu dienen. Deshalb sei auf Freisprechung zu erkennen.

Das Gericht zog sich zurück und verhandelte nach halbständiger Beratung: Der Artikel enthält Verleumdungen des preussischen Abgeordnetenhauses. Das Gericht hat angenommen, daß der Angeklagte in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt hat. Aber wegen der schweren Verleumdungen des Artikels ist Straflosigkeit ausgeschlossen. Der Angeklagte wird zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt. Außerdem erkennt das Gericht dem Abgeordnetenhaus die Befugnis zu, das Urteil in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, der „Rational-Zeitung“, der „Vossischen Zeitung“, der „Germania“ und der „Volkszeitung“ zu veröffentlichen.

## Aus der Partei.

Die Veröffentlichung der Tagesordnung für den Preusentag fordert die „Märkische Volksstimme“ in einem Artikel, in dem sie darauf hinweist, daß der preussische Parteitag als bald zusammenzutreten muß. Auch der Entwurf einer preussischen Landesorganisation sei zu veröffentlichen. Die Zusammenfassung der Kräfte zu einer Landesorganisation sei wegen der wachsenden Aufgaben, die den preussischen Genossen auf dem Gebiete der Landespolitik erwachsen, dringend notwendig. Zum Schlusse heißt es:

Wir werden selbstverständlich, da der Parteivorstand in der preussischen Hauptstadt seinen Sitz hat und ein Hand-Arbeiter unbedingt nötig wäre, nicht einer völligen Neubildung das Wort reden. Dagegen halten wir es für zweckmäßig, daß in einer zu bildenden preussischen Landeszentrale der Parteivorstand durch zwei seiner Mitglieder vertreten ist, um die Zusammengehörigkeit zu gewährleisten. Im übrigen aber halten wir die möglichste Selbstständigkeit des Preusentages für geboten. . . .

Zur Konferenz des Agitationsbezirks Frankfurt a. M. wird uns noch von anderer Seite geschrieben:

Während der Agitationsbezirk Kassel durch die Genossen Hauschild und Wehrhach und der Gau Nordhagen durch den Parteisekretär Treu-Kürnberg vertreten war, hatte das Landeskomitee für das Großherzogtum Hessen eine Vertretung abgelehnt mit der vom Genossen Ulrich-Offenbach schriftlich gegebenen merkwürdigen Begründung, „da man aber nicht weiß, welchen Zweck eine Teilnahme an derselben haben sollte“. . . . Der Vorsitzende der Konferenz, Parteisekretär Dittmann-Frankfurt, bemerkte dazu unter allgemeiner Zustimmung, er bedauere dieses ablehnende Verhalten der nächsten parteigenösslichen Bezirks- und Landesorganisation, sei aber überzeugt, daß die Parteigenossen im Großherzogtum im Gegensatz zu ihrem Landeskomitee eine enge Fühlung und ein brüderliches Hand in Hand arbeiten mit den Genossen Hessen-Kassels ebenso sehr wünschen und für notwendig halten wie diese.

Zum selben Thema wurde beim Bericht des Agitationsbezirks bemerkt: Redner sind vom Agitationskomitee zu 232 Versammlungen vermittelt, darunter 24 mal nach Orten des Großherzogtums Hessen, wie denn auch von Frankfurt aus bei der Radwahl im Darmstädter Kreise bereitwilligst Wahlhilfe geleistet worden sei, ebenso bei den Landtagswahlen. Solche Hilfeleistung sei zwar parteigenössliche Pflicht, aber um so unwürdiger sei demgegenüber das Verhalten des Genossen Ulrich auf der hessischen Landeskonferenz in Alzen, wo er dem Redner Genossen Rudolph das Wort verweigert habe, als er sich gegen den im gedruckten Bericht des hessischen Landeskomitees gegen die Frankfurter Genossen erhobenen Vorwurf der „Großmannsjucht“ habe wenden wollen.

Somit ist noch zu erwähnen, daß der Berichterstatter zur Illustrierung der Schwirrigkeiten, die der Agitation in den Weg gelegt werden, eine Auslassung des „Aenen Wiesbadener Sonntagsblattes“ anführte, das in einer Zuschrift aus Wolfenhausen den christlich-frommen Rat gab, unsere Landagitatoren „als Geher einfach niederzuschleichen“.

In der Diskussion wurde allseitig bedauert, daß durch einzelne Personen in Offenbach das so notwendige Zusammenarbeiten mit den hessischen Genossen verhindert werde. Zu einstimmiger Annahme gelangte ein Antrag des Agitationskomitees über die Maifeier, die nach derselben allenfalls, wo es nicht durch besondere Umstände verboten ist, am 1. Mai abgehalten werden soll, und nur in solchen Orten am ersten Sonntag im Mai stattfinden darf, wo die Übergroße Mehrheit der Genossen, durch ihr Arbeitsverhältnis gezwungen, in der Woche ortsaufwesend ist. Zu Maifeiern, die diesen Voraussetzungen nicht entsprechen, sendet das Agitationskomitee keine Redner mehr. Benachbarte Landorte sollen möglichst gemeinsam Feiern veranstalten.

Von den Organisationen. Das Sekretariat der württembergischen Landesorganisation, das bisher von dem Parteigenossen Gemeinderat Wagner allein versehen wurde, hat in letzter Zeit, namentlich infolge der bevorstehenden Landtagswahlen, mit so stark vermehrten Arbeiten zu rechnen, daß sich der Landesvorstand zu der Anstellung einer Hilfskraft für das Sekretariat genötigt sah. Für diesen Posten wurde Genosse Oster-Stuttgart gewählt.

Zwei Parteibeamte, die die Geschäfte eines Parteibereichssekretärs und Berichterstatters für das Parteiorgan zu erledigen haben, sollen demnächst in A. H. für die Orte Köthen und Roswig angestellt werden.

Personalien. Die „Arbeiterzeitung“ zu Dortmund meldet, daß Genosse Hänisch wieder in die Redaktion eingetreten, während der ausgeschiedene Genosse Stücken, der ständige Mitarbeiter bleibt, nach Dresden übergesiedelt ist.

Der sozialdemokratische Ständeratskandidat im Kanton Schaffhausen, Genosse Redaktor Schlatter, erhielt bei der am Sonntag stattgefundenen Wahl 975, der agrarische Kandidat Schlatter 1823 und der freisinnige Kandidat Advokat Bolli 8829 Stimmen, so daß letzterer gewählt ist.

Das schweizerische sozialdemokratische Parteikomitee hält am 2. Dezember in Biel eine Sitzung ab, in der es sich mit folgenden Geschäften zu befassen hat: Widerstandsliste, Monatschrift für wissenschaftlichen Sozialismus, schweizerische Gemeindevertretertag, Parteiorgan, Militärorganisation, die Finanzlage der Partei, Festsetzung von Ort und Zeit für den nächsten Parteitag.

Die Sozialdemokratie des Kantons Zürich hält ihren Parteitag Ende November in Löh bei Winterthur ab.

Aus Spanien ausgewiesen wurde der englische Genosse Votman, Mitglied der sozialdemokratischen Föderation. Sein Verbrechen bestand darin, daß er in der „Justice“ einen Artikel veröffentlicht hatte, in welchem er sich der spanischen Anarchisten annahm, d. h. gegen die Mißhandlung der Anarchisten durch die spanischen Behörden protestierte. Raum in Barcelona angenommen, wurde er auf die Polizei zitiert und von dort in Begleitung einiger Polizisten nach der französischen Grenze befördert. Keir Hardie interpellierte deswegen im Unterhaus die englische Regierung. Der Staatssekretär antwortete, Votman habe kompromittierende Papiere, Aufrufe an die Anarchisten usw. bei sich gehabt. Keir Hardie gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden und forderte die Vorlegung der Papiere.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Behördliche Lokalabtreibung. Unter dieser Ueberschrift brachten wir in der Nr. 251 des „Vorwärts“ ein aus der „Breslauer Volkszeitung“ übernommener Bericht aus „Altwasser“. Er ist indessen nur irrtümlicherweise in der „Volkszeitung“ unter „Altwasser“ erschienen. Die Vorkommnisse haben sich nicht dort, sondern in Bromberg ereignet. Das einzige Lokal, das dort den freigeorganierten Arbeitern zur Abhaltung von Versammlungen längere Zeit zur Verfügung stand, hat unlängst ein Komitee, das aus Unternehmern und höheren Staats- und Kommunalbeamten besteht, angekauft, um daraus ein „Arbeiterheim“ zu machen, das ein Volkswerk gegen den sozialdemokratischen Einfluß sein soll, wozu wegen auch der Führern der modernen Arbeiterbewegung das Heim verschlossen bleiben soll. Da die übrigen Inhaber von Lokalitäten aus Furcht ihre Räume der Arbeiterschaft zur Veranstatung von Versammlungen usw. nicht zur Verfügung stellen, sehen sich unter den Gewerkschaften die Fabrikarbeiter genötigt, einen Raum zu mieten, in dem sie ihre gewöhnlichen Angelegenheiten erledigen können. Der Vermieter der Wohnung wird nun von der Behörde von der Zeit des Vermietens ab auf das schärfste beobachtet. Das was der Polizeirat ihm in jenem Gespräch gesagt hat, das in der ersten Reihe erwähnt wurde, verfaßt man jetzt in die Tat umzusetzen. Des Abends wird das Geschäft, auf dem sich der in die Fabrikarbeiter vermietete Raum befindet, auf das sorgfältigste von der Gendarmrie überwacht. Unter Androhung von 60 M. Geldstrafe verbietet der Polizeirat dem Wirt jetzt sogar die Weiterbenutzung des Raumes sowohl zu Wohn- als auch Versammlungszwecken. Ein Schuppen, der schon jahrelang auf dem Geschäft steht, ohne daß jemand daran Anstoß genommen hat, soll jetzt, nachdem die Fabrikarbeiter auf dem Geschäft ihr Domizil angebracht haben, auf Anordnung des Polizeirates dem Erdboden gleich gemacht werden. Wegen dieses Vorgehens der Behörde ist bereits der Weisungsweg beschritten, auch ist gegen einen Gendarmen Strafantrag wegen Hausfriedensbruch gestellt worden. Der Erfolg all dieser behördlichen Maßnahmen wird nicht der von unseren Gegnern gewünschte sein. Die Bromberger Arbeiterbewegung hat schon so manchen Kampf ausgefochten und sie wird auch aus diesem ihr aufgezungenen Kampf siegreich hervorgehen.

## Soziales.

### Zur Erpressungsklage des Arbeitgeberverbandes der Holzindustrie.

Ueber die aus Anlaß der Maifeier seitens des Arbeitgeberverbandes der Holzindustrie Hamburgs und der Nachbarstädte gegen den Deutschen Holzarbeiterverband, die Verwaltungsgesellschaft Hamburg-Altona und den Sanleiter Adam Reumann in Hamburg haben wir am 25. Oktober eingehend berichtet. Gestern stand vor der Hamburger Zivilkammer Termin an. Es wurde lediglich über den Einwand der Beklagten verhandelt, das Hamburger Landgericht sei nicht zuständig, weil der Hauptvorstand des Holzarbeiterverbandes seinen Wohnsitz in Stuttgart hat. Das Gericht verwarf diesen Einwand durch Zwischurteil und vertagte die Verhandlung.

### Frau Justitia hat's nicht immer eilig.

Am 23. Oktober wurde in Herbern (Regierungsbezirk Münster) die Tochter des Tagelöhners W. Hölcher durch die Unvorsichtigkeit eines Anechts erschossen. Die Leiche lag bei dem damals warmen Wetter bis zum Sonnabend, den 27., also volle fünf Tage und einige Stunden in der engen, ärmlichen Wohnung der Eltern in einer Kammer, bis endlich der Staatsanwalt die Obduktion vornehmen ließ. Am Sonntag, den 28., konnten die Ueberreste erst der Erde überwiesen werden.

Also sechs Tage mußten die unglücklichen Eltern an den Schmerz um die so früh ums Leben gekommene Tochter durch den Anblick der Leiche ertrudern. Ob der Staatsanwalt auch in Fällen, die vom hygienischen Standpunkte minder eilig sind, so langsam einschreitet?

## Aus Industrie und Handel.

### Profit gegen Arbeiterschutz.

Zu den jüngsten und ergiebigsten der kapitalistischen Jagdgründen gehört der Kalibergbau. Und wie überall, so will auch hier das Kapital sich den Profit nicht schmälern lassen aus Rücksicht auf Gesundheit und Leben der Arbeiter. Von humanitären Duseleien ist das Kapital ja nie beschwert gewesen. Und so kämpfen denn auch die Kalienteile mit voller Energie gegen unnötige Belastung. Und als solche betrachten sie das in der Regierung schon seit einiger Zeit im Stadium der Erwägungen befindliche Zweischichtsystem für Kaligruben.

Um was handelt es sich bei der Frage des Zweischichtsystems. Um das Wohl und Wehe tausender unterirdisch beschäftigter Bergarbeiter der Kalindustrie! Wenn der einzige existierende Schacht bei einem Kalilwerke gleichzeitig zur Förderung und Wasserhaltung sowie auch zur Wetterführung benutzt wird, muß die Wetterung notwendig leiden; die schlechte Wetterung der Grubenbaue ist denn auch eine der ständigen Klagen der Kalibergarbeiter. Das hat besondere Bedeutung wegen der unerhörten hohen Temperaturen in den Kaligruben. 30 bis 50, sogar 60 Grad Celsius sind keine Seltenheiten; es gibt Grubenbaue, in denen 50 bis 60 Grad Celsius die Regel bilden! Eine solche Temperatur — der durch täglich dreimaliges Schließen erzeugte Pulverdampf, dazu der fortgesetzte Austritt von Gasen aus dem Gebirge und andere Umstände müssen die Grubenatmosphäre bis zur Unträglichkeit verschlechtern.

Ferner muß zugunsten der Anlegung der zweiten Schächte in Betracht gezogen werden das häufige Anspringen oder Anbohren sogenannter Gas- und Petroleumseile. Durch Austritt von Gasen werden ganze Betriebsabteilungen mit Stickgasen gefüllt, und es kommt häufig genug vor, daß Arbeiter solchen Gasen „erliegen“ und schließlich in andere Abteilungen mit frischer Luft übergeführt werden müssen. Eine ganze Reihe tödlicher Unfälle der letzten Zeit ist gerade auf das Auftreten von Stickgasen zurückzuführen. Noch schlimmer aber ist

es, wenn die Gase zur Explosion gebracht werden. Das Leben der Arbeiter ganzer Betriebsabteilungen, ja der gesamten Belegschaft kann dann mit einem Schläge der Vernichtung gemischt sein. Die Unglücksfälle auf den Kaligruben „Rißch Gläd“, „Desdemona“ und anderen wurden durch solche Explosionen heraufbeschworen. Auch die Möglichkeit eines plötzlichen Wassereintrittes darf nicht außer acht gelassen werden. Durch Wasserunterpflung der Schachtmauerung oder Zimmerung entstehen Hohlräume, das nachströmende Gebirge verursacht seitigen Druck, der Schacht wird unfahrbar oder gar, er stürzt zusammen, und die ganze Belegschaft ist begraben. Die „Bergwerks-Zeitung“ berichtete kürzlich noch von einem durch Unterpflung entstandenen Defekt in einem Schachte der Helldurggesellschaft. Mannigfach sind die Gefahren, die das Einachsichtsystem mit sich bringt, aber das Unternehmertum mobilisiert gegen das Zweischichtsystem. In einer Denkschrift des Kaligrubendrats an das Oberbergamt in Halle spricht das Kapital in seiner unverhüllten Brutalität. Als gewichtigsten Grund gegen Zweischichtschächte läßt man den — Kostenpunkt aufmarschieren. Obwohl für den Unternehmer die Frage mit den Kosten entschieden sein dürfte, sucht man doch noch nach etlichen anderen Gründen. Man fürchtet wohl, die bevorzugte Lage, deren die Kalindustrie sich erfreut, könnte den Einwand wegen der Kosten doch etwas allzu leicht erscheinen lassen. Deshalb argumentiert das Syndikat weiter:

Die zweite Schicht sei gar nicht nötig. Der damit verfolgte Zweck könne einfacher dadurch erreicht werden, daß die Kalilwerke eine unterirdische Verbindung zwischen je zwei bestehenden Schächten herstellen. Der sachkundige Beurteiler weiß aber, daß dies bei den in der Regel meilenweiten Entfernungen zwischen den Werken gar nicht ausführbar wäre, und wo es doch möglich sein sollte, muß davon abgesehen werden, weil eventuell bei einem plötzlichen Wassereintritt beide Kalilwerke dem Erlaufen preisgegeben sind. Auch eine bessere Wetterung wäre nach obigem Vorschlage nicht zu erreichen.

Schließlich wird gegen das Zweischichtsystem gar noch angeführt, es habe sich bisher noch kein Absturzereignis ereignet. Nach solcher Logik darf man grundsätzlich keinen Brunnen ausdehnen, wenn nicht schon ein Kind darin ertrunken ist. Im Interesse der Arbeiter ist zu verlangen, daß die Regierung endlich mit den Erwägungen zu Ende kommt oder man darf darauf gefaßt sein, daß sie auch in diesem Falle dem Gebote der Unternehmer gehorcht und mit dem Hinausschieben der Entscheidung nur Opportunitätspolitik betreibt.

Und die Preise steigen. Wie die „R. V. J.“ erfährt, fordert heute das Syndikat für nächstjährige Lieferung von Giechereierbeisen 3 einen um 2 M. die Tonne höheren Preis im rheinisch-westfälischen Bezirk. Für Norddeutschland wird der Preis dieser Eisensorte um 3 M. die Tonne erhöht. Darnach ist im rheinisch-westfälischen Bezirk unverändert geblieben, dagegen erfolgte für Norddeutschland ein Anschlag von 3 M. pro Tonne. Auch der Preis für Giechereierbeisen 1 wurde für Rheinland und Westfalen um 3 M. heraufgesetzt, wogegen der Preis dafür für Norddeutschland um 4 M. erhöht wurde. Die seit dem 15. September gesperrte Verkaufstätigkeit ist nur zum Teil und noch nicht auf der ganzen Linie aufgenommen worden, sie wird jedoch in den nächsten Tagen in vollem Umfang beginnen.

Kohstoffversorgung in der Textilindustrie. Da die deutsche Baumwollspinnerei ganz auf ausländische Kohstoffzufuhr angewiesen ist, so lassen die Ziffern des Außenhandels mit ziemlicher Sicherheit einen Schluß auf die jeweilige Geschäftslage zu. Nun hat aber nicht nur der Monat September einen ganz beträchtlichen Rückgang der Baumwollzufuhren gegenüber dem Vorjahre gebracht, es ist auch das Fazit der verfloffenen drei Vierteljahre dieses Jahres eine Einschränkung des Kohstoffbezuges gegenüber 1905 von 6 Prozent! Im Gegensatz zum Baumwollgewerbe spiegelt die Kohstoffversorgung in den anderen Branchen des Textilgewerbes eine günstigere Bewegung des Beschäftigungsgrades wieder. Sowohl bei Wolle als bei Jute waren die Kohstoffbezüge im September höher als 1905, nur bei Seide ergibt sich ein ganz minimaler Rückgang. Eine auffallend starke Steigerung erfuhren die Kohstoffbezüge der Jute-Industrie; sie waren in den ersten neun Monaten dieses Jahres bereits um mehr als 20 Proz. höher als in der Vergleichszeit 1905. Stark war auch die Steigerung des Kohstoffbezuges im Seidengewerbe. Es wurden im laufenden Jahre bisher 89 074 Doppelzentner Kohseide vom Ausland bezogen gegen 33 386 in der Vergleichszeit 1905. Das stellt eine Mehrversorgung von rund 17 Proz. dar.

Terraingefellschaft am Großschiffahrtsweg Berlin. Der Geschäftsbericht für das verfloffene Jahr vermerkt, daß ein Komplex von 9 Hektar 25 Ar 63 Quadratmeter mit einem Brutogewinn von 133 778 M. abgestoßen worden ist. Der Reingewinn stellt sich auf 111 705 M.

## Aus der Frauenbewegung.

### Feinde der Frauenbewegung.

Der imposante Verlauf der sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Mannheim hat die großen und die kleinen Klaffer in gegnerischen Lager auf die Beine gebracht. Die putigen Männlein in der reaktionären Presse wissen in ihrer politischen Impotenz nichts Besseres zu tun, als über die Frauenbewegung zu höhnen. Bei Nichtertrag steht nichts wie Werges und Angst dahinter. Das Anschwellen der proletarischen Frauenbewegung macht die Klaffer wild. Die Unterjochung, welche die sozialdemokratischen Frauen bei der Partei finden, reizt die Wollust an meissen. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ sagt, die Proletarierfrau sei nicht Konkurrentin der bürgerlichen Frau, sondern beide seien Konkurrenten ihrer eigenen männlichen Klassengenossen. In bezug auf die bürgerliche Frau ist das richtig. Es kann noch hinzugefügt werden: die bürgerliche Frau ist sehr häufig auch die Schmutzkonkurrentin der Arbeiterfrau. Die sozialdemokratische Frauenbewegung kämpft nicht als Konkurrentin gegen den Mann, sondern gerade dafür, daß die Frau nicht als Konkurrentin gegen den Mann mißbraucht wird, sie kämpft gegen jede Schmutzkonkurrenz und für Aufhebung jeder Klassenherrschaft und Ausbeutung. Der wirtschaftliche Kampf der Arbeiterin, das Streben nach Lohn- und Verkürzung der Arbeitszeit ist dem Organ der Arbeiterbewegung natürlich ein Dorn im Auge. Der männliche Genosse meint es, der auch schon längst die Konkurrentin in der Frau erblickt habe, molle nichts von der Frauenbewegung wissen. Mit dem Eintreten für das Frauenstimmrecht, so wird in dem Artikel gesagt, sei es ganz ebenso. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion würde wohl kaum nachweisen können, in dieser Hinsicht etwas getan zu haben. Dem Schreiber kommt bei dieser Behauptung zustatten, daß in Desterreich und Belgien bei der Wahlforschfrage — allerdings aus gewichtigen Gründen — nicht so wie in Deutschland für das Wahlrecht der Frauen gearbeitet worden ist. Daß der Genosse Bebel auf der Mannheimer Frauenkonferenz ausdrücklich vom radikalen Standpunkt aus für das Wahlrecht der Frauen gesprochen hat, verdammt die „Arbeiterzeitung“, ebenso unsere diesbezüglichen Forderungen im Parlament. Weiter verjagt das Wort nachzuweisen, und beruft sich dabei auf einige „Führer“, daß diese keine Freunde der Frauenbewegung sind. Daß sie und da noch Vorträge zu überwinden sind, wissen wir; mit Hilfe der Kritik der „Arbeiterzeitung“ hoffen wir sie bald zu überwinden.

Gleichzeitig wird dann noch ein Artikel in den „Soz. Monatsh.“ angezogen, worin Genosse Edmund Fischer die Frau in ihre traurige Heim zurückverweist. Dieser Artikel hat in Parteikreisen keinen Anklang, wohl aber entscheidenden Widerspruch gefunden. Man ist durchaus nicht mit der Absicht beizufallen, die Genosse F. den Frauen zuerteilen möchte, einverstanden, und am allerwenigsten sind das die Kapitalisten. Wer ist es gewesen, der die Frau aus der Familie herausgerissen hat? Haben die Frauen der friedlichen Hauslichkeit vielleicht ohne Ursache den Rücken gelockt, nur um für die Kapitalisten zu arbeiten. Die bittere Not hat sie in

die Frau gespannt Aus dieser Frau herauszukommen, ist der Frau schuldige Verlangen. Da sie erkannt hat, daß die Ausbeutung und Unterdrückung die untrennbare Begleiterscheinung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist, erstrebt sie mit dem Manne zusammen die Aenderung der Gesellschaftsordnung, die Erziehung der kapitalistischen durch die sozialistische Gütererzeugung und Verteilung.

### Für das Frauenwahlrecht.

Die Liga für das Frauenwahlrecht in England setzt ihre Agitation mit verdoppeltem Eifer fort; die Verhaftung von elf ihrer Agitatoren hat die Frauen keineswegs entmutigt. Der letzte Sonnabend und Sonntag wurde in den Londoner Parks zur Propaganda weidlich ausgenutzt. In den unter freiem Himmel abgehaltenen Versammlungen wurden Flugblätter in großen Massen verteilt und eine Resolution angenommen, in der die Entlassung der im Gefängnis sitzenden Frauen gefordert wird. Zwei der Verhafteten sind mittlerweile wegen Krankheit vorläufig aus dem Gefängnis entlassen worden.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Charlottenburg.** Sonnabend, den 3. November, im Volkshaus, Kofenstr. 3: Stiftungsfest Willet 30 Pf., inkl. Tanz.  
**Mittwoch,** den 14. November, im Volkshaus: Vortrag von Dr. V. Vorchardt.  
**Schöneberg.** Sonnabend, den 3. November, abends 9 Uhr, bei Obst. Martin Lutherstr. 51: Gesellschaftliches Beisammensein. Gäste willkommen.

## Verfammlungen.

### Generalversammlung des Wahlvereins des 4. Berliner Reichstagswahlkreises.

In der Diskussion über die Berichterstattung des Mannheimer Parteitagess wird fortgesetzt. 6 Redner sind noch aus der letzten Versammlung eingezogen und bekommt als erster Stumpe das Wort. Redner hätte lieber statt der Fortsetzung der Diskussion eine eingehende Würdigung der beiden letzten Punkte der Tagesordnung des Parteitages über die Schul- und Erziehungsfrage, die Befreiung des Genossen Schütz und der Genossen Clara Zeilin und das des Genossen Haase über Strafrecht usw. gewünscht. Er begreife sehr wohl, daß die Gegner nicht mit der Mannheimer Tagung einverstanden seien, während ihm die Mißbilligung der Parteitagsschlüsse durch die Genossen schon weniger verständlich sei. Redner bedauert, daß Kater in der Versammlung (wegen Krankheit) nicht anwesend sei und verliest entrüstet ein Gedicht der „Einigkeit“ über den Parteitag. Redner polemisiert noch des längeren gegen Friedeberg, zumal gegen dessen Ausspruch, daß wir dem Reichstagswahlrecht keine Träne nachgweinmen brauchten. Redner erklärt, daß er den größten Teil seines Wissens gerade den Reden unserer Abgeordneten im Reichstag verdanke. Im Osten kämpften die Proletarier für das Wahlrecht und wir sollten darauf verzichten? Wenn auch trotz des Wahlrechts die Verhältnisse schlechter geworden seien, so würden diese erheblich schlimmer werden, wenn wir kein Wahlrecht hätten. Würden alle unsere Akademiker einmal einige Monate in den Fabriken praktisch arbeiten, so würden sie die Arbeiter und die Verhältnisse kennen lernen und nicht so phantastische Vorstellungen über die Generalstreikmöglichkeiten a la Friedeberg haben. Redner verliest hierauf Friedebergs letzte Erklärung und meint, wenn die Anarchos trotzdem auf dem Boden des Programms zu stehen vorgeben, so ist dies unverständlich. Die verschiedensten Punkte des zweiten Teiles unseres Programms lassen sich mit dem anarchosozialistischen Standpunkte nicht vereinbaren. Wenn Friedeberg die Geschlossenheit verlange, so sei dies eine Phrase. Ohne Gesetze gebe es keine Gesellschaft, auch die Gesetze der Moral seien ungeschriebene Gesetze, die gehalten werden müßten. Man solle lieber praktisch arbeiten, aber nicht mit Schlagworten operieren. Redner schließt seine Ausführungen mit der Resolution des ersten Verleses von Max Regels Sozialistenmarx.

Der nächste Redner Ernst Brückner spricht seine Befriedigung über die Berichterstattung dieses Jahres aus. Nicht jeder Arbeiter habe genügend Zeit, um die umfangreichen Parteitagsschriften des „Vorwärts“ lesen zu können; es sei deshalb zu begrüßen, wenn in der Berichterstattung ein Extrakt der Verhandlungen geboten werde. Deshalb freue er sich über den Fortschritt gegenüber dem Vorjahre. Redner kann die Art des Genossen Hadelbusch, den Postort über die Zeitschrift des Braunschen Ehepaares „Die Neue Gesellschaft“, nicht billigen, da man nach demselben Gesichtspunkte verfahren eine ganze Reihe von Zeitschriften und Broschüren verbieten müßte, die auch rein privaten Charakter hätten. Redner kritisiert sodann die „Einigkeit“, das Organ der Lokalfisten. Ein Abonnement auf diese Zeitung sei allerdings nicht zu empfehlen, da sie nicht die Einigkeit pflege, sondern die Uneinigkeit zwischen den Arbeitern schüre; sie verhebe es vortrefflich, Bruderzwist zu säen. Mit der Behandlung der Massenstreikfrage sei es einverstanden; man habe Bebel mit Unrecht den Vorwurf gemacht, er habe in Mannheim anders als in Jena gesprochen. Die Verhältnisse seien diesmal etwas andere gewesen, deshalb sei auch die Resolution eine andere gewesen. Es liege nur an der geringen wissenschaftlichen Durchdringung der Massen, daß man etwas anderes aus den Reden Bebel's heraushöre, als er tatsächlich gesprochen habe. Aber nicht nur die organisierten Arbeiter, sondern die breiten Massen müsse man sich annehmen. Bebel habe mit Recht gesagt, daß man mit den 400 000 politisch organisierten Arbeitern und ihrem Anhang keinen Massenstreik beginnen könne. Bebel habe erfreulicherweise konstatiert können, daß sowohl der gesamte Parteivorstand als auch die Kontrollkommission die feste Absicht bekundet haben, sich von keiner Seite in einen Massenstreik hineinziehen zu lassen. Wenn Bebel auch auf dem Parteitag das Mißtrauen als eine demokratische Tugend erklärt hätte, so würde das unberechtigte Mißtrauen doch von den gewerkschaftlichen Arbeiterführern schwer genug empfunden. Eine derartige Sprache, wie sie Schlenker in der letzten Versammlung geführt habe, in der er von „Spießbübentat“ sprach, finde er höchst unanständig. Man solle auf eine derartige Art und Weise nicht mit Wörtern polemisieren.

Redner verliest sodann eine Stelle aus der „Einigkeit“, in der gesagt wird, daß die Lokalfisten sich nur an die Beschlüsse ihres 7. Gewerkschaftskongresses halten. Diesen Vorwurf hätten die Lokalfisten weidlich gegen die Teilnehmer am Kölner Gewerkschaftskongress erhoben und jetzt erklärt sie, selbst so handeln zu wollen, während gerade die Gewerkschaftsführer der Zentralverbände sich den Beschlüssen des Mannheimer Parteitages fügen. Es sei aber Schuld der Genossen selbst, daß die Lokalfisten so das große Wort führen könnten; denn sie selbst hätten diese erst auf verantwortungsdolle Posten gestellt, wie z. B. Theodor Fischer zum Stadtverordneten gewählt, trotz seines anarchosozialistischen Standpunktes. Die Partei sehe aber im Gegensatz zu den Anarchos grundsätzlich auf dem Boden des Parlamentarismus.

Redner bedauert zum Schluß ebenfalls, daß durch die lange Diskussion gegen die Lokalfisten die Diskussionen über die Referate zur Erziehungs- und Bildungsfrage von H. Schulz und Clara Zeilin sowie das Referat des Genossen Haase über das Strafrecht usw. nicht genügend zu ihrem Recht gekommen seien. Da bedürfe es keiner langen Diskussion, so viel ich sehe, daß wir Organisationsgesplitterter nicht gebrauchen könnten. Die Geschlossenheit verlangen sei eine Phrase, da wir ja auch in unseren Organisations Statuten haben, die auch für uns Gesetze seien. Redner empfiehlt folgende von Eugen Brückner stammende Resolution, die er unterfützte, zur Annahme:

„Die am 30. Oktober tagende Generalversammlung des Wahlvereins im 4. Berliner Reichstagswahlkreise erklärt sich mit den Beschlüssen des Mannheimer Parteitages einverstanden. Insbesondere billigt sie die Entlassung des Genossen Friedeberg betreffend die Lokalfisten.“ Die Versammlung richtet an die Mitglieder der Lokalorganisation, soweit sie Mitglieder des Wahl-

vereins sind, das dringende Ersuchen, auf den Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Bewegung hinzuwirken, damit die Gewerkschaften voll und ganz geschlossen den Kampf mit dem Unternehmertum aufnehmen können.“

Berndt erklärt, für die Lokalfisten kämen weniger die Reden als die Beschlüsse des Parteitages in Betracht. Stumpe und Brückner hängen mit Unrecht Friedeberg an die Hochschiffe der Lokalfisten. Friedeberg sei zwar ein Mann, vor dem er persönlich alle Hochachtung habe, weil er auf jeden Fall ehrlich seine Meinung ausspreche; aber Redner sei durchaus nicht mit allem einverstanden, was er sage. So erkenne er seine Forderungen auf Geschlossenheit, Religionslosigkeit usw. nicht an. Die Gewerkschaften könnten aber nicht „neutral“ sein, wie Bebel gesagt habe, sondern sie müßten sozialistisch sein. Die Lokalfisten stehen auf dem Standpunkte, daß eine Einigung notwendig ist; nur über den Weg sei man sich noch nicht klar. Erst müsse die Einigkeit und dann die Einheit der Organisation geschaffen werden und nicht umgekehrt. Wenn man sage, die Lokalfisten hätten sich zu fügen, weil sie in der Minderheit seien, so müsse das auch sonst in den Gewerkschaften angewandt werden. Bei den Buchdruckern sehen wir aber das Gegenteil. Hier strömten einfach eine Handvoll Vorstandmitglieder und Funktionäre Tausenden von Mitgliedern ihre Meinung auf; dies sei eine Minoritätsherrschaft und keine Demokratie.

Jeziorski sagt: Die Berliner Genossen sollten nicht so rauhbeinig sein, so würde nicht so viel Schmutz an ihnen hängen bleiben. Hadelbusch empfahl die Postort gegen ein Parteiblatt. Es scheint jetzt Mode zu werden, nur noch gegen Parteigenossen, nicht aber gegen die Gegner den Postort zu verhängen. Redner wünscht zu wissen, was die Genossen eigentlich unter „anarchosozialistisch“ verstanden; sie hätten die Pflicht, das zu sagen und nicht die Lokalfisten, da man diesen doch nicht zumuten könne, den Kopf selbst in die Schlinge zu stecken. Das Erfurter Programm biete tatsächlich die Grundlage für ein Zusammenarbeiten des Proletariats, wie jetzt der Zusammenschluß der verschiedenen Richtungen in Rußland bewiesen habe, nicht aber die „Realpolitik“ der Gewerkschaften. Die neue Gewerkschaftstheorie, die nie geschaffen werden wird, bietet freilich keine Grundlage zur Einigkeit. Redner polemisiert gegen die Gewerkschaften und den Parlamentarismus. Gerade unter der Herrschaft des Parlamentarismus stehen wir im Zeichen des Wucherzins und der Plebisiten, deshalb sind wir auch nicht mit dem Parlamentarismus zufrieden. Auch eine Interventionenpolitik sei nicht ausgeschlossen. Siege in Rußland das liberale, sogenannte konstitutionelle Prinzip, so bleibe einfach die Revolution an der Tagesordnung, da die Schulden anerkannt werden müßten; siege das Proletariat, so würden die Kapitalisten ihre Milliarden nicht ruhig verlieren wollen. (Redner wird öfter unterbrochen, so daß er schwer verständlich ist.) Er spricht sodann noch über die Schulfrage und sagt, der Fall Raurenbrecher biete ihm keine Garantie, daß es besser werde.

Der nächste Redner, Brückner, polemisiert gegen den Vorredner und setzt ihm auseinander, warum die großen Zentralverbände notwendig sind. Die „Neue Gesellschaft“ sei kein Parteiorgan, sondern ein Privatorgan. Man müßte die Kritik Hadelbusch an diesem Organ für ganz berechtigt erklären; aber er wolle nicht noch über ein Organ sprechen, das sowieso schon am Boden liege. Redner wendet sich gegen Berndt, liest die Resolution an a u t s i y vor und erklärt, warum eine Aenderung der Resolution notwendig wurde, abgesehen die Resolution sachlich durchaus berechtigt war. Nachdem die Gewerkschaftler die Jenaer Resolution anerkannt, war es eine Notwendigkeit, die Resolution Kautsky nur in der veränderten Form anzunehmen. Gerade den Berlinern sei der Vorwurf gemacht worden, daß sie die Lokalfisten jüchteten. Er selbst wäre gegen einen Ausschluß gewesen, appelliert jetzt aber an die Lokalfisten, sich den Zentralverbänden anzuschließen. Keine große Aktion könne ohne große Massen gemacht werden; die paar Hundert Lokalfisten seien deshalb ganz machtlos. Friedeberg sei ihm als Mensch sehr lieb, aber Parteigenosse sei er nach der Erklärung nicht mehr. Redner will nicht gegen Kater sprechen, da derselbe nicht anwesend sein könne; aber Schlenker wolle er fragen, was der sich unter Ueberparlamentarismus vorstelle. Entweder sind wir für oder gegen den Parlamentarismus, ein Drittes gibt es nicht. Redner wünscht, daß innerhalb des nächsten Jahres eine Einigung zwischen den Gewerkschaften zustande kommen möge.

Der nächste Redner, Korošat, spricht unter fortgesetzter Anruhe der Versammlung. Er befragt sich über das Ueberstimmungsverwehen, wendet sich gegen das Unterstimmungsverwehen der Gewerkschaften und polemisiert gegen die Gewerkschaftsführer.

Eugen Brückner wendet sich lebhaft gegen die Ausführungen der Lokalfisten. Jetzt wolle man Friedeberg in die Wüste schicken; aber nicht nur Friedeberg, sondern auch alle, die ihm zugeschwommen, gehörten nicht mehr in die Partei. Er wendet sich gegen Friedebergs Generalsstreikrede. Der 7. Kongreß der Lokalfisten habe sich überhaupt nicht mit gewerkschaftlichen Fragen beschäftigt, sondern nur mit Dingen, über die die Partei zu entscheiden habe. Er befreite dem Kongreß die Kompetenz, über Generalstreik, Antimilitarismus usw. für Parteigenossen bindende Beschlüsse zu fassen. Redner verteidigt den Vorstand des Buchdruckerverbandes. Der Vorstand habe für den Beschluß bindende Abmachungen die Einwilligung der letzten Generalversammlung gehabt. Nicht die Parteigenossen, sondern die Buchdrucker selbst haben aber zu entscheiden, ob sie zustimmen und oder nicht. Nur soweit allgemeine Fragen in Betracht kommen, die die Arbeiterklasse schädigen könnten, könnten wir uns dazu äußern. Redner wendet sich noch gegen Kater's Bemerkung, daß die Resolution Versteins nur mit 3 Stimmen Majorität angenommen sei, so verpflichtete sie zu nichts. Auch wenn dieselbe nur mit einer Stimme Mehrheit angenommen sei, müßte sie doch gehalten werden. Zum Schluß verliest Redner noch den Schluß des „Einigkeits“-Artikels, den er in der letzten Versammlung schon teilweise verlesen hatte. Er empfiehlt seine Resolution und erucht die Parteigenossen in den Lokalverbänden, sich auf sich selbst zu besinnen und die Beschlüsse des Parteitages zu respektieren.

Zur persönlichen Erklärung nehmen noch Korošat und Schlenker das Wort, welche letzterer das Wort „Spießbübentat“, das vielfach falsch verstanden wurde, erklärt.

Hierauf wird die Resolution Brückner gegen circa 8 Stimmen angenommen.  
Um 1/2 Uhr erteilt der Vorsitzende dem Genossen Ender's das Wort zu seinem Bericht von der Provinzialkonferenz. Da der Saal sich leert, bringt Redner nicht durch, und nachdem er circa 5 Minuten unter allgemeiner Anruhe gesprochen hat, ohne daß ein Wort zu verstehen war, bittet der Vorsitzende den Redner, sein Referat zu unterbrechen, da ja der Bericht ausführlich im „Vorwärts“ gestanden habe und bekannt sei. Die Versammlung stimmt dem zu. Darauf erfolgt Schluß der Versammlung.

### Lohnbewegung bei Hildebrandt u. Sohn.

Die bekannte Hohlglashen-, Schokoladen- und Konfitürenfabrik von Hildebrandt u. Sohn beschäftigt ungefähr 1200—1500 Arbeiter und Arbeiterinnen. Für den eigentlichen Fabrikationsprozeß kommen gelernte Konditoren und Pfefferkuchler, sowie ungelernete Hilfsarbeiter und besonders Arbeiterinnen in Betracht. Außerdem sind im Betriebe noch Arbeiter anderer Kategorien beschäftigt, wie Bader, Kutscher, Ristentmacher, Kartomogearbeiter, Maschinisten und Heizer. — Bis vor kurzem hatte sich der Zentralverband der Konditoren vergebens bemüht, seine bei Hildebrandt u. Sohn beschäftigten Berufsangehörigen der Organisation zuzuführen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen blieben unorganisiert und bei den Lohnbewegungen, welche der Zentralverband der Konditoren führte, wurden von der Firma Hildebrandt Streikarbeiten geliefert. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei dieser Firma sind keineswegs so günstig, daß die Arbeiter eine Verbesserung nicht brauchten und deshalb der Organisation fernblieben. Im Gegenteil, es werden bei der Firma recht niedrige Löhne bezahlt, die hinter den berechtigten Anforderungen der Arbeiter weit zurückstehen. — Der unermüdbaren Agitation des Zentralverbandes der Konditoren

ist es in letzter Zeit gelungen, im Betriebe von Hildebrandt u. Sohn festen Fuß zu fassen. In großer Zahl, wenn auch noch nicht in der Mehrheit, haben sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Organisation angeschlossen, und aus der Agitationsbewegung ist nunmehr eine Lohnbewegung geworden. Zwecks Durchführung derselben hat sich der Zentralverband der Konditoren mit den für die übrigen Arbeiter im Betriebe bestehenden Organisationen: dem Fabrik- und Hilfsarbeiter-, dem Handels- und Transportarbeiter-, dem Holzarbeiter-, dem Maschinisten- und Heizerverbände in Verbindung gesetzt und ein gemeinsames Vorgehen vereinbart.

Am Mittwoch tagte im Kolberger Salon eine sehr zahlreiche, vorwiegend von Arbeiterinnen besuchte Versammlung, welche die Einleitung der Lohnbewegung beschloß. Ein von der Kommission ausgearbeiteter Lohnzettel wurde angenommen. Die hauptsächlichsten Forderungen, welche derselbe enthält, sind folgende:

Eine wöchentliche Arbeitszeit von 56 Stunden. (Täglich 9 1/2, Sonnabends 8 1/2, Stunden.) Ein Zuschlag von 15 Proz. auf alle Lohn- und Akkordlöhne. — 45 Pf. Stundenlohn für Konditoren und Pfefferkuchler, welche wenigstens ein halbes Jahr beziehungsweise eine Saison in ihrem Spezialfache im Fabrikbetriebe gearbeitet haben; 40 Pf., wenn diese Voraussetzung nicht zutrifft. — Für Hilfsarbeiter von 16—18 Jahren ein Stundenlohn von 30 Pf., von 18—20 Jahren 35 Pf., von über 20 Jahren 40 Pf. Hilfsarbeiter, welche länger als ein Jahr in einem Spezialfach arbeiten, erhalten 45 Pf. — Für Arbeiterinnen wird ein Anfangslohn von 20 Pf. pro Stunde gefordert, der sich nach einem halben Jahre immer um je 2 Pf. erhöht, so daß er nach 2 1/2 Jahren auf 30 Pf. kommt. Nach längerer Beschäftigungsdauer soll der Lohn der freien Vereinbarung unterliegen. — Ueberstunden dürfen erst dann gemacht werden, wenn die Einstellung weiterer Arbeitskräfte nicht mehr möglich ist. Sie sind dann bis 9 Uhr abends mit 25 Proz., später mit 50 Proz. Zuschlag zu bezahlen. — Akkordarbeit darf nicht auf solche Branchen ausgedehnt werden, wo bisher im Zeitlohn gearbeitet worden ist. Arbeiterinnen, die als Hilfskräfte bei Akkordarbeitern beschäftigt sind, ist ein Drittel des Akkordverdienstes durch die Fabrikleitung zu zahlen. Akkordtarif ist nicht zulässig. Akkordlöhne dürfen für männliche und weibliche Arbeiter nicht verschieden sein. Heimarbeit ist nicht zulässig. Reisevisitationen dürfen, wenn kein bestimmter Verdacht gegen eine Verion vorliegt, nicht vorgenommen werden.

Die Forderungen werden der Firma sogleich eingereicht mit dem Ersuchen, sich bis Mittwoch dazu zu äußern. Am Donnerstag findet wieder eine Betriebsversammlung statt, welche je nach dem Ausfall der Antwort das weitere zu beschließen hat. — Wenn der bisherige günstige Erfolg der Agitation anhält, so erwartet man, daß sich bis zur beschließenden Versammlung die Mehrzahl der im Betriebe Beschäftigten der Organisation angeschlossen hat, so daß die Lohnbewegung erfolgreich durchgeführt werden kann.

Folgende Zuschrift geht und mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zu: Durch die Leipziger Projektgesellschaften beantragt, bin ich heute erst den Bericht über die Generalversammlung der Arbeiterbildungsschule aufmerksam gemacht worden, den der „Vorwärts“ bereits am 24. v. M. veröffentlicht hat. Danach hat Genosse Raurenbrecher geäußert: „Leider seien auch anonyme Zuschriften an ein sächsisches Parteiblatt, die „Leipziger Volkszeitung“, gemacht worden, die diese gelegentlich seiner Berufung zum Lehrer an der Parteischule gegen ihn ausgesprochen habe. Gegen solche Dinge sei man aber wehrlos.“ Daran anschließend hat dann Genosse Kagenstein geäußert: „Der anonyme Briefschreiber hätte die Pflicht, sich zu melden.“ Hierzu wollen Sie mir freudlich die Berichtigung gestatten, daß anonyme Zuschriften wegen der Berufung des Genossen Raurenbrecher als Lehrer an der Parteischule überhaupt nicht an die „Leipziger Volkszeitung“ gelangt und also auch nicht von ihr „ausgeschaltet“ worden sind. Dieser oder diese anonymen Briefschreiber existieren allein in der Phantasie der Genossen Raurenbrecher und Kagenstein.

F. Mehring.

### Eingegangene Druckschriften.

**Bibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens.** Zum Studium und Selbstunterricht in den hauptsächlichsten Wissenschaften und Sprachen. Herausgegeben von Emanuel Müller-Sabon. Erscheint in 60 Lieferungen zu je 60 Pf. beim Deutschen Verlagshaus Bong u. Co., Berlin W. 57. Soeben erschien Lieferung 74—78.

**G. Hyan und P. Haase:** Der Hauptmann von Köpenick. Humoristische Bilder und Anekdoten. Preis 1 Mark. Verlag G. Seemann Nachf., Berlin NW. 87.

**Die Elektrizität und ihre Technik.** Eine gemeinverständliche Darstellung der physikalischen Grundbegriffe und der praktischen Anwendungen der Elektrizität von Augusten Wilhelm Reif. Siebente Auflage. Verlag Ernst Sieck Nachf., G. m. b. H., Leipzig, Berthelstraße 2. — 50 Lieferungen à 50 Pf. und 3 Modelhefte à 3,50 M.

**Kurt Jacubel: Kauf und Verkauf.** Die wichtigsten Rechtsregeln für den Kaufmannsstand. gr. 8°. Geh. 90 Pf. Verlag A. B. Gagns Erben, Berlin SW. 68, Zimmerstr. 29.

**Gleiches Wahlrecht und billige Nahrung!** Das Programm des Bürgerturns und der Arbeiterkassen. Preis 30 Pf. Verlag von J. Neumann, Neudamm (Baden). 1906.

**Dr. phil. R. Pius:** Das Problem des Normalen in der Nationalökonomie. 295 Seiten. 6,50 M. — **Dr. E. Bernhard:** Handbuch der Lösungsmethoden. 294 Seiten. 7,50 M. — **Verfassungs- und Verwaltungsorganisation der Städte.** I. Band: Königreich Preußen. 300 Seiten. 7 M. — **Charlotte Engel-Reimers:** Die Berliner Hohlglashen- und Schokoladen- und Konfitürenfabrik. 2,50 M. — **Detlev Bruns:** Der Übergang von der Handweberei zum Fabrikbetrieb in der niederheinischen Saal- und Seiden-Industrie und die Lage der Arbeiter in dieser Periode. 256 Seiten. 6 M. — **Alire Salomon:** Die Ursachen der ungleichen Entlohnung von Männern und Frauenarbeit. 132 Seiten. 3,20 M. — Sämtlich erschienen im Verlag von Duncker u. Humblot in Leipzig.

## Neu erschienen

sind folgende Schriften, die wir unseren Lesern bestens empfehlen:

**Briefe und Auszüge aus Die Stadt Berlin und ihre Arbeiter.** Ein Beitrag zur Sozialpolitik der größten deutschen Gemeinde von Emil Dittmer. Preis 1,00 M.

**Jena und Eilkt.** Ein Kapitel ostelbischer Jungengeschichte von Franz Mehring. Preis 1,00 M.

**Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten** von Morris Hillquit. Autorisierte Uebersetzung von Karl Müller-Brenberg. Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

**Geschichte der Kommune von 1871** von Lassagaray. Dritte illustrierte Auflage. Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

**Die Festung-Legende.** Zur Geschichte und Kritik des preussischen Despotismus und der klassischen Literatur von Franz Mehring. Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

**Blut und Eisen, Krieg und Kriegerturn in alter und neuer Zeit.** Reich illustriert. In fünfzig Lieferungen à 20 Pf. Hölzer sind 4 Hefte erschienen.

**Expedition des „Vorwärts“** Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. L<sup>o</sup> 10. 237/95

# A. WERTHEIM

ORANIENSTRASSE

Freitag

Sonnabend

## Extra-Preise

soweit der Vorrat reicht.

### HERREN-GARDEROBE

Winter-Paletots dunkelgrau Plaidfütter	12.75, 19 Mk.	Schlosserblusen blau-weiss gestreift ca. 75 cm lang	1.15
Jackett-Anzüge neue Muster	17, 22 Mk.	Schlosserblusen blau-weiss gestreift, für Lebrlinge	1.05
Winter-Joppen grau und oliv Loden, gefüttert	4.85, 7.20	Friseur-Jacketts weiss Körperstoff	2.25
Herren-Beinkleider schwere gestreifte Stoffe, früh.Pr. 3-50	2.65	Koch- u. Konditorjacken weiss Körper	2.25
Malerkittel ungebleicht Nessel ca. 110-130 cm lang	1.95	Monteur-Jacketts blau Körperstoff	1.40
Mechanikerkittel braun ca. 110-130 cm lang	1.95	Monteur-Hosen blau Körperstoff	1.35

### KNABEN-GARDEROBE

Blusen-Anzüge aus blauen und farbigen Stoffen für 3-8 Jahre alle Grössen	2.75 Mk.	Einzelne Beinkleider blaue u. gemusterte Stoffe für 3-8 Jahre alle Grössen	95 Pf.
Einzelne Blusen dunkel gemusterte Stoffe für 3-8 Jahre alle Grössen	1.95 Mk.	Winter-Joppen dunkelgrau und oliv Lodenstoffe, gefüttert für 5-8 Jahre 2.80 Mk. für 9-14 Jahre 3.65 Mk.	

### TRIKOTAGEN, STRÜMPFE

Normalhemden Vigogne, mit doppelter Brust 3 Grössen	1.40, 1.50, 1.60 Mk.	Damen-Plaids reine Wolle, fein kariert und schottisches Muster 3 Grössen	2.10, 3.25, 4.75 Mk.		
Herren-Beinkleider Vigogne vorn mit Uberschlag 3 Grössen	1.60, 1.75, 1.95 Mk.	Damenstrümpfe			
Damen-Unterröcke gestr. Barchent mit Volant	1.20 Mk.	Reine Wolle schwarz, gewebt, engl. Länge	65 Pf., 1.15 Mk.		
Damen-Beinkleider gestreift Barchent	1 Mk.	Wolle schwarz, mit farbig. Ringeln, gewebt	85 Pf.		
Unterröcke gestrickt, farbig gestreift	1.35 Mk.	Wolle plattiert schwarz, gestrickt deutsche Länge	40 Pf.		
Kinderstrümpfe schwarz, 1x1 gestrickt					
für ca. 1-2	3-5	6-8	9-10	11-12	13-15 Jahre
Wolle plattiert 32	38	42	45	50	55
reine Wolle 45	60	65	80	90 Pf. 1 Mk.	1.15 1.25 1.35 1.45

Herren-Hüte steife Form	2.05 Mk.
Herren-Hüte weiche Form	2.25 Mk.
Kragenschoner-Tücher	
	40, 68 Pf.
Kragenschoner	38, 63 Pf.
Matrosen-Mützen	1.35 Mk.
Jockey-Mützen	40, 80 Pf.

### SCHUHWAREN

Herren-Schnür- u. Schnallenstiefel			
Box Calf	9.75		
Herren-Schnürstiefel Rosslleder	7.50		
Damen-Knopf- u. Schnürstiefel			
Chromoid	7.75		
Damen-Knopf- u. Schnürstiefel			
Box Calf	7.25		
Damen-Knopf- u. Schnürstiefel			
Chevreaux	10.75		
Kinder-Knopf- und Schnürstiefel			
No. 25-26	27-30	31-35	
Rossleder 3.60	4.25	4.90	
No. 21-24	25-26	27-30	31-35
Box Calf 3.90	4.50	5.90	6.90
Herren-Filzschuhe Filzsohle	1.25, 1.60, 1.70		
Damen-Filzschuhe mit Filzsohle	1.20, 1.40		
Kinder-Filzschuhe mit Filzsohle	85 Pf., 1.10		
Damen-Pantoffeln	35, 70, 90 Pf.		

### PORZELLAN

Speiseteller 10, Dessertteller 6 pr.	
Kompotteller	4 pr.
Kindertassen ohne Unter- tasse, 4 Stück	10 Pf.
Kartoffelnäpfe mit Deckel	30, 65 Pf.
Milchtöpfe	8, 12, 18 Pf.
Salatschüsseln gerippt	23, 35, 45 Pf.
Satztöpfe bunt	6 Stück 1.15 Mk.

### GLAS

Salatieren gepresst	15, 27 Pf.
Teller gepresst	6 Pf.
Butterdosen gepresst	23 Pf.
Käseglocken gepresst	38 Pf.
Blumenkübel Majolika	85 Pf., 1.70

### STEINGUT

Salatieren weiss, 6 Stück	90 Pf., 1.10 Mk.
Salatieren blau, 6 Stück	1.10, 1.50 Mk.
Waschgarnituren	
elfenbein, 3 teilig	1.90, 2.25, dekoriert 3.25 Mk.
elfenbein, 3 teilig	3.25, rot gespritzt 3.25 Mk.

## LEBENSMITTEL

Cervelatwurst in Rinddarm	Pfund 1.30 Mk.
Salamiwurst	1.30, Plockwurst 1.15
Westfäl. Mettwurst zum Rohessen u. Kochen	Pfd. 95 Pf.
Thüringer Rotwurst	Pfund 55, 85 Pf.
Zwiebelwurst	Pfund 55 Pf.
Landleberwurst	Pfund 1 Mk.
Feine Leberwurst	Pfund 1.10 Mk.
Gänsebrust	Pfund 1.45 Mk.

<b>Gänse</b>	Pfund <b>58</b> Pf.
<b>Kasseler</b>	
<b>Rippespeer</b>	Pfd. <b>85</b> Pf.

Corned Beef deutsches Fabrikat	Dose 1.55 Mk.
Ochsenzungen	Dose 4 Mk.
Aal in Gelee	Dose 75 Pf.
Hering in Gelee	Dose 35 Pf.
Lachs in Gelee	Dose 1 Mk.
Nordseekrabben	1/2 Dose 38 Pf.
Nordseekrabben	1/2 Dose 65 Pf.
Rollmops	Dose 38 Pf.

Partei-Angelegenheiten.

Erfahrungswahl im dritten Berliner Landtagswahlkreis.

Des Freisinnigen Zug nach rechts.

Warum darf im Landtagswahlkreis Berlin III bei der Abgeordnetenwahl kein Sozialdemokrat gewählt werden? Die Antwort auf die Frage wurde am Mittwoch in einer Versammlung des freisinnigen Bezirksvereins „Gesundbrunnen“ vom Landtagsabgeordneten Goldschmidt gegeben...

Herr Goldschmidt meinte, diese Mehrheit werde sich durch den einen Sozialdemokraten nicht imponieren lassen. Eher sei möglich, daß gerade der Einzug der Sozialdemokratie in das Abgeordnetenhaus sie noch reaktionärer mache, als sie schon sei.

Von dem Gesichtspunkt aus, den dieser freisinnige Mann da einnahm, müßte er eigentlich dazu gelangen, der Sozialdemokratie für alle Zukunft den Eintritt ins Abgeordnetenhaus zu verweigern. Aber da er begreift, daß das Rad der Zeit sich nicht aufhalten läßt, so ist er so gütig, uns grundtätig ein Anrecht auf Vertretung auch im Abgeordnetenhaus zuzugestehen.

Ueber die Aussichten dieser Landtagswahl sprach dann noch der Gemeindefunktor Müller. Es sei eine Schande für das Bürgerium, daß vor drei Jahren selbst in der zweiten und der ersten Klasse in einigen Bezirken Wahlmänner der Sozialdemokratie durchgekommen seien.

Charlottenburg. Heute Freitag im Volkshaus, Rosinenstr. 8; Vortragabend über die Einführung in die Ideen des Sozialismus.

Waldmannsland und Umgebung. Die am 4. November fällige Mitgliederwahl unseres Wahlvereins kommt in Fortfall, es findet dafür am 11. d. M. eine öffentliche Versammlung in Stolpe im Lokal von Vergemann nachmittags 4 Uhr statt.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten wider den Fleischwucher!

Der auf die Fleischnot bezügliche Antrag, den alle Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung gemeinsam eingebracht hatten, ist gestern einstimmig zum Beschluß erhoben worden. Der Stadt Berlin ist die Beschämung erspart geblieben, daß in ihrer Gemeindeverwaltung auch nur ein einziges Wort zugunsten des Fleischwuchers vorgebracht worden wäre.

Die Begründung des Antrages wurde gegeben von den Sprechern der beiden größten Fraktionen, von Herrn Cassel für die „Alte Linke“ und von unserem Genossen Singer für die sozialdemokratische Fraktion. Den Vertretern der übrigen Fraktionen, den Herren Rosenow („Neue Linke“), Nathan („Sozial-Fortschrittler“), Rommelen („Freie Fraktion“), blieb dann nur noch eine Nachlese.

„das Volk“ aufrief, dieser Tatsache eingedenk zu sein, soll sich hüten, daß man ihn nicht den „Seyern“ zuzählt, die es mit den „destruktiven Tendenzen“ halten. Zwar hat er gewiß nur ein bißchen für den Freisinn Klänge machen wollen. Aber wer bürgt dafür, daß „das Volk“ aus seinen Worten nicht eine ganz andere Anwendung zieht und „an Wahlen“ — sozialdemokratisch wählt!

Oberbürgermeister Kirschner hatte noch nicht im Namen des Magistrats, sondern vorläufig „nur für seine eigene Person“ gesprochen, als er sich gegen eine nochmalige Vorstellung bei den Reichs- und Staatsbehörden erklärte.

Vom Kampf um den Nachwuchs.

Als die Sozialdemokratie anfing, sich einen Einfluß schon auf die eben aus der Schule entlassene Jugend zu sichern, erhob die bürgerliche Klasse ein Jetergeschrei über die „Verruchtheit“ der sozialdemokratischen „Seyern“, die „ihre Rehe immer weiter ziehen“ und nun sogar schon den jugendlichen Nachwuchs „zu umgarnen suchen“.

Rum ja, in gewissem Sinne trifft das sogar zu, daß es unseren Gegnern als ein „neues und unerhörtes“ Beginnen der Sozialdemokratie erscheinen muß, schon den Nachwuchs aufklären zu wollen. Denn die politischen und die religiösen Vereinigungen der bürgerlichen Klasse, die bisher Werbearbeit unter der Jugend getrieben haben, wollen ja in der Tat nicht aufklären, sondern wollen aus dem Nachwuchs der unbemittelten Bevölkerung nur „zufriedene Menschen“ heranbilden, die sich willig ausbeuten lassen und in Gehuld auf ein besseres Jenseits hoffen.

Es war zu erwarten, daß diese Idee austauschen würde. Allemaal, wenn irgendwo durch scharfe Scheidung der Parteien eine klare Situation zustande gekommen ist, stellt sich bei gewissen „Volkfreunden“ sofort das Bedürfnis ein, durch Verwirrung der Gegensätze eine „neutrale“ Gemeinschaft zu schaffen, in der die frühere Unklarheit und Verschwommenheit wieder hergestellt werden kann.

Die von der Stadt Berlin geplanten Straßenbahnlinien fallen, wie wir erfahren, die Genehmigung des Kaisers gefunden haben. Damit ist die Verwirklichung der städtischen Straßenbahnprojekte in etwas greifbarere Nähe gerückt.

Ueber die Berliner „Armenküchen“, zu deren Unterhaltung die Mittel teils durch milde Gaben beschafft, teils durch den städtischen Etat bewilligt werden, findet sich in dem neuesten Verwaltungsbericht der Armenverwaltung eine beachtenswerte Mitteilung. Während die Armenküchen (offiziell nennen sie sie „Armen-Speisungsanstalten“) seit vielen Jahren aus dem Stadtkasse ein festes Pauschquantum erhielten und dafür der Armenverwaltung eine bestimmte Anzahl Portionen zur Verfügung zu stellen hatten, wurden ihnen in der Speisungsperiode Winter 1905/06 zum ersten Male die Aufwendungen nach Maßgabe der von der Armenverwaltung bestellten Portionenzahl vergütet.

Die bürgerliche Presse hat diese Mitteilung begierig aufgegriffen, und ein Organ der „notleidenden“ Agrarier knüpft daran das Urteil: „Man sieht, wie auch hier der Schwindel blüht.“ Unseres Erachtens sieht man aus der Darstellung, die der Bericht der Armenverwaltung gibt, vorläufig noch gar nichts.

Die Aufnahme des vierten Halbjahres der Fortbildungsschulpflichtigen Jugend ist nahezu vollendet, so daß nun der Bestand an Schülern für die ersten beiden Schuljahre ermittelt werden kann. Es ergibt sich hierbei die interessante Tatsache, daß von den rund 18.400 Schülern, die jetzt in der Berliner Fortbildungsschule untergebracht sind, etwa 7000 dem ältesten, dagegen 10.800 Schüler dem jüngsten Schuljahre angehören.

Eine Automobilausstellung ist gestern unter den bei solchen Gelegenheiten üblichen Zeremonien und Begrüßungsreden in der neuerbauten Ausstellungshalle am Zoologischen Garten eröffnet worden.

Reiche Leute machten Einbrecher, die in der letzten Nacht der Papier-Engrosfirma Salinget u. Leppmann in der Lindenstraße 68 einen Besuch abstatteten. Die Diebe drangen vom Treppentur des Seitensüßels durch ein kleines Fenster in die Geschäftsräume ein und machten sich an den Geldschrank an, in dem sie wegen des Monatswechsels viel Geld vermuteten.

Im Stadtbahzuge beküßt und bekraut wurde nach einer dreiwöchigen Kriminalpolizei zugewandenen Anzeige der Fabrikant Wehner aus Freudenberg bei Erfner. M., der vorgestern abend gegen 9 Uhr nach Hause fuhr, befand sich allein in einem Wagenabteil und schlief dort ein.

**Chronik der Unglücksfälle.** Vom eigenen Wagen überfahren wurde gestern der Rutscher August Vogel aus der Erststraße. Vogel posierte mit seinem Führerwerk die Kurfürststraße, als plötzlich die Pferde durchgingen und davonraisten. Er wurde vom Rad heruntergeschleudert und die Räder des Wagens gingen über ihn hinweg. Mit einem komplizierten Bruch des rechten Oberarms und schweren Kopfverletzungen fand der Verunglückte Aufnahme im Krankenhaus Moabit. — Ein heftiger Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Volkswagen erfolgte gestern an der Kreuzung der Steinweg- und Falkstraße. Durch die Karambolage wurden fünf große Fenster des Straßenbahnwagens zertrümmert und ein Fahrgast, Frau Marie Hermentau, Lausitzerstr. 34, erlitt an beiden Händen erhebliche Verletzungen. — Unter die Räder eines Schlächterwagens geriet der 81jährige Witwer Wilhelm Krause aus der Schönebergstraße. Bei einem Spaziergang durch die Residenzstraße überschritt der alte Herr den Fahrdamm und vermochte einem heraneilenden Schlächterwagen nicht mehr auszuweichen. Er wurde umgerissen, überfahren und so schwer verletzt, daß er in bedenklichem Zustande in das Lazarus-Krankenhaus eingeliefert werden mußte. — Die Unfälle, während der Fahrt vom Straßenbahnwagen zu steigen, hat der wohnungslose Kaufmann Willi Reusel schwer büßen müssen. Er sprang in der Badstraße trotz Warnung des Schaffners von dem in voller Fahrt befindlichen Wagon herab, stürzte zu Boden, wurde mitgeschleift und derartig zugerichtet, daß er in bedenklichem Zustande dem Lazarus-Krankenhaus zugeführt werden mußte. — Ebenfalls von einem Schlächterwagen überfahren wurde heute morgen der 15jährige Laufbursche Willi Kerzstein, Zechlinerstraße 21 wohnhaft. Dem Bedauernswerten wurde der rechte Unterschenkel zerquetscht. — Ein heftiger Zusammenstoß eines Automobils mit einem Breck fand gestern nachmittags auf der Köpenicker Landstraße statt. Der in voller Fahrgeschwindigkeit die Straße entlang fahrende Kraftwagen überholte das Breck, bog jedoch so kurz an demselben vorbei, daß beide Fahrzeuge zusammenstießen. Der Zusammenstoß erfolgte mit solcher Gewalt, daß beide Wagen stark beschädigt und die Insassen derselben auf den Fahrdamm geschleudert wurden. Hierbei erlitten der Chauffeur Müller, sowie der Rutscher B. nicht unerhebliche Verletzungen, so daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten.

Das Arbeiterinnenheim III, Kottbuser Ufer 33, das April d. J. eröffnet wurde, erfreut sich in der kurzen Zeit des Bestehens schon regen Besuchs. Am 1. Oktober waren alle Schlafstellen belegt. Der Mittag- und Abendbrot, der Portionen zu 30, 20, 10 und 5 Pf. bietet, ist gut besucht und eine steigende Zahl von Gästen wird zum Winter erwartet. Das Heim ist außer von 12-2 Uhr, täglich von 8-10 Uhr für Arbeiterinnen geöffnet, welche sich in den bequamen Räumen nach Belieben aufhalten und beschäftigen können. Die Teilnahme an der einmal wöchentlich eingerichteten Gesangsstunde steht jeder frei. Der Schneidkurs hat unter großer Beteiligung begonnen. Neue Schülerinnen können erst wieder zum 1. Januar eintreten. Vortrags- und Unterhaltungsabende werden im Winter ebenso wie in den beiden seit Jahren bestehenden Heimen (Waldenstr. 8 und Wobornstr. 7) auch in diesem neuen Heim stattfinden. Mädchen und Frauen sind stets willkommen!

Nach Schluß der Versammlung des vierten Kreises wurde ein Vortragsabend gehalten. Dasselbe ist beim Vorsitzenden, Genossen Paul Hoffmann, SO. Doppelstr. 47 abzuholen.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania wird der neue Vortrag „Sitten, Lebens- und Naturbilder aus klassischen Städten“, der mit farbigen Bildern reich ausgestattet ist und die Schönheiten dieses wunderbaren Eilandes in padener Wirklichkeit zeigt und zugleich eine lebhaft Schilderung des südländischen Volkslebens gibt, in dieser Woche abendlich zur Darstellung gelangen. — Im Hörsaal finden nachstehende Vorträge statt: Dienstag, Dr. M. von Unruh „Die Verwertung des Luftstickstoffs“; Mittwoch, Dr. H. Scheffer „Die photographische Platte“; Donnerstag, 6 Uhr, Herr Dr. Theising „Die Organe des tierischen Körpers“ und um 8 Uhr Dr. Theising „Wie kam das erste Leben auf die Erde“; Sonnabend, Dr. F. Donath „Neben Stromwärme“. Im großen Hörsaal der Urania-Sternwarte in der Invalidenstraße spricht am Dienstag Herr Dr. Ristenpart über „Die Umdeutung der Erde“.

Dem Berliner Aquarium sind während der letzten Tage aus nicht weniger als sieben Quellen neue Objekte für seine Tierfamilien zugeslossen. Am reichhaltigsten gestalteten sich die Zusendungen aus der Adria-Station Rogigno, welche neue Arten Fische in etwa 200 Köpfen und 18 Speigies wibellose Tiere in vielen Exemplaren umfassen. Unter den Fischen sind vornehmlich die Familien der Barschfische, der Großzahnbarsche und der Meerbrassen vertreten. Neben den reizenden, nur finger- bis handlangen, auf totem Grunde fünfmal schwarzlich quergebänderten Zwergsägebarsch und dem etwas größeren, in mehreren Farben schillernden und an den Kopfseiten mit blauen Schriftschindeln gezeichneten Buchstabenbarsch sollen die durch ihr mächtiges Gebiß ausgezeichneten stacheligen, fast einen Meter lang werdenden und als Speisefisch in Südeuropa gehandelten blaugrauen, violett gestreiften Zahnbarsche und die silbernen und golden schimmernden Doraden besonders auf. Die Gruppe der Anorpelische wurde vermehrt um zwei schöne Torpedos oder Bitterrochen. Auch aus der wohl interessantesten Klasse der wirbellosen Tiere, der der Tintenfische oder Kopffüßer, langten drei Achsfüßer aus der Gattung Eledone an, die das Caboden neben dem Sechundstich bezogen haben.

Der Zoologische Garten hat dieser Tage drei Lemminge erworben, die eine Abteilung des neuen Zoogartenhauses bewohnen. Diese hübschen, gelbbraun und schwarz gezeichneten Tierchen, die mit ihrem kurzen, breiten Kopf, den kleinen Augen, den im Pelze fast verdeckten Ohren und ihrem kurzen Schwanzchen sich dem Kenner sofort als zur Gruppe der Mählmäuse gehörig präsentieren, sind auch den meisten Laien durch ihre großen, von Linne und anderen älteren Schriftstellern geschilderten Wanderungen bekannt. In neuerer Zeit sind diese Lemmingszüge, die vor keinem Hindernis zurückweichen und unaufhaltsam weiterwandern sollen, anscheinend nicht mehr beobachtet worden, und auch in ihrer nordischen Heimat weiß man nichts davon. Trotz ihrer in manchen Jahren großen Häufigkeit gelangen Lemminge nur äußerst selten lebend in unsere Tierfamillien.

**Feuerwehrbericht.** Wegen eines Wohnungsbrandes wurde die Feuerwehr nach dem Alexander-Ufer 5 gerufen, wo Möbel u. a. brannten und die Wehr kräftig Wasser geben mußte, um die Gefahr zu beseitigen. In der Lindenstr. 75 brannten Tische usw. in einer Werkstat. Gestern früh um 6 Uhr entstand in der Wobrowerstr. 40, Feuer. Es brannte Pech u. a. Ferner erfolgte ein Alarm nach der Reuenburgerstr. 42. Ein Sauerstoffapparat wurde bei einem Schwerverkranken im städtischen Waisenhaus Nummelsburg gebraucht.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

**Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.** Die Charlottenburger Stadtverordneten lieferten am Mittwoch von neuem den Beweis, daß von einer auf Grund des plutokratischen Dreiklassenwahlrechts zusammengesetzten Stadtvertretung sozialpolitische Maßnahmen zugunsten der Arbeiter nicht zu erwarten sind. Der größte Teil der Sitzung wurde durch die Beratung der vom Magistrat entworfenen Bestimmungen betr. Regelung des Submissionswesens ausgefüllt. Die Angelegenheit beschäftigt die Versammlung bereits seit mehr als zwei Jahren. Schon im April 1904 war die Vorlage nebst den dazu gestellten Anträgen und Petitionen einem Ausschuss überwiesen, der in dieser ganzen Zeit zweimal zusammengetreten ist und unter Ablehnung aller Abänderungsanträge der Stadtverordnetenversammlung empfahl, von dem Magistratsbeschluß unter dem Vorbehalt Kenntnis zu nehmen, daß der Magistrat bis Ende 1908 mitteilt, wie sich die bisherigen Bedingungen bewähren haben.

Namens der sozialdemokratischen Fraktion erklärte Stadtverordneter Hirsch, daß seine Freunde von dem Ergebnis der Ausschussberatung nicht befriedigt seien, da der Ausschuss von einem Arbeiterausschuss im Submissionswesen nichts wissen wolle. Die Gemeinde als Arbeitgeberin sei verpflichtet, privaten Unternehmern mit gutem Beispiel voranzugehen. Um dies Ziel zu erreichen, mußte vor allem die anstößige Lohnklausel in die Submissionsbedingungen aufgenommen werden. Wie notwendig dies sei, habe sich erst vor wenigen Tagen wieder gezeigt. Am Fürstendammer Weg lasse die Stadt einen Kanal- und Brückenbau ausführen. Der Bauunternehmer zahle den Maurern 88 Pf. Stundenlohn bei 10-11stündiger Arbeitszeit, obwohl der Tarif einen Lohn von 75 Pf. bei 8stündiger Arbeitszeit vorsehe. Der Maurer, der im Auftrage seiner Kollegen wegen Innehaltung des Tarifs vorstellig wurde, sei Knall und Fall entlassen worden. Die Folge davon sei die allgemeine Arbeitsniederlegung aller dort beschäftigten Maurer gewesen. Die Stadtgemeinde habe also ihre Pflicht als Arbeitgeberin aufs grösste vernachlässigt. Auch mit der Stellungnahme des Magistrats gegenüber der Streik-Klausel seien die Sozialdemokraten nicht einverstanden. Es gehe nicht, daß sich der Magistrat die Entscheidung darüber, ob die Lieferungsfrist infolge eines Streiks zu verlängern sei, von Fall zu Fall vorbehalte, sondern man müsse entschieden die Ablehnung der Streik-Klausel fordern. Bei einem Streik handle es sich nicht um Rechte, sondern um Pflichten, und da hätte sich die Gemeindeverwaltung nicht einzumischen, es sei denn, daß zu diesem Zwecke eine unparteiische, aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern gleichmäßig zusammengesetzte Instanz gebildet werde. Endlich betonte Redner noch die Notwendigkeit, Mitglieder städtischer Verwaltungen von Lieferungen für die Gemeinde auszuschließen. Er beantragte in erster Linie Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuss und im Falle der Ablehnung dieses Antrages eine Abänderung der Submissionsbedingungen in dem angedeuteten Sinne.

Stadtverordneter Spiegel (lib.) erklärte sich für seine Person für die Anträge Hirsch, trat aber im übrigen für die Magistratsvorlage ein, die von sozialem Geiste durchdrungen sei.

Bürgermeister Matting bekämpfte die sozialdemokratischen Anträge, betonte aber, daß er den Vorteil von Tarifverträgen unbedingt anerkenne; nur sei die Kontrolle äußerst schwierig. Auch nach den jetzigen Bestimmungen könnten Unternehmer, die unter den ortsüblichen Löhnen zurückbleiben, von Lieferungen für die Stadt ausgeschlossen werden. Stadtbaurat Vredtschneider ging auf den Streik am Fürstendammer Weg ein. Er konnte die tatsächlichen Angaben des Stadtv. Hirsch nicht bestreiten, führte aber zu seiner Entschuldigung an, daß er unendlich wissen könne, daß ein Tarifvertrag im Baugewerbe besteht. Auch sei bisher kein Maurer an die Verwaltung herantreten. Seiner Meinung nach bilden die Kanalisationsmaurer eine eigene Kategorie, es seien Maurer zweiter Güte. Infolge des Streiks wurde der Lohn von 68 auf 70 Pf. erhöht. Die Schuld treffe im übrigen nicht die Unternehmer, sondern die Bauverwaltung, die die Löhne festsetze und sich hierbei nach Angebot und Nachfrage richte. — Stadtv. Hirsch erwiderte, es sei erklärlich, daß die Maurer nicht an die Verwaltung herantreten, denn der erste, der das getan habe, sei aufs Pfahler geworfen. Wenn der Streik keine größeren Dimensionen angenommen habe, so sei das lediglich dem Eingreifen der Organisation zu danken. Pflicht der Verwaltung sei es, sich um die Tarifverträge zu kümmern. Nach weiteren, teilweise recht erregten Auseinandersetzungen zwischen dem Vertreter des Magistrats und unierem Fraktionsredner wurden sämtliche Anträge der Sozialdemokraten abgelehnt. Außer den Antragstellern stimmten nur wenige Liberale dafür. Vorher hatte die Versammlung eine Reihe von Petitionen beraten, darunter die einiger entlassener Gasanstaltsarbeiter, die angeklagt gemahregelt sind. Stadtv. Dr. Vordardt (Soz.), der Mitglied der Gasdeputation ist, vertrat den Standpunkt, daß es sich in den betreffenden Fällen tatsächlich nicht um Wahregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation handle. Nach seiner Kenntnis der Verhältnisse denke weder die Deputation noch die Leitung der Gasanstalten daran, das Koalitionsrecht anzutasten. Wenn Uebergriffe vorkommen, so seien untergeordnete Beamte daran schuld.

Zum unbefoldeten Stadtrat an Stelle des Fabrikbesizers Beringer, der sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hat, wurde mit 47 von 54 Stimmen Sanitätsrat Dr. Gottstein gewählt.

Dem Antrag auf Bildung einer Deputation für die Wasserwerke stimmte die Versammlung zu. Gewählt wurden als Vertreter der Sozialdemokraten Stadtv. Vogel und Bürgerdeputierter Dr. Richard Suhmann.

Die übrigen Vorlagen entbehren des allgemeinen Interesses.

### Zehlendorf.

Die Anwendung des Vereins- und Versammlungsrechts ist nicht nur in Ostpreußen, sondern schon vor den Toren Berlins allzu oft Schikanen ausgeübt; dies bewies das Vorgehen des überwachten Beamten in der im neu gewonnenen Lokal „Gesellschaftshaus“ von Riess in der Karlsruherstr. 12 einberufenen Volksversammlung. Bei der Eröffnung der Versammlung wurde der Clubrufer von dem Gendarm befragt, ob er eine Genehmigung über die verlängerte Polizeistunde habe, worauf ihm derselbe erwiderte, daß es Sache des Vorgesetzten sei, um Verlängerung der Schanzensperre einzukommen. Genosse Adolf Hoffmann referierte alsdann über „Hurratriotismus und vaterlandloses Gesindel“. Kaum hatte er einen Teil seines Vortrages behandelt, so erhob sich der Gendarm und erklärte die Versammlung sei aufgelöst. Gefragt, auf welchen Paragraphen des Vereins- und Versammlungsrechts er sich bei der Auflösung der Versammlung wegen Eintritts der Polizeistunde berufe, gab er die Antwort, Aufklärungen hätte er nicht nötig zu geben. Selbstverständlich wird gegen diese ungesetzliche Auflösung der Versammlung Beschwerde eingelegt und vielleicht klärt der Landrat v. Stubentanz seinen Untergebenen, den Amtsvorsteher von Zehlendorf dahin auf, daß eine öffentliche Versammlung und eine Gastwirtschaft zwei verschiedene Begriffe sind. Die Versammlung war von über vierhundert Personen besucht, darunter zahlreiche Frauen, welche die Ausführungen des Referenten oft durch lauten Beifall unterbrachen.

### Ober-Schönebeide.

In größter Not sollen sich — einem illustrierten Flugblatt zufolge — 3000 Katholiken in Ober-Schönebeide befinden, weil sie keine Kirche haben. Im Spritzenhause müssen die Notdürftigen ihrer sonntäglichen Pflicht genügen und auch dort nur in beschränkter Anzahl. Die Ober-Schönebeider Arbeiterchaft wird sicher die Sorge um ihr Seelenheil nicht so dringend empfinden als um ihr irdisches Wohl; für das letztere allerdings hat sich die katholische Kirche noch nicht einmal ins Zeug gelegt. Das Doppelschloß, die wirtschaftliche Ausbeutung und die politische Rechtslosigkeit, hat auch die Ober-Schönebeider Arbeiterchaft bereits auf den Kampfplatz gerufen und vor erste Aufgaben gestellt. Die Verbesserung ihrer Lage dürfte ihr lieber sein als eine prunkhafte Kirche. Daß auch in diesem Auftruf zum „Sammeln“ der Sozialdemokratie gedacht wird, versteht sich von selbst. Der Kuratus Jos. Kennoch, Ober-Schönebeide, läßt sie als Totfeind der katholischen Kirche aufmarschieren und hält als bestes Mittel gegen den Kirchenaustritt — eine Kirche. Und damit die Gaben für dieselbe möglichst hoch sind, wird allen denen, die 10 M. und darüber einbringen, ein großes Bild des heiligen Antonius zugewandt. Mehr kann man allerdings nicht verlangen.

### Lichtenberg.

In außerordentlicher Generalversammlung nahm der sozialdemokratische Wahlverein zu der Frage der Zentralisierung der Zeitungsbedingungen Stellung. Gegen fünf Stimmen erklärten sich die Genossen mit dem Anschluß an die zu gründende offene Handelsgesellschaft einverstanden. Dem Obmann der Zeitungskommission wurde von der Versammlung mit auf den Weg gegeben, mit allen Kräften für die Vereitigung der für die Expedition in Aussicht genommenen Lohnstaffel zu wirken, die als geradezu ungerecht bezeichnet wurde. Von den Anträgen des

Zeitungsvereinsvorstandes auf Statutenänderung wurde folgender Passus mit einer Stimme Majorität angenommen: „Nachdem für die Delegation ist die Mitgliederzahl, welche sich aus den im vorhergehenden Jahre eingegangenen Mitgliederbeiträgen ergibt.“ Abgelehnt wurde dagegen mit großer Mehrheit, die Delegierten zu Generalversammlungen auf die Dauer eines Jahres zu wählen. Der Absatz III des § 6 wurde in folgender Fassung genehmigt: „Anträge zu den Generalversammlungen, die zur Veröffentlichung gelangen sollen, müssen spätestens acht Tage vorher dem Vorsitzenden eingereicht sein.“ In die Zeitungskommission wurden gewählt die Genossen Robert Backhaus, Wilh. Schulze und Karl West. — Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung die verstorbenen Genossen Semmler und Loewe in der üblichen Weise.

### Friedrichsfelde.

Ein trauriges Los ist einem auf dem hiesigen Rittergute des Landrats a. D. v. Treslow bisher beschäftigten Kutscher und seiner Frau mit vier Kindern beschieden. Der Russe namens Roth war bereits seit vorigem Jahre hier beschäftigt und geriet anfangs Oktober dieses Jahres mit dem Gutssinspektor in Meinungsverschiedenheiten über die Leistungsfähigkeit der von ihm gefahrenen Pferde. Für R. war Arbeit plötzlich nicht mehr vorhanden, weshalb er die geeigneten Geselle Deutschlands zu verlassen den Entschluß faßte. Die Familie ließ er wegen Mangel an Reisegeld in der der Gutsverwaltung gehörigen Wohnung zurück. Frau R., die sich in ihrer Not an den Inspektor wandte, wurde, wie uns mitgeteilt wird, vom Gutshofe gewiesen. Die mittellose Frau befindet sich nun mit ihren Kindern in der größten Not. Die Polizeiverwaltung hat von der Angelegenheit bereits Kenntnis genommen, es steht deshalb zu erwarten, daß die Gutsverwaltung gezwungen wird, für diese Armen einzutreten. Die Frau erklärt, sofort bereit zu sein, ihrem Manne nachzureisen, wenn sie sich im Besitze des Reisegeldes befindet. Ob der Besitzer des Gutes, Herr Landrat a. D. v. Treslow, von dieser Angelegenheit informiert ist, können wir nicht mitteilen. Es würde sich sicher auch nicht mit dem vereinbaren lassen, was er bei verschiedenen Gelegenheiten über die volksverderbenden Tendenzen der Sozialdemokratie gesagt hat; wenigstens würde er dafür sorgen, daß der Sozialdemokratie dieser Agitationsstoff entzogen würde. Mit welcher freudigen Gefäßnis mag die russische Familie den deutschen Boden betreten haben, und wie ist sie jetzt über ihre anscheinend rosige Lage enttäuscht worden.

### Erzner.

Eine überraschende Aufführung haben die Diebstähle gefunden, welche seit langer Zeit auf dem Güterbahnhof in Erzner stattfanden. Durch einen eigenartigen Zufall ist es jetzt gelungen, den Dieb in der Person des Bäckermeisters W. zu ermitteln. Eine hiesige Rechtsfirma hatte eine Lore Ware für verschiedene Bäcker in Erzner und Umgebung nach dem Güterbahnhof Erzner dirigiert, und der Bäckermeister W. aus dem genannten Vororte wollte das für ihn gelieferte Mehl vom Bahnhof abholen. Nachdem er bereits mit der Verladung der Ware begonnen hatte, wurde R. und der ihn begleitende Geselle für wenige Minuten abgerufen. Als der Bäcker zurückkehrte, waren von der Ladung vier Säck Mehl verschwunden. Einige Stunden später traf R. den Bäckermeister W. und entdeckte auf dessen Führerwerk die fehlenden vier Säck Mehl. W. suchte sich damit zu entschuldigen, daß er ebenfalls fünfzehn Säck Ware vom Bahnhof zu holen gehabt habe und irrtümlicherweise die fremde Ware auf seinen Führerwerk gelangt sei. Am folgenden Tage besah sich W. mit seinem Führerwerk wieder auf dem Bahnhof, und als er fortfuhr, wurde das Fehlen eines Säcks Hafer von einer Lore bemerkt. Die Ware wurde ebenfalls auf dem Wagen des Bäckermeisters entdeckt, gegen den nunmehr die Anzeige wegen fortgesetzten Diebstahls erstattet ist.

### Herzfelde.

Ueber Alkoholismus und Sozialdemokratie referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Gasthof zum Kaiserhof Genosse Berg. Nach dem lehrreichen Vortrag erstattete Genosse Schröder Bericht von der erweiterten Vorstandssitzung. Beschlossen wurde alsdann, an Stralau sowie Erzner zu berichten, daß der Wahlverein Herzfelde die Orte Lichtenow, Nagel und Stenbaum der besseren Bearbeitung wegen selbst übernehmen will. Des weiteren forderte der Vorsitzende Genosse Wislang die Genossen auf, sich an dem am Sonntag stattfindenden Flugblattverbreitung zwecks Gewinnung neuer Abonnementen für den „Vorwärts“ zahlreich zu beteiligen. Im November soll eine Volksversammlung stattfinden, in der Genosse Stadthagen referieren wird.

### Pankow.

Eigene Rabatmarken herauszugeben hat der Verein der selbständigen Geschäftsleute von Pankow-Nieder-Schönhausen beschlossen, um sich von dem Rabatverein Norden unabhängig zu machen. Das konsumierende Publikum hat von diesem Rabatparcystem so wenig Vorteile zu erwarten, wie von jenem; der Rabat wird ihm von vorn herein beim Wareneinkauf entzogen in vermindertem Gewicht oder aber in der geringeren Qualität der Ware in Abzug gebracht. Wie uns mitgeteilt wird, hat die „Fleischer-Zeitung“ in ihrer Liste ein Mitglied genannten Vereins aufgeführt, welches Pferdewürst unter seine Wurstwaren gemischt und verkauft hat.

### Nieder-Schönhausen.

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm ein Referat des Gen. Bloch über den Parteitag in Mannheim entgegen. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Die Abrechnung von der Kassiererin weist einen Ueberschuß von 32,32 M. auf. Der Kassierer Gen. Salomon konnte über 20 Neuaufnahmen berichten.

Eine rege Debatte entspann sich über die Lokalfrage; es wurde erachtet, sich streng an die Lokalliste zu halten. Ein Antrag, Zahlabende einzuführen, wurde angenommen und dem Vorstande zur weiteren Regelung überwiesen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende zu zahlreicher Beteiligung an der nächsten Flugblattverbreitung auf. Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte die Versammlung das Ableben des verstorbenen Schriftführers Gen. Warten in üblicher Weise geehrt. An seiner Stelle wurde Gen. Hellrich als Schriftführer gewählt.

### Zegel.

Die Firma A. Vorfis beabsichtigt einen dritten Ausgang beim Zugang zur Fabrik nach der Weiststraße zu schaffen. Er wird etwa gegenüber dem Amtshaus angelegt werden. Gleichzeitig soll die Kesselschmiede nach der Weiststraße vergrößert werden. Das neue Fabrikat wird von der Arbeiterchaft mit Freude begrüßt werden, da es den Weg für die in Zegel Wohnenden ganz erheblich verkürzt. Die Mittagspause dürfte mindestens um eine Viertelstunde längerem Verweilen in der Wohnung gestatten.

### Spandau.

Eine von etwa 700-800 Personen besuchte öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Staatswerkstätten nahm am Montag ein Referat über die Köpenicker Affäre entgegen. In der Diskussion suchte ein Herr R. Oberleutnant a. D., die Ausführungen des Referenten Felder zu entkräften, indem er die deutsche Heer über den grünen Aker lobte. Ihm wurde indes eine gründliche Abfuhr zuteil. Gen. Piefer wies alsdann nach, daß die Schuld an der Enklavierung Webers, Penkers usw. nur der neue Wahlvertrage, und forderte die Staatswerkstättenarbeiter auf, sich zu organisieren. Nachdem noch Gen. Schmidt das Verhalten der bürgerlichen Stadtverordneten der dritten Abteilung kritisiert, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der der widerspruchsfähige militärische Gehorsam verurteilt wird. Die Hurratrioten hatten vor der Abstimmung den Saal verlassen.

Vermischtes.

Feuerbrunst. Die die „Stettiner Neuesten Nachrichten“ melden, wurde das Dorf Ravenstein von einer großen Feuerbrunst heimgegriffen.

Eisenbahnunfall. Gestern entgleiste, wie aus Erfurt berichtet wird, in dem vom Buttstädter Pferdemarkt um 5 Uhr 10 Minuten nachmittags zurückkehrenden Sonderzug auf der Haltestelle Stadtfuß ein Viehwagen.

Ueber den Untergang des Argodampfers „Hermann“ erfährt Voedmanns Telegraphisches Bureau noch folgende Einzelheiten: Nach Aussage des geretteten Heizers Moerker, der gestern auf dem deutschen Generalkonsulat in Antwerpen verhört wurde, hat die Kollision des Dampfers „Hermann“ in der Nähe des Gooswin-Feuerschiffes mit einem Viermaster am Sonntag abend gegen 8 Uhr 30 Minuten stattgefunden.

Nach einem Telegramm des Vertreters der Argogesellschaft in Wlissingen ist auf der dortigen Rede der Viermaster led vor Anker gegangen; es sollen zwei Mann des Dampfers „Hermann“ vom „Peter Richter“ gerettet sein. Weiter gerettet ist der Koch des „Hermann“. Dieser sagt aus, daß zwei weitere Leute von einem Fischdampfer gerettet worden seien.

Explosion. Gestern nachmittag erfolgte auf dem Erweiterungsbau der Kaufhaus- und Gutterperda-Kompagnie in Hannover eine Explosion, durch die ein Arbeiter schwer, ein junger Mann und eine Anzahl Kinder leicht verletzt wurden.

Ein Stocco. Ein furchtbarer Stocco hat längs der Küste von Dalmatien gewüthet und großen Schaden angerichtet. Zahlreiche Schiffe sind gestrandet und mehrere werden vermisst.

Schiffsuntergang.

Wie aus Stockholm berichtet wird, hat auf dem Malarsee heute nacht ein Zusammenstoß des Dampfers „Transit“ mit dem Schleppdampfer „Jern“, beide aus Stockholm, stattgefunden.

Springkut. Durch plötzlichen starken Landeintwärtwachen Wind trat in Rizza das Meer über die Bahnanen. Die Bromende des Anlais und verschiedene andere Straßen und Plätze wurden überschwemmt; es wurde beträchtlicher Schaden angerichtet.

Berein für die Interessen der Handangehörten. Unterhaltungsabend Sonntag, den 4. November, bei M. Müller, Steglitzerstr. 35. Humoristische Vorträge und Tanz, Anfang 6 Uhr. Gäste willkommen.

Wasserlauf am 1. November. Elbe bei Mügg. — Meter, bei Dresden — 1,23 Meter, bei Radeburg + 1,26 Meter. — Unkrut bei Straußfurt — Meter. — Oder bei Rathor + 1,10 Meter. — Reihemündung + 1,00 Meter. — Oder bei Bries + 1,88 Meter. — Oder bei Breslau Unterpelg — 1,28 Meter.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Briefzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

M. S. 100. Sie könnten lediglich auf Erfüllung des Verprechens und auf Schadenersatz gegen den Witf klagen. Zuständig ist das Amtsgericht. — Wehner. 1. Dresden. 2. Das von Ihnen angeführte würde schweblich als erheblicher Grund erachtet werden. Sie werden vom dem Vertrag ohne Vereinbarung mit der Firma nicht freikommen.

D. S. 7777. 1. bis 4. Ja. 5. Dori. — Willi 19. Wenn Sie sofortige Kündigung haben wollen, so wenden Sie sich an die juristische Sprechstunde. 1. und 2. Der uneheliche Schwängerer ist zur Zahlung verpflichtet, gleichviel ob er minderjährig, oder ob er Soldat ist, oder ob das Mädchen es ablehnt, ihn zu heiraten. 3. Ja. 4. Nein. — C. S. 101. Uns nicht beabsichtigt, vielmehr wenden Sie sich an die Buchhandlung. — J. 10. 1. Beibringung der Geburtsurkunde wird verlangt. 2. Das Erbsuchen eines der Brautleute genügt. 3. Zur Trennung sind zwei Zeugen mitzubringen.

M. S. 6. Institutionen, die Geld leihen, kennen wir nicht. — K. Ja. — G. W. Ihren Anspruch auf rückständiges Gehalt können Sie mit Aussicht auf Erfolg beim Kaufmannsgericht, Zimmerstraße 94, geltend machen. — F. S. 18. 1. und 2. Verjährung liegt nicht vor. Ist das Darlehen bingebunden und Sie als Empfänger nach dem Tode Ihres Großvaters bezeichnet, so können Sie bei dem Amtsgericht für den Bezirk des Wohnortes des Darlehensnehmers mit Aussicht auf Erfolg klagen. 3. Der Darlehensnehmer hätte eventuell zu beweisen, daß er gegahlt habe.

P. S. 111. Rein. — S. 1906. Wenn Sie nicht ausgetreten sind, müssen Sie die Kirchensteuer zahlen. — W. 51. Kürzere Zeit als zwei Jahre. — G. S. 98. Die Zurückzahlung zu fordern, ist nicht ratsam, vielmehr ist es ratsam, nach der Heirat sich selbst weiter zu versichern. Wollen Sie die Rückzahlung erwirken, so müßte Ihre Frau innerhalb eines Jahres nach geschlossener Ehe bei der Versicherungsanstalt den dahin gerichteten Antrag stellen.

P. S. 15. Der Beflagte hätte die Kosten zu tragen. Dieselben sind höher, wenn er sie vor dem Termin zahlt. — S. D. 2. 1. Ja. 2. und 3. Ja. Sie, der Ehemann und der Vormund des Kindes müssen den Antrag entweder zu Protokoll des Landesbeamten stellen oder in notariell oder gerichtl. beglaubigter Form dem Landesbeamten überreichen. 4. und 5. Falls nicht ein Urteil vorliegt, das die Höhe bereits festsetzt, ja. — J. S. B. 1. Berlin ist zuständig. 2. Sie können nur auf Nachlaß, auf Abänderung der ehelichen Gemeinschaft klagen. 3. Hier. 4. Ja, den Vorlaß des Paragraphen können Sie in jeder örtlichen Behörde einleiten. — M. S. 50. 1. und 2. Rein. — G. S. 78. 1. und 2. Wenden Sie sich an die Postdirektion. 3. Rein.

W. S. 21. Der Antrag auf Zahlung einer Invalidenrente kann an den Magistrat, Abteilung für Versicherung, am Köpenicker Park gerichtet werden. Nach Ihrer Schilderung besteht wenig Aussicht auf Erfolg. — P. S. 87. Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Lesen Sie das „Kommunistische Manifest“ und die Erläuterungen zum Programm von Schoenlank und Kaustky. — C. S. 51. Mit einer Klage würden Sie schwerlich durchdringen. Sie können auf Zahlung der Ihnen zustehenden Gegenforderungen gegen Herausgabe des Korbes klagen. — R. S. 2. Friedenau. 1. Eine bestimmte Stundenzahl zum Aufsuchen einer neuen Stelle ist nicht vorgeschrieben. Es muß angemessene Zeit bewilligt werden. Was angemessene Zeit ist, ist eventl. im Klagewege festzustellen. 2. Rein. — Friedrichsberg. Nehmen Sie Abschrift von dem Briefe und kommen Sie gelegentlich zwischen 5 und 6 Uhr in die Redaktion. — S. D. W. G. Wir besitzen keine Ziehungsliste, wenden Sie sich an Ihren Verkäufer. — G. S. 79. Ja. — G. S. 27. So weit Ihre Darstellung erkennen läßt, ist eine Klage auf Zahlung der Rückforderungen und die Wändung des Gebalts möglich. — R. S. 11. Ein Vertrag kann nicht von einer Seite einseitig aufgehoben werden. Der Verkäufer ist berechtigt, wenn eine Einigung nicht zustande kommt, von Ihnen Zahlung der gesamten Summe gegen Abnahme der Gegenstände zu verlangen. — M. S. 16. 1. Die Mutter oder der außerrechtliche Erzeuger können die während der Ehe geborenen Kinder nicht auf Unehelichkeitsklärung klagen. Das könnte lediglich der Ehemann. 2. Rein, werden Sie sich an eine Buchhandlung. — R. S. 105. In jeder Gartenhandlung erhalten Sie entsprechende Linde oder Farbe.

T. S. 1. Sie haben nichts nachzuholen. 2. Für die Invalidität ist weiter zu zahlen. — Fr. S. R. 1. u. 2. Wenden Sie sich an die Gewerbe-Inspektion in Berlin, Straalenstr. 1/3, zur Aufhebung, ob sie krankensicherungsspflichtig sind. — Schulz, Herzfelde. Die vereinbarte Summe würde als übermäßig nicht erachtet werden. — L. 32. Teilen Sie dem Gemeinbesorger den Sachverhalt so mit, wie er nach Ihrer Ansicht liegt. Der Kreisbesorger würde zu entscheiden haben und dürfte voraussichtlich gegen Sie entscheiden. — M. S. 5. Winststr. 52. Sie können Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft richten. Dies Verfahren kostet Sie nichts. — F. P. 17. Rein. Sie müßten die Genehmigung des Grundstücksbesitzers und des Jagdberechtigten einholen. — B. Ein Junger. Schlagen Sie in einer der öffentlichen Bibliotheken, z. B. Alexandrinenstr. 26, in einem Grundruderbuche nach.

Table with 2 columns: Stationen and Witterungsüberblick vom 1. November 1906, morgens 8 Uhr. Lists various weather stations and their conditions.

Witterungsüberblick vom 1. November 1906, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Witterungsüberblick, Witterungsüberblick, Witterungsüberblick. Lists weather stations and their conditions.

Wetter-Prognose für Freitag, den 2. November 1906.

Etwas kühler, zeitweise heiter, aber veränderlich mit leichten Regenfällen und lebhaften südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 2. November. Anfang 7 1/2 Uhr. Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor. Schauspielhaus. Klein Dorrit. Deutsches Erdgeist. Westen. Drei Rolandsknapen. Vorzug. Undine. Neues. Die Gondolieri. Anfang 8 Uhr. Felling. Hedda Gabler. Neues Schauspielhaus. Der Sturm. Berliner. Sherlock Holmes. Schiller O. (Wagner-Theater.) Die rote Robe. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Bühnen-Theater.) Die Hoffmann auf Segen. Komische Oper. Lakmé. Residenz. Tripelatte. Lustspielhaus. Unsere Räte. Zentral. Tausend und eine Nacht. Kleines. Man kann nie wissen. Deutsch. Amerikanisches. Im wilden Westen. Der Hauptmann von Köpenick. Thalia. Wenn die Bombe platzt! Luffen. Sherlock Holmes. Bernhard Rose früher Carl Deth. Ausgerufen. Trianon. Der Hausfreund. Walhalla. Spezialitäten. Apollo. Berlin im Omnibus. Spezialitäten. Metropol. Der Teufel lacht dazu. Kasino. Die beiden Champignol. Solles Caprice. Serenissimus August XXVI. — Das Rodeo. — Das Provinzmädel. Vaudeville. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Wintergarten. Spezialitäten. Urania. Tausend und eine Nacht. Theater 8 Uhr: Stützen. Sternwarte. Invalidenstr. 57/58.

Theater des Westens

Station Zoolog. Garten, Kanistr. 12. Abends 7 1/2 Uhr: Drei Rolandsknapen. Sonnabend nachm. 3 Uhr: Schiller-vorstellung. Keine Freie: Der Freischütz. Abends 7 1/2 Uhr: Schützenlied. Rich. Berner a. G.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr. Die Condottieri. Sonnabend, Sonntag, Montag: Die Condottieri.

Kleines Theater.

Man kann nie wissen. Anfang 8 Uhr. Sonnabend: Zum 100. Male: Ein idealer Gatte. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl. Abends 8 Uhr: Zum 110. Male: Ein idealer Gatte. Montag: Zum 111. Male: Ein idealer Gatte.

Neues Schauspielhaus

Freitag, den 2. November: Der Sturm. Sonnabend: Der Sturm. Anfang 8 Uhr.

Komische Oper.

Abends 8 Uhr: Lakmé. Am 2. Akt: „Cobra“, ausgeführt von Ruth St. Denis. Sonnabend: Zierpuppen. Ruth St. Denis. Onkel Dazumal. Anf. 8 Uhr.

Lovizing-Theater

Belleallianenstr. 7/8. Heute abend 7 1/2 Uhr: Undine. Abonnements gültig. Sonnabend: Zar und Zimmermann. Sonntag nachm.: Der Wildschütz.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Unsere Räte.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater.) Freitag, abends 8 Uhr: Die rote Robe. Schauspiel in vier Akten von Eugen Scribe. Deutsch von Anne St. Gère. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Hoffnung auf Segen. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Die Hoffnung auf Segen. Sonntag, abends 8 Uhr: Cyprienne.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Büh. Th.) Freitag, abends 8 Uhr: Die Hoffnung auf Segen. Schiller-Drain in 4 Bildern von Hermann Heßmann jun. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die rote Robe. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Weh' dem der lügt. Sonntag, abends 8 Uhr: Die rote Robe.

Zirkus Schumann

Heute abend präzis 7 1/2 Uhr: Das Sensations-Programm und zum 2. Male: Die Könige der Luft. Les 5 Pirocoffis. Mister Henricksens größte Tiger-Gruppe. Auf der PuSta vom Dir. Schumann. Um 10 Uhr: Ein Zum 18. Male: Tag in Monte Carlo. Sonntag: 2 Vorst. nachm. 3 1/2 Uhr (ein Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr.

Zirkus Busch.

Abends 7 1/2 Uhr: Monsieur Romeo's Stannen erregende Automobilexperimente. Heberfahren mit einem 70 PS. Fiat-Automobil (Gew. 30 Zentner u. 4 Insassen.) Die größte Tiger- und Löwengruppe. Außerdem: 4 Gehr. Fratellini, mit ihren Rollenwerkzeugen. Fr. Marguerite, Schulerleiterin. Herr E. Schumann mit seinem Spezialtal.

Aus der PuSta. Pantom. Sonntag: 2 große Vorstell. nachm. 4 Uhr, abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: Aus der PuSta.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander. Heute zum 50. Male, Anf. 8 Uhr: Triplepatte. Schwan in 5 Akten v. Tristan Bernard und André Godefron. Bicomte Robert de Nouban: Richard Alexander. Morgen u. folgende Tage: Triplepatte. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

Theater Folies Caprice.

Lilienstr. 132, Ecke Friedrichstraße. Serenissimus August XXVI. Das Modell. Das Provinzmädel. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachmittags bei bedeutend ermäßigten Preisen: Soll und Haben. Nach dem Zapfenstreich. Anfang 3 Uhr.

Rixdorfer Theater

Bergstraße 147. Sonntag, den 4. November 1906: 2 Volksvorstellungen. Nachm. 3 Uhr: Heimat. Nummerierter Platz 50 Pf. in der Oper des „Bormarts“, Refektor. 2. Abds. 7 1/2 Uhr: Charleys Tante.

Zentral-Theater.

Cyrette). 8 Uhr: Tausend und eine Nacht. Luise-Theater. Reichenbergerstr. 34. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Rübbezahl. Abends 8 Uhr: Elfe vom Erlenhof. Sonntag nachmittags: Jungfrau von Orléans. Abends: Sherlock Holmes. Montag: Elfe vom Erlenhof. In Vorbereitung: Flotts Weiber.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr: Der Teufel lacht dazu. Große Jahresrevue in 9 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent M. Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

H. Bender. J. Giampietro. J. Josephi. Fritz Massary. Phila Wolf.

Rauchen überall gestattet. Sonntag, den 4. November 1906, nachmittags 3 Uhr: Ermäßigte Preise! Auf in's Metropol! Fröbels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148. Jeden Sonntag und Donnerstag: Konzert, Theater, Spezialitäten. Elets erhaltliche Niesenpielzeuge. Nach der Vorstellung: Gr. Tanz. Tansleitung: B. Sachse. Anf. Sonntag 8, Donnerstag 8 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Heute im Theater 8 Uhr: Sizilien. Deutsch-Amerikanisches Theater. Jeden Abend 8 Uhr Wiederauftreten von Adolf Philipp: Im wilden Westen und Herr „Hauptmann“ von Köpenick. Sonntag nachm. 3 Uhr, halbes Preis: Ueber's großen Teich.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Oll. Trinitenstr. 16. Die Bluthochzeit. Schauspiel aus der Hugenottzeit. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Thren- und Vorgugestellen gültig. Sonnabend zum erstenmal: Adele. Schauspiel nach dem gleichnamigen Roman des „Lof. Ang.“

Kasino-Theater

Lothingerstr. 37. Täglich 8 Uhr: Die beiden Champignol. Sonntag 4 Uhr: Alexander der Große.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Bors. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf. Der einzig bestechende November-Spielplan. u. a.: Dundee-Trio. Fenor und Berad. Lorey-Trio. Hellweg Brothers. Annetta u. Era.

Berliner Ulk-Trio.

Felix Scheuer. Uelssandstr. 1. Dazu: Eine vom Ballet. Lustspiel. Familienarten, zum halben Kaffeepreis gültig, in allen Varietés, Bällen u. Zigarrengeheften gratis.

**Bernhard Rose-Theater**  
früher Carl Weiß-Theater.  
Große Frankfurterstr. 102.  
Täglich 8 Uhr:  
**Ausgewiesen.**  
Societas Volkshilf in vier Akten von  
Carl Bölliger.  
Sonnabend 4 Uhr: Frau Holla. St.  
Freie. Sonntag 3 Uhr: Mutter-  
liebe. Kleine Preise.

**WINTERGARTEN**

**Interessante neue Darbietungen.**  
Bros. Fernand, Excentrios.  
Angela lebende Kunstwerke.  
La Vima, Sandmalerin.  
Das Millmann-Trio, Drahtseilakt.  
Stalays Verwandlungsakt:  
Die musikalische Schmiede.  
„Im sonnigen Spanien“, Englische  
Ballettense, ausgef. von der  
John Tiller-Truppe a. London.  
The 3 Urna Sisters.  
Trapezkünstlerinnen.  
O. K. Sato, komischer Jongleur.  
Marie Vienst von der königl. Oper  
in Madrid.  
Cheoberts Chinesentruppe.  
Clotilde Florido, spanische Tänzerin  
Der Biograph:  
1. Wettlaufen.  
2. Die Hochzeit im Automobil.

**Passage-Theater.**  
Heute  
das glänzende November-Prgr.  
**Josefine Dora**  
mit ganz neuen Schloßern.  
Berner: 1. Mal a. d. Kontinent:  
**Das Original!**  
**Damen - Siu - Sitsu**  
(japanische Selbstverteidigung)  
Ensemble, 3 Herren, 4 Damen.  
14 neue erstklass. Nummern.

**Sanssouel.** Kettbusen  
44. Straße 44.  
Direktion Wilhelm Reimer  
Sonn. 10.11.11. Donnerst.:  
Hoffmanns Nordd. Sänger  
Gr. Extra-Elite-Programm  
mit besonderen  
**Ueberraschungen.**  
Sonn. 8.11.11. Dienst.:  
Theater-Abend.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner  
Sänger**  
Anfang  
Sonntag  
8. Sonntag  
7 Uhr.

**Billigste Bezugsquelle**  
für **Monats-Garderoben.**  
Die schönsten  
**Herren-Winter-Paletots u. Anzüge**  
in getragener, speziell Monats-Garderobe.  
Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend,  
speziell Bauanzüge, sowie Knaben- u. Burschen-Anzüge  
sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.  
**H. Kieferbaum, Prinzen-Str. 33,**  
am Reichshallen.  
Bitte auf die Hausnummer zu achten.

**Blitz=Schnell**  
Kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gilschinerstr. 72,  
Stellen im Hause. Holsteile Prinzenstraße. Empfehlung:  
**1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,**  
**1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,**  
auch für topulente Herren passend.  
Dieselben sind von feinen Kavaliere und Reifenden, die nur einen  
Monat ihre Garderobe tragen. 5952\*  
Fahrtgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

**H. Zimmermann**  
Berlin SO, Juwelier Oranienstr. 206  
**Gold- und Silberwaren-Fabrik,**  
**Uhren-Großhandlung.** 25221\*  
Eigene Werkstatt für Neuherstellung u. Reparatur.  
Strong reell. — Billigste Preise.

**Monats-Garderoben-Haus**  
**6 Prinzenstraße 6**  
Die schönsten  
**Herren-Winter-Paletots und -Anzüge**  
in getragener, speziell Monats-Garderobe.  
Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede  
Figur passend, speziell Bauanzüge, sind in großer  
Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben  
im Laden **Paul Lowicki, Prinzenstr. 6.**  
27471\* Hochbahnstation: Prinzenstraße.

**Walhalla-  
Variete-Theater**  
Weinbergsweg 19/20.  
Am Rosenthaler Tor.  
Das vollständig neue  
November-Programm.  
**Die kluge Rosa**  
Das schwarze Udel-Quartett.  
die schöne  
Nelly French, Stuntstabsführerin.  
**Richard,** Komiker.  
Emmy Kröcher als 1. Bediener  
Zakameisterin.  
Um. 8 Uhr. Um. 8 Uhr.  
• Ständen überall gestattet.

**Colosseum**  
Dresdenerstr. 97.  
15 erstklassige 15  
Spezialitäten  
**Giza u. Bloca!**  
Verwandlungs-Burleske:  
**Tänzerin und Waisenrat.**  
Truppe Sokolowsky.

**Gustav  
Behrens  
Theater,**  
Berlin O.,  
Frankfurter  
Allee 85.  
**Kolossaler Erfolg**  
des sensationellen neuen  
November-Programms.  
22 Nummern.  
Eingang 7 1/2 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr

**Welt-Ausstellungs-  
Biograph (St. Louis)**  
Theater lebender  
Photographien mit  
abwechslndem  
Abnormitäten-Prgr.  
Verbindung mit größter Film-  
Fabrik Frankreichs, daher täglich  
neueste Bilder.  
Den ganzen Tag Vorstellung.  
**Otto Pritzkow, Münzstr. 18.**

**Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Jeden Donnerstag:  
**Walzer- u. Operettenabend.**  
Freitag, den 2. November:  
**Wunsch-Abend.**

**Dr. Simmel, Prinzen-  
Str. 41,**  
Spezialarzt für  
**Haut- und Haarleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-5.

**H. Zimmermann**  
Berlin SO, Juwelier Oranienstr. 206  
**Gold- und Silberwaren-Fabrik,**  
**Uhren-Großhandlung.** 25221\*  
Eigene Werkstatt für Neuherstellung u. Reparatur.  
Strong reell. — Billigste Preise.

**H. Zimmermann**  
Berlin SO, Juwelier Oranienstr. 206  
**Gold- und Silberwaren-Fabrik,**  
**Uhren-Großhandlung.** 25221\*  
Eigene Werkstatt für Neuherstellung u. Reparatur.  
Strong reell. — Billigste Preise.

**Monats-Garderoben-Haus**  
**6 Prinzenstraße 6**  
Die schönsten  
**Herren-Winter-Paletots und -Anzüge**  
in getragener, speziell Monats-Garderobe.  
Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede  
Figur passend, speziell Bauanzüge, sind in großer  
Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben  
im Laden **Paul Lowicki, Prinzenstr. 6.**  
27471\* Hochbahnstation: Prinzenstraße.

**Raucht  
Hoffmanny-Zigaretten!**  
Feinste Handarbeit.  
No. 2 10 Stck. 20, No. 3 10 Stck. 30.  
Zu haben in allen  
Spezialgeschäften 2465b\*

**Pelzwaren-  
Fabrik.** 9782L\*  
Der Einzelverkauf findet  
wie alljährlich in meiner Fabrik  
Alexanderstr. 30, 1. Etage  
statt.  
Verkauf nur zu Fabrikpreisen.  
Pelz-Stols, Krage, Muffen, Pelz-  
mützen. Reparaturen billigst.  
Herrn Oppenheim, Kürschnermstr.  
Gegr. 1874.

**Spezial-Möbel-Halle  
Harry Goldschmidt**  
59 Moritzplatz 59  
Ecke Stallschreiberstraße.  
Nicht zu vergleichen mit Ab-  
zahlungs-Geschäften, welche  
Garderobe usw. führen.  
**Extra-Abteilung**  
verliehen gewesener Möbel.  
Wöchentliche oder monatliche  
Teilzahlung gestattet!

**Stola,**  
Muffen, Kollers  
in allen Pola-  
gestaltungen sowie  
alle sonstigen  
Pelzwaren.  
Nur eig. Fabrikat  
aus best. Material.  
Kein Zwischen-  
händler, daher Fab-  
rikpreise.  
**Ferdin. Kalman**  
Dresdenerstr. 75  
vorn II, 2. Haus  
v. Thalia-Theater.  
Verkauf auch  
Sonntags, und Wochentags von  
9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.

**Cigarren**  
In jeder Preislage  
von 25.00—400.00 M. p. m. llo  
zu Engros-Preisen.  
**Reinhard Hellmich,**  
jetzt Friedrichstr. 108, I.  
Illustrierte Preisliste gratis und franko.  
Kein Laden.

**Anfgepaßt!**  
Noch immer die bill. Bezugs-  
quelle für Monats-Anzüge,  
Winter-Paletots u. Hosen,  
von Reisenden und feinsten  
Kavaliere angekauft, ebenso  
neue, sehr bill. u. modern  
gearbeitete, in neuesten Stoff-  
mischen vorhandene Herren-  
und Knabengarderoben.  
Große Auswahl in Winter-  
paletots u. warme Winter-  
joppen. Ein gr. Post. einzelne  
Kosteln, einzelne Westen und  
einzelne Hosen zu sehr billigen  
Preisen. Zu haben bei  
**Moldauer  
Prinzenstraße 64**  
Ecke Innenstraße, im Laden.

**Glänzende Existenz.**  
Bleifich sollen und nächstem  
Schloßern und Monturen re. geben  
wir schon bei geringer Anzahlung  
Kreditkarten, erstklassige Marken.  
Um besten übernehmen 2 Kesselfanten  
einen Bogen.  
Berliner Automobilhaus- u. Industrie-  
Gesellschaft m. b. H. W., Uhländstr. 170.

**Ueberraschend**  
trotz der Dürre, besterhalt. Dols-  
Wurst- und Wurstwaren, Ger-  
schmeizung, Wistmas usw. her zu  
**Russische Knötterich**  
Für in Tafeln mit Erst. Kistchen  
a 1 St., 2 Palet. 2.75. Bei 6 Paletten  
franko überall hin. Die Wirkung  
wird noch erhöht durch Reichels  
**Bonbons Pectoral**  
aus nur besterhaltigen Arzneistoffen  
bestehend und seit langem Jahren  
mit glänzendem Erfolge bewährt.  
1 Pfund 1.20 M., 1/2 Pfund 60 Pf.  
Versand hier frei Haus!  
**Otto Reichel,** Berlin SO. 43  
Gartenstr. 4.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Deute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
Montag, 5. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause:  
Sitzung der Werkstatthkontroll- u. Branchenkommissionen  
und der Ortsverwaltung.

Soeben erschienen:  
**PROTOKOLL**  
über die  
**Verhandlungen des Parteitages**  
der  
**Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**  
Abgehalten zu Mannheim  
vom 23.—29. September 1906  
Mit Anhang:  
**Bericht über die Frauenkonferenz**  
in Mannheim am 22. und 23. September 1906.  
Preis broschiert 1.— M., kart. 1.25 M.,  
in Leinwand geb. 1.50 M.  
Zu beziehen durch die Expedition des Vorwärts, BERLIN SW. 69,  
Lindenstraße 69 (Laden). 237/8\*

**Gefucht  
Diesel-Motor,**  
25—40 Pferdek., wenig gebraucht,  
guten Zustand. Offerten an  
**J. Pesselnik, Rubland,  
St. Kopya, Gw. Mogilew.**  
Feinste  
**Fruchtmarmeladen**  
Himbeer-, Apfel- und Melange. Eigene  
Herstellung u. Grnte. ff. und billiger  
Drogaussch. Holsteiner 10 Stk.  
franko 3 M. 174/10\*  
Obstplantagen u. Marmeladenkocherel  
**L. Dobbelaer, Zienbüttel.**

**Oscar Arnold**  
Hüte, Mützen und  
Pelzwaren  
Engros! Export!  
Dresdenerstr. 116  
(kein Laden).  
Einzelverkauf!  
zu sehr niedrigen Prei-  
sen, circa 100 verschie-  
dene Sorten Kolliers  
und Stols in allen  
modernen Pelzarten.  
Großes Lager in  
Muffen, Kinder-Garni-  
turen, Herren und  
Knaben-Kragen und  
Pelzmützen.

**Blitz Blitz Blitz Blitz**  
**Total-Ausverkauf**  
des von der Firma S. S. Hm gekauften Warenlagers  
nur Kommandantenstr. 43.  
**Ausnahme-Tage**  
für 175/14  
**Herren-Paletots.**  
Serie I schwarz und gemustert nur 7.40 M.  
Serie II neueste Muster . . . nur 8.75 M.  
Serie III grau kariert . . . nur 10.50 M.  
Serie IV mit Sattel . . . nur 12.50 M.  
Serie V Ulster, alle Farben . . nur 13.75 M.  
Serie VI gestepptes Futter . . nur 15.00 M.  
Serie VII auf Seide . . . nur 16.75 M.  
Serie VIII englisch imitiert . . nur 18.50 M.  
Serie IX Maßersatz . . . nur 21.00 M.  
Serie X das Wunder Berlins . nur 24.00 M.  
**Burschen-Paletots 20 %**  
billiger als Herren-Paletots.  
**Knaben-Paletots 25 % billiger**  
als Burschen-Paletots.  
**Blitz**  
137 Große Frankfurter Str. 137.  
80 Chaussee-Straße 80.  
9 Rosenthaler Straße 9.  
43 Kommandanten-Straße 43.  
**Blitz Blitz Blitz Blitz**

**Deutscher  
Holzarbeiter-Verband**  
Nachruf.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege, Radigmacher  
**Paul Rudolf**  
am 28. Oktober gestorben ist und  
am 31. Oktober zur letzten Ruhe  
gebettet wurde.  
Ehre seinem Andenken!  
96/1 Die Ortsverwaltung.

Nach längerer Krankheit ver-  
storb am 31. Oktober unser lieber  
Kollege  
**Albert Knötze**  
im Alter von 28 Jahren.  
Sein Andenken werden sich  
bemahren  
Die Kollegen  
der „National-Zeitung“.  
Die Beerdigung findet Sonntag,  
den 4. November, nachm. 2 Uhr,  
vom hdt. Kranenhausje Noabir  
(Eingang Birkenstraße) aus auf  
dem St. Johannes-Friedhof in  
Wilmersdorf statt. 24895

Freunden und Bekannten die  
traurige Nachricht, daß mein lieber  
Vater, unser guter Vater, der  
Händler  
**Otto Schübler**  
am 30. Oktober im Alter von  
70 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 4. November, um  
3 Uhr auf dem Neuen Jakob-  
Friedhof in Reichel statt. 24905

**Verband d. baugewerblichen  
Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin u. Umgegend.  
Bezirk Schöneberg.  
**Nachruf.**  
Am Freitag, den 26. Oktober,  
verstarb unser Kollege  
**Wilhelm Schulz.**  
Ehre seinem Andenken!  
47/6 Der Zweigvereins-Vorstand.

**Dankagung.**  
Für die herrliche Teilnahme am  
Begräbnis meiner lieben Frau sage  
allen Bekannten, besonders dem Ge-  
sangverein Nordost und den Arbeitern  
der Firma Niefel u. Kömmer meinen  
tiefen Dank. 24935  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Otto Klassen, Alfred Klassen.**

Allen Freunden und Bekannungs-  
genossen, insbesondere dem Männer-  
chor der Freidank, sowie dem  
Schwimmklub Udine sage ich hier-  
durch meinen herzlichsten Dank für  
die freundliche Teilnahme zu unserem  
25-jährigen Jubiläum. 24855  
**Gustav Reichert und Frau**  
geb. Hoffmann.

**Dankagung.**  
Für die liebevolle Teilnahme bei  
der Beerdigung meines lieben Vaters  
spreche ich allen Kollegen, Ver-  
wandten, Freunden und Bekannten  
meinen herzlichsten Dank aus.  
Die trauernde Witwe  
**Pauline Lange.**

**Berliner Arbeiter-  
Radfahrer-Verein**  
Mitglied des Arbeit-  
radfahrer-Bundes  
„Solidarität“.  
**Touren**  
zum Sonntag, den 4. November.  
1. Abt. nachmittags 1 1/2 Uhr nach  
Niederschönhausen (Freund). Start:  
Hilfsstr. 59.  
2. Abt. nachmittags 1 1/2 Uhr nach  
Radow (Pain). Start: Urban-  
straße 7.  
3. Abt. nachmittags 1 Uhr nach  
Gennigsdorf (Drofe). Start: Re-  
nannenplatz.  
4. Abt. nachmittags 2 Uhr nach  
Friedrichshagen (Waldater). Start:  
Küsterplatz.  
5. Abt. nachmittags 1 Uhr nach  
Hermisdorf (Rosthaus Dierke). St.:  
„Glynum“.  
6. Abt. nachmittags 4 Uhr Herbst-  
vergnügen bei Bernau, Schwedter-  
straße 23/24.  
7. Abt. nachm. 1 Uhr nach Wil-  
denfelde (Bohne). Start: Kölliner-  
hof.  
8. Abt. nachmittags 2 Uhr nach  
Spandau (Röper). Start: Wald-  
straße 8.  
9. Abt. nachmittags 1 Uhr: Robin  
mird am Start: Schillingstraße 22,  
bekannt gegeben. 2497

**„Vorán II“**  
Einkaufsgenossenschaft des „Berliner  
Arbeiter-Radfahrer-Vereins“ (Arbeit-  
radfahrer-Bund „Solidarität“).  
Freitag, den 9. November,  
abends 9 Uhr, bei Fritz Wilke,  
Brunnenstr. 188:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes, 2. Ber-  
richt des Kassierers, 3. Bericht des  
Geschäftsführers, 4. Geschäftliches.  
Es ist Pflicht eines jeden Mit-  
gliedes, pünktlich zu erscheinen.  
2497/12 Der Vorstand.

Is das Gericht nur dekoratives Gewerk der Staatsanwaltschaft?

Am 7. Juli hatte der Rechtsanwalt Dr. Rosenstern in einer Strafkammerverhandlung einem als Sachverständigen fungierenden Bäckereibesitzer ein Schriftstück überreicht. Weil in diesem Schriftstück Nachdrucken vorgenommen worden und offenbar die Zahl 10 in 20 umgeändert war, äußerte der Sachverständige Bedenken, die dann den Staatsanwalt Schürmann veranlaßten, zu dem Sachverständigen zu treten, sich das Schriftstück geben zu lassen und den Vorsitzenden, Landrichter Dr. Kassel zu ermahnen, es zu den Akten zu nehmen. Der Vorsitzende schob das Schriftstück zurück und antwortete: „Ich leite die Verhandlung“. Darauf antwortete der Staatsanwalt: „Und ich habe die Pflicht, darauf zu achten, daß die Bestimmungen der Strafprozessordnung gewahrt werden.“ Darauf erklärte der Staatsanwalt Schürmann das Schriftstück aus eigener Machtvollkommenheit für beschlagnahmt, weil der Verdacht der Urkundenfälschung vorliege und die Gefahr vorhanden sei, daß es vernichtet oder beseitigt werden könnte. Rechtsanwalt Rosenstern protestierte zunächst gegen die Beschlagnahme und als ihm das nicht nützte, sprach er erregt auf und nahm das Schriftstück, das der Staatsanwalt vor sich auf den Tisch gelegt, fort. Trotz wiederholter Aufforderung des Staatsanwalts, das Papier wieder herauszugeben, behielt Rosenstern es. Der Staatsanwalt sowohl wie Rosenstern verlangten Protokollierung des Vorfalles, was aber durch Gerichtsbeschluß abgelehnt wurde. Später erschien zweimal ein Vertreter der Staatsanwaltschaft im Bureau Rosensterns, um das Papier zurückzufordern, aber Rosenstern weigerte sich beidemal, das Schriftstück herauszugeben. Vielmehr erhob er bei der zuständigen Anwaltskammer über das Vorgehen des Staatsanwalts Beschwerde. Die Anwaltskammer erachtete eine unzulässige Beschlagnahme als vorliegend und beauftragte K., sich an den Justizminister zu wenden, dessen Entscheidung noch aussteht.

Rechtsanwalt Rosenstern wurde wegen Vergehens gegen §§ 183 und 187 Strafgesetzbuchs (Weiseitelschaffung einer Urkunde, die sich zur amtlichen Aufbewahrung an einem dritten Orte befindet, bezüglich Entziehung der Vertretung amtlich beschlagnahmter Gegenstände) unter Anklage gestellt. Vor der Duisburger Strafkammer beantragte in der Verhandlung vom 24. Oktober Rechtsanwalt Dr. Wallach als Verteidiger Freisprechung. Seinem Klienten stehe u. a. § 859 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Seite, der bestimmt: „Wird eine bewegliche Sache dem Besitzer mittels verbotener Eigenmacht weggenommen, so darf er sie dem auf solcher Tat betroffenen oder verfolgten Täter mit Gewalt wieder abnehmen.“ Das Gericht erkannte am 31. Oktober auf drei Tage Gefängnis.

In der Begründung führte der Vorsitzende aus, ein Rechtsanwalt könne zur Zeugnisablegung gegen seinen Mandanten nicht gezwungen werden, aber die Verteidigerpflicht gehe nicht soweit, daß eine für beschlagnahmt erklärte Urkunde, die Eigentum des Mandanten sei, aus dem amtlichen Gebrauch fortgenommen werden dürfe. Wenn gleich der damalige Gerichtshof in dem Vorfall nichts Strafbares gefunden und eine Protokollierung nicht stattgefunden habe, so ändere das doch nichts an der Rechtmäßigkeit der erfolgten Beschlagnahme und deshalb habe sich der Angeklagte dem Vorgehen des Staatsanwalts nicht widersetzen dürfen. Ferner sei das Verhalten Rosensterns in der Verhandlung vom 7. Juli nicht der Würde des Gerichtshofes entsprechend gewesen. Der Angeklagte sei aus den §§ 183 und 187 des Str.-G.-B. zu bestrafen gewesen und das Gericht habe drei Tage Gefängnis für angemessen erachtet.

Das Urteil ist von weittragender Bedeutung. Unseres Erachtens ist es ein arger Fehlurteil. Das Gericht, vor dem die Beschlagnahme sich abspielte und der Vorstand der Anwaltskammer hatten mit ihrer Rechtsauffassung das Richtige getroffen. Die Beschlagnahme war aus drei Gründen unzulässig: 1. Beschlagnahme darf nur der Richter und lediglich bei Gefahr im Verzuge der Staatsanwalt vornehmen. 2. Schriftliche Mitteilungen zwischen dem Verteidiger und dessen Klienten sind durch § 97 der Strafprozessordnung der Beschlagnahme entzogen, auch ist eine Beschlagnahme von Schriftstücken, die der Beschlagnahmende widerrechtlich in Besitz genommen hat, unzulässig, endlich 3. lediglich dem Richter, nicht der Staatsanwaltschaft, steht die Ausübung der Sitzungspolizei zu. Dieser letzte Grund ist für die Allgemeinheit von erheblicher Wichtigkeit. War der Staatsanwalt mit der Ablehnung seines Antrages, das Schriftstück zu den Akten zu nehmen, nicht einverstanden, so hätte er Gerichtsbeschluß herbeizuführen, war aber keinesfalls berechtigt, in die Verhandlung als Oberleitung einzugreifen. Man darf der Entscheidung des Reichsgerichts mit Spannung entgegensehen. Billigt sie die Entscheidung des Duisburger Gerichts, so ist damit ausgedrückt, daß das Gericht lediglich Dekorationsgewerk der anliegenden Verwaltungsbehörde ist. So wie in diesem Falle der Staatsanwalt die Beschlagnahme entgegen der Anordnung des Vorsitzenden verflücht, so dürfte es sich gar noch ereignen, daß der Staatsanwalt einen Angeklagten, dessen Verhaftung das Gericht ablehnt, aus eigener Machtvollkommenheit verhaftet. Es liegt im öffentlichen Interesse, der Herabwürdigung der Gerichte und Anwälte zu ausführenden Organen der Staatsanwaltschaft energisch entgegenzutreten.

Gerichts-Zeitung.

Is die Agitationskommission ein Verein? Ob die Agitationskommission ein Verein ist oder nicht, hängt von der „tatsächlichen Feststellung“ des Landgerichts ab, das so oder auch anders feststellen kann. Das etwa war die Quintessenz der gestern vom Kammergericht verkündeten Entscheidung. Bekanntlich war Genosse Stadhagen von der Beschuldigung, Mitglied der Kommission nicht rechtzeitig angemeldet zu haben, freigesprochen, weil die Kommission weder ein Verein noch Stadthagen ihr Vorsteher sei. Gleichzeitig waren die Kosten des Verfahrens einschließlich der dem Angeklagten erwachsenen notwendigen Ausgaben der Staatskasse auferlegt. Das Landgericht als Berufungsinstanz erklärte dann zwar die Kommission als Verein gemäß § 2, verzicht aber die Berufung der Staatsanwaltschaft, weil Stadhagen nicht als Vorsteher gelten könne. Demnach hat dann das Kammergericht dies Urteil

auf und verwies die Sache nochmals an das Landgericht. — Das Landgericht kam auf Grund seiner neuen Verhandlung wieder zu der Feststellung, daß es sich zwar um einen Verein im Sinne des § 2 handle, daß aber Stadthagen nicht sein Vorsteher sei. Es sprach wieder frei, änderte aber das Urteil erster Instanz hinsichtlich der Kosten dahin ab, daß die dem Angeklagten erwachsenen notwendigen Ausgaben nicht der Staatskasse aufzuerlegen seien, weil Angeklagter als Jurist immerhin so viel Einfluß habe, daß er die Befolgung der vereinseigentlichen Vorschriften durch die geeigneten Vereinsorgane hätte erwirken können.

Diesen Kostenpunkt benutzte Genosse Stadhagen als geeignetes Mittel, das neue landgerichtliche Urteil durch die Revision anzufechten. Er machte geltend, daß die Abänderung des Urteils erster Instanz, so weit es die Kosten betrifft, auf der Annahme eines Vereins gemäß § 2 beruhe, so sei zu prüfen, ob diese Annahme eine rechtsirrtümliche sei. Das sei aber der Fall. — In der mündlichen Verhandlung vor dem ersten Strafsenat des Kammergerichts führte Genosse Stadhagen das Nähere aus, daß das Landgericht zu Unrecht das Vorliegen eines „Vereins“ konstruierte. Wesentlich für den Begriff Verein sei, was unter anderem das Oberverwaltungsgericht und Reichsgericht darüber sagten: Ein Verein ist vor allem, das Dasein eines auf einem Vertrag beruhenden Rechtsverhältnisses, durch welches eine Mehrzahl von Personen behufs eines ihnen gemeinsamen Zweckes durch Unterordnung unter eine organisierte Willensmacht nach außen zusammengefaßt werde. — Nun halte man sich vor, daß das Landgericht selbst sage, daß sich die Kommission zusammenschleure nur aus Delegierten der einzelnen angeschlossenen 8 Wahlkreise (Wahlvereine), die von diesen gewählt würden, daß die Kommission gar keine bindende Beschlüsse fassen könne, daß die einzelnen Wahlvereine vollständig freie Entscheidung hätten, daß die einzelnen Mitglieder durch die Agitationskommission weder aufgenommen noch ausgeschlossen werden können usw. Und trotzdem sage schließlich das Landgericht, es sei doch ein Verein, denn die Kommission trete nach außen selbstständig auf; sie habe eine gemeinsame Kasse, sie handle gemeinsam, indem sie Agitationschriften herausgibt, und alljährlich erfolge eine Rechnungslegung. Das Landgericht komme zu der falschen Ansicht, als ob ein Ausschuß, den verschiedene Vereine bildeten, an sich ein Verein sein müsse. Lediglich um einen solchen Ausschuß handle es sich hier. Wenn anzunehmen wäre, die Agitationskommission verfolge andere Zwecke als die einzelnen Wahlvereine, dann könnte man vielleicht zweifelhaft sein, ob ein Verein vorliege. Hier aber sei — auch nach den Ausführungen des Landgerichts — die Kommission nicht einmal in der Lage, jemand anzunehmen oder jemand auszuschließen, da die Wahlvereine die einzelnen Delegierten ernennen und diese nur ihrem Wahlverein Rechenschaft schuldig seien, während die Kommission Rechenschaft ablege auf der Provinzialkonferenz, die einen Zusammenschluß der einzelnen Wahlvereine bilde. Die ganze Sachdarstellung selbst des Landgerichts lasse erkennen, daß die Agitationskommission keinen anderen Zweck verfolge, wie den der Wahlvereine, welche die Mitglieder wählen. Wenn das Landgericht zum Schluß sage, die Agitationskommission handle selbstständig, so sei dieser zweite Teil eben ein falscher Schluß aus der eigenen Sachdarstellung und keine „tatsächliche Feststellung“.

Die Staatsanwaltschaft betonte, die Revision sei unzulässig, weil die Frage, ob die notwendigen Ausgaben der Staatskasse zur Last fallen, lediglich eine prozedurale Norm sei. Nach kurzer Replik verwarf das Kammergericht die Revision mit folgender Begründung: Die Frage, welche Kosten zu erheben seien, sei allerdings keine rein prozedurale. Sie habe materiellen Charakter. Deshalb sei in die vorliegende Frage einzutreten. Wenn der Korrespondent zu Unrecht angenommen hätte, daß ein Verein vorliege, dann würde seine Debitur, daß dem Angeklagten die notwendigen Ausgaben nicht zu erstatten seien, auf diesem Rechtsirrtum beruhen. Der Senat habe aber nach eingehender Prüfung angenommen, daß die Annahme des Landgerichts, es handle sich um einen Verein, keine unrichtige sei. Es wäre nicht zulässig, die Gründe des Urteils der zweiten Instanz in zwei Teile zu zerlegen und zu bezugieren, der zweite Teil bestehe nur aus Abstraktionen und sei keine tatsächliche Feststellung. Die Revisionsinstanz sei vielmehr auch an die Feststellungen des zweiten Teils gebunden. Die Revisionsinstanz habe allerdings zunächst die Sache genau entwickelt und hierbei einen Standpunkt eingenommen, aus dem man annehmen könnte, die Agitationskommission sei ein Verein. Dann aber habe das Landgericht im zweiten Teil des Urteils, und zwar nicht bezugierend, sondern feststellend, also für das Revisionsgericht bindend, erklärt, es hätten sich die Mitglieder der Agitationskommission, auch wenn sie die Delegierten der einzelnen Wahlkreise seien, unter einem selbständigen Vereinswillen zusammengefaßt. Das sei aus der Art der Kassenführung, der Berichterstattung und der Beschaffung und Verbreitung von Agitationschriften geschlossen worden. Die Feststellung, daß danach ein Wille in der Kommission herrsche, welcher den Zusammenschluß der einzelnen Herren unter dem gemeinsamen Willen stellt, sei rechtlich unbedenklich und in der Revisionsinstanz nicht anfechtbar. Rehnliche Feststellungen seien vom Kammergericht z. B. bezüglich der Wahlkommissionen schon gebilligt worden.

Es bleibt also bei der Freisprechung und dem Offenstehen der Frage, ob die frühere Agitationskommission ein Verein war.

Schnelzug der Justiz.

Der schnellen Rechtsprechung der deutschen Gerichtsbarkeit jüngster Zeit in politischen Prozessen steht in Prozessen, die für Arbeiter angestrengt werden, nicht selten die Rechtsseite gegenüber. Einen Beitrag für diese Erscheinung liefert ein Prozeß, den ein armer Tagelöhner gegen einen Hausbesitzer vor dem Mainzer Gericht erhoben hat. Der Tagelöhner G. Jahn, in Weichenheim wohnhaft, erlitt am 28. Februar 1903 eine Verletzung an Kopf und Arm durch Herabfallen einer Witterfahne aus 15-18 Meter Höhe. Er war 28 Wochen gänzlich arbeitsunfähig. Am 21. September 1903 wurden in einer Gerichtsverhandlung Zeugen vernommen. Im Juli 1904 erging Urteil dahin, daß der Eigentümer des Hauses zum Schadenersatz verpflichtet sei. Seit den Verurteilungen, die Höhe des Schadenersatzes festzustellen, kostete es. Bald fehlte der gegnerische Anwalt, bald war der andere verhindert. Waren beide anwesend, so war die Zeit zu weit vorgeschritten. Nun sind seit dem Urteilsfalle 3 Jahre 8 Monate ins Land gegangen, seit dem Urteilsfalle 2 Jahre 4 Monate, aber der Arbeiter, der eine neunköpfige Familie zu ernähren hat, wartet heute noch auf seine Entschädigung. Er hat bereits den Armenverband in Anspruch nehmen müssen. Dagegen es sich um eine Majestätsbeleidigung oder um einen politischen Prozeß gegen

Arbeiter, dann brauchte unsere deutsche Justiz keine 3 Jahre 8 Monate Zeit bis zu einem rechtskräftigen Erkenntnis.

Is die öffentliche Verbreitung von Flugblättern zu Gewerbegerichtswahlen usw. ohne polizeiliche Genehmigung gestattet?

Ein erbitterter Kampf tobte im verflochtenen Sommer bei den Gewerbegerichtswahlen in Duisburg zwischen dem christlich-katholisch-sozialdemokratischen Reichswahlverein auf der einen Seite und den freien Gewerkschaften andererseits. Bei dieser Gelegenheit wurden einige Flugblattverbreiter der freien Gewerkschaften polizeilich notiert, anderen wurden die Flugblätter abgenommen, ein dritter wurde von der Straße verwiesen usw., weil die Flugblattverbreiter entsprechend der Anweisung des Wahlkomitees die Verteilung öffentlich vornahmen, nämlich vor den Fabriken und auf denjenigen Straßen und Plätzen, die von der Arbeiterschaft in größerem Maße frequentiert werden. Obwohl nun die beschlagnahmten Flugblätter wieder freigegeben wurden, beschränkt die Polizei den Genossen das Recht der öffentlichen Verbreitung. Um einen prinzipiellen Entschluß herbeizuführen, wurde einer der Flugblattverbreiter mit einem polizeilichen Strafmandat in Höhe von 3 M. bestraft, weil der Absatz 3 des § 43 der Gewerbeordnung, der bekanntlich die nichtgewerbsmäßige öffentliche Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken zu gesetzgebenden Körperschaften gestattet, keine Anwendung finden könne, da das Gewerbegericht keine gesetzgebende Körperschaft sei. Das ist nun zweifellos richtig. Aber der Flugblattverbreiter berief sich auch gar nicht auf Absatz 3, sondern auf Absatz 4 des § 43, der unter Bezugnahme auf Absatz 3 die öffentliche Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken im allgemeinen gestattet. Trotzdem erkannte das Schöffengericht im Sinne des polizeilichen Strafmandats, indem es auch den Absatz 4 im Sinne des Absatz 3 einengend interpretierte.

Das Landgericht Duisburg als Berufungsinstanz hob das Urteil des Schöffengerichts auf und sprach die Flugblattverbreiter kostenlos frei, weil der § 43 Absatz 4 der Gewerbeordnung die öffentliche nichtgewerbsmäßige Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken im allgemeinen gestattet. Ob bei den nächsten Gewerbegerichtswahlen auch in Duisburg die Radelschickpolitik aufhören wird?

Schutz den Mädchen auf der Straße!

Die Gerichte nehmen in Berlin in erfreulicher Weise gegen die Belästigungen unbegleiteter Mädchen Stellung. Gestern wurde eine solche Belästigung vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I abgeurteilt. Ein Oesterreicher namens Steuberg vor von einem jungen Mädchen beleidigt worden, sie eines Nachts zwischen 12 und 1 Uhr, als sie vom Theater nach Hause ging, in der Markgrafenstraße angesprochen und beleidigt zu haben. Wegen dieses schließlichen in Täuschlichkeit ausgearteten Renkonters war er vom Schöffengericht zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden und hatte hiergegen Berufung eingelegt. Rechtsanwalt Broch bemängelte als Verteidiger des Angeklagten die Glaubwürdigkeit der Zeugin, da sie bestrafte ist, und stellte zuletzt die Frage, in welchem Theater sie denn gewesen sei. Als die Zeugin die „Reichshallen“ angab, wies der Verteidiger darauf hin, daß der nächste Weg von dort nach der Wohnung der Zeugin in der Admiralstraße über die Kommandantenstraße und den Porzellanplatz, allenfalls über die Jerusalem- und Ritterstraße führe. Ein Mädchen, das allein nach den Reichshallen gehe und dann in der Nacht die abgelegene Markgrafenstraße wandle, überdies auch verbestraft sei, könne in Ansehung eines solchen Renkonters nicht als klassische Zeugin gelten! Das Gericht verwarf die Berufung. Der Vorsitzende betonte, daß die Zeugin als eine absolut einwandfreie angesehen worden sei. Ein armes Mädchen könne eben nicht stets in Begleitung nach dem Theater gehen. Daß die Zeugin die Markgrafenstraße gewählt habe, sei für jeden, der Berlin kenne, durchaus verständlich.

Verkauf von Druckschriften in Versammlungen.

Zimmer wieder versuchen, mal hier, bald dort Behörden gegen die Ausübung von durch Gesetz garantierten Rechten durch Arbeiter Strafgesetze mobil zu machen. Diese Kampfesversuche sind alt. Neuerdings erstreben sie sich in Rheinland und Westfalen auch auf den Versuch, die Verbreitung von Druckschriften zu hindern. Genosse Höhle hatte in der Mafestversammlung in Aftaden Mafestzetteln gegen 10 Pf. pro Stück verkauft. Der überwachende Polizeikommissar brachte das zur Strafanzeige. In der Tat verurteilte das Schöffengericht in Mafest a. b. Ruhr den Angeklagten auch zu 30 M. Höhle, nahm es an, betreibe mit dem Verkaufe der Druckschriften ein Gewerbe, das habe er aber nicht angemeldet und die Gewerbesteuer nicht bezahlt.

Die Sache kam dann vor die 3. Strafkammer des Landgerichts in Duisburg als Berufungsinstanz. Diese sprach den Angeklagten kostenlos frei. Das Berufungsgericht ging von der Auffassung aus, daß deshalb keine gewerbsmäßige Verteilung vorliegen könne, weil der Angeklagte keinen persönlichen Gewinn aus dem Verkaufe der Schriften bezogen habe, indem er den vollen Preis von 10 Pf. abliefern mußte. Es liege somit nur eine Verteilung von Druckschriften in geschlossenen Räumen vor. Diese Art des Schriftensvertriebes sei aber auf Grund des § 43 Abs. 5 der Gewerbeordnung erlaubt. Das Urteil entspricht dem Gesetz und der ständigen Rechtsprechung: in Versammlungsräumen können Druckschriften auch gegen Bezahlung abgegeben werden, wenn der betreffende Verteiler den Verkauf der Schriften ohne persönlichen Vorteil befragt.

Eingegangene Druckschriften.

Dr. Eduard von Mayer: Technik und Kultur (Gedanken über die Verfaßung des Menschen), Kulturprobleme der Gegenwart. Zweite Serie. Band III. Brock, 2.50, geb. 3 M.  
H. Jäger: Die Urteils des Kaufmannsgerichts? 119 wichtige Entscheidungen. I. Band. 93 Seiten. Verlag C. Dreyer, Berlin W. 7.  
Vieltrablen-Kalender für das Jahr 1907. 48 Seiten. Preis 20 Heller; 100 auf einmal bezogen 13 Kr., 1000 Stück 100 Kr. — Verlag Wiener Volksbuchhandlung A. Brand, Wien VI.  
Jahresbericht der Ortsverwaltung des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen für das Jahr 1905-1906. 22 Seiten. Selbstverlag. Berlin, Engel-Ufer 21.

Teures Fleisch — billige Seefische!!  
Beste Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!  
Besonders empfehlenswert:  
Seelachs im Ansehn 35 mit Kopf im ganzen 30 Pl.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“  
(Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.)  
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.  
Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.  
Seefisch-Kochbücher gratis.  
Verkaufs-Niederlagen:  
Potsdamerstraße 112a | Prinzenstr. 80 | Madalstr. 22 | Landsbergerstr. 52-53  
bei der Lützowstraße. | am im Schlegelischen | der Kursen Straße  
Tel.-Amt VI 7100. | Moritzplatz. | Bahnhof. | gegenüber.  
Wilmsdorferstr. 111. | am Stuttgarter Platz. | Niederbarnimstr. 14. | Ecke  
Tel. Charlottenburg 8718. | Tel. Charlottenburg 8718. | Boxhagenstraße.

Seefische — Volksnahrung!  
Ferner empfohlen wir: Pl. p. Pfd.  
Goldbarsch (Ersatz für Zander) } 20  
Seekarpfen (Brassen) }  
Bratflundern } 25 3 Pfd.  
Bratschellfische } 70 Pl.  
Alle übrigen Seefische zu den billigsten Tagespreisen.  
Sorten  
Geräucherte  
Riesen-Lachsheringe . . Stück 15 Pl.

